



Monatsbericht des BMF

November 2014

Monatsbericht des BMF

November 2014

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
·	Zahlenwert unbekannt
Х	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014	6
Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland	
Zum Stand des Reformprozesses in Irland	25
Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung	34
IWF-Jahrestagung 2014 in Washington D.C.	
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	43
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	43
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2014	50
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2014	54
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2014	58
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	60
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	65
Termine, Publikationen	69
Statistiken und Dokumentationen	71
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	125

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 28. und 29. Oktober 2014 kamen auf Einladung von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in Berlin mehr als 300 Vertreter von Finanzministerien und Steuerbehörden aus 101 Ländern und von 14 Organisationen zur 7. Jahrestagung des Globalen Forums für Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke (Global Forum) zusammen. Dies war der bisher größte internationale steuerpolitische Kongress in Berlin seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Im Rahmen der Konferenz wurden wichtige Beschlüsse zur Intensivierung der Zusammenarbeit der Staaten zur Schaffung von mehr Transparenz im internationalen Steuerrecht getroffen. Hierzu zählt insbesondere das Bekenntnis der Mitglieder des Global Forum zu dem von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten internationalen Standard für den automatischen steuerlichen Informationsaustausch zu Finanzkonten. Gleichzeitig hat das Global Forum die Arbeitsgruppe zum automatischen Austausch von steuerlichen Informationen gebeten, bis zu seiner nächsten Sitzung den Entwurf für die Prüfkriterien zur Einhaltung des neuen Standards durch die einzelnen Staaten vorzulegen.

Passend zu diesen Beschlüssen unterzeichneten am gleichen Tag 51 Staaten im BMF eine entsprechende multilaterale Vereinbarung. Darin verpflichten sie sich, den neuen Standard zügig in ihr nationales Recht zu implementieren und mit dem Austausch der Daten bereits 2017 zu beginnen. Deutschland setzt sich seit Langem für eine bessere internationale Zusammenarbeit



im Steuerbereich ein. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung ist auch eine Priorität der aktuell laufenden deutschen G7-Präsidentschaft.

Wichtig in Bezug auf den automatischen Datenaustausch ist aus deutscher Sicht die Wahrung des hohen deutschen Datenschutzniveaus. Dazu wird Deutschland bei der zuständigen Stelle der OECD seine Datenschutzklausel hinterlegen. Staaten, die mit Deutschland im Rahmen der multilateralen Vereinbarung Daten austauschen wollen, müssen diese Klausel einhalten.

Insgesamt haben die Tagung des Global Forum in Berlin sowie die anschließende Unterzeichnung der multilateralen Vereinbarung zum automatischen steuerlichen Informationsaustausch steuerpolitisch Geschichte geschrieben und die rechtsstaatliche Kooperation der Steuerverwaltungen deutlich vorangebracht.



Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg im 3. Quartal geringfügig an. Positive Impulse kamen vom privaten Konsum und dem Außenbeitrag.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin außerordentlich gut: Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit zeigt von Juli bis Oktober einen Abwärtstrend von monatsdurchschnittlich 6 000 Personen. Die saisonbereinigte Erwerbstätigkeit überschritt im 3. Quartal das Niveau des Vorquartals um rund 82 000 Personen.
- Im Oktober blieb die j\u00e4hrliche Inflationsrate den vierten Monat in Folge bei 0,8 %. Vor allem die r\u00fcckl\u00e4ufigen Preise f\u00fcr Roh\u00f6l auf dem Weltmarkt d\u00e4mpften die Energiepreise auf der Verbraucherstufe.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Oktober 2014 im Vorjahresvergleich insgesamt um 3,1% gestiegen. Dieses Ergebnis bestätigt den positiven Trend des bisher abgelaufenen Jahres. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 % zu. Der Zuwachs wurde angetrieben durch die anhaltend gute Entwicklung des Lohnsteueraufkommens und den durch einen großen Einzelfall verursachten sehr starken Anstieg der Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.
- Nach wie vor entwickeln sich die Einnahmen und Ausgaben des Bundes positiv. Bis einschließlich September stiegen die Einnahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,7%, die Ausgaben sanken um 3,7%. Wesentlicher Grund für die gegenüber dem bisherigen Verlauf erhebliche günstigere Entwicklung der Ausgaben im Vorjahresvergleich ist die im Oktober 2013 erfolgte Zuweisung an das Sondervermögen "Aufbauhilfe".
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Oktober 0,84 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,09 %.

Europa

- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 13. Oktober und am 6. November 2014 standen die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzpolitik im Euroraum, die Lage in den Programmländern Zypern und Griechenland sowie die Bankenunion.
- Im Zentrum der Beratungen des ECOFIN-Rats am 14. Oktober und am 7. November 2014 standen verschiedene Steuerthemen, der EU-Haushalt, Maßnahmen zur Förderung von Investitionen, Forschung und Innovation als Quelle für Wachstum, die Bankenunion, der Klima- und Energierahmen 2030 und die Annahme von Schlussfolgerungen zur Förderung von Investitionen, zur Klimafinanzierung und zu EU-Statistiken.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

- Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" erwartet für den gesamten Schätzzeitraum 2014 bis 2019 für Bund, Länder und Gemeinden eine kontinuierliche Zunahme des Steueraufkommens.
- Gegenüber dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2014 ist für den Gesamtstaat im Jahr 2014 mit leichtem Mehraufkommen zu rechnen; in den folgenden Jahren bis 2018 werden Mindereinnahmen erwartet.
- Bund, Länder und Gemeinden verfügen auch in den nächsten Jahren über eine solide Einnahmebasis.

1	Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen	6
2	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	
3.1	Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum	7
3.2	Vergleich mit der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2014	.11
4	Fazit	

Vom 4. bis 6. November 2014 fand in Wismar auf Einladung der Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern die 145. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2014 bis 2019.

1 Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen

Die Schätzung geht vom geltenden Steuerrecht aus. Gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2014 waren die finanziellen Auswirkungen der folgenden Rechtsänderungen zu berücksichtigen:

- Gesetz zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union (EU) und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 25. Juli 2014.
- Im Land Hessen: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer vom 16. Juli 2014.

2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Die Steuerschätzung basiert auf den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten der Herbstprojektion der Bundesregierung. Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um real 1,2 % und für die restlichen Schätzjahre 2015 bis 2019 um jeweils 1,3 %. Für das nominale BIP wird für 2014 und 2015 eine Veränderungsrate von jeweils 3,2 % und für die restlichen Schätzjahre 2016 bis 2019 von jeweils 3,1% prognostiziert.

Die weiterhin steigende Beschäftigung wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Steuereinnahmen aus. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme wird 2014 voraussichtlich um 3,8 % steigen. Dies sind 0,2 Prozentpunkte mehr als noch in der Frühjahrsprojektion erwartet. Für das Jahr 2015 wird weiterhin mit einem Anstieg um 3,7 % gerechnet. Für die Jahre 2016 bis 2018 wird eine leichte Aufwärtskorrektur um 0,1 Prozentpunkte auf nunmehr 3,1 % erwartet. Für das Jahr 2019

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

wird ebenfalls von einem Zuwachs um 3,1% ausgegangen.

Die Erwartungen zu den privaten Konsumausgaben wurden für das Jahr 2014 um 0,8 Prozentpunkte nach unten auf nunmehr + 2,1% korrigiert; für das Jahr 2015 erfolgte eine Abwärtskorrektur auf + 3,1%. In den folgenden Jahren bis 2018 wurden die Prognosen leicht auf + 3,1% angehoben. Für das Jahr 2019 wurde ebenfalls ein Zuwachs von + 3,1% unterstellt.

Die im Vergleich zu den Erwartungen der Frühjahrsprojektion geringere wirtschaftliche Dynamik in diesem und nächstem Jahr zeigt sich bei den Unternehmensgewinnen. Für die Unternehmens- und Vermögenseinkommen wird für das Jahr 2014 mit 2,0 % eine geringere Zuwachsrate als noch im Mai 2014 erwartet (Frühjahrsprojektion 2014: 3,6 %). Die Zuwachsrate für 2015 wurde von 5,0 % auf 2,5 % zurückgenommen. Für die Folgejahre bis 2018 wurde die Wachstumsrate um

0,2 Prozentpunkte auf 3,7% angehoben. Der Schätzansatz für das Jahr 2019 liegt ebenfalls bei 3,7%.

3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

3.1 Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum

Die Schätzergebnisse sind der Tabelle 2 zu entnehmen.¹ Danach werden die

¹ Hinsichtlich der Ergebnisse für die Einzelsteuern wird auf die auf der Internetseite des BMF veröffentlichten Ergebnistabellen verwiesen: http://www.bundesfinanzministerium.de/ Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/ Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/ Steuerschaetzung/2014-11-11-ergebnisse-145-sitzung-steuerschaetzung,html

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Grundlagen aus den Projektionen der Bundesregierung für die Steuerschätzungen Mai 2014 und November 2014 Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	20	014	20	015	-	2016
	Steuer- schätzung Mai 2014	Steuer- schätzung November 2014	Steuer- schätzung Mai 2014	Steuer- schätzung November 2014	Steuer- schätzung Mai 2014	Steuer- schätzung November 2014
BIP nominal	+3,5	+3,2	+3,8	+3,2	+3,1	+3,1
BIP real	+1,8	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4	+1,3
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+3,6	+3,8	+3,7	+3,7	+3,0	+3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+3,6	+2,0	+5,0	+2,5	+3,5	+3,7
Private Konsumausgaben	+2,9	+2,1	+3,5	+3,1	+3,0	+3,1
	20	017	20	018	2019	
	Steuer- schätzung Mai 2014	Steuer- schätzung November 2014	Steuer- schätzung Mai 2014	Steuer- schätzung November 2014	Steuer- schätzung Mai 2014	Steuer- schätzung November 2014
BIP nominal	+3,1	+3,1	+3,1	+3,1	-	+3,1
BIP real	+1,4	+1,3	+1,4	+1,3	-	+1,3
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+3,0	+3,1	+3,0	+3,1	-	+3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+3,5	+3,7	+3,5	+3,7	-	+3,7
Private Konsumausgaben	+3.0	+3,1	+3.0	+3,1	-	+3,1

Quelle: Herbstprojektion der Bundesregierung.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2014 gegenüber dem Ist-Ergebnis 2013 um 21,2 Mrd. € (+3,4%) anwachsen. Bund, Länder und Gemeinden erreichen dabei jeweils einen Zuwachs der Steuereinnahmen um 3,5%. Alle Gebietskörperschaften profitieren gleichermaßen von einem kräftigen Anstieg der gemeinschaftlichen Steuern (+3,7%). Beim Bund wird das Steueraufkommen durch die schwache Entwicklung der reinen Bundessteuern beeinträchtigt. Diese werden im Jahr 2014 voraussichtlich lediglich um 1,5 % ansteigen. Ein vergleichsweise moderater Zuwachs der aus dem Bundeshaushalt zu leistenden EU-Abführungen hingegen verbessert die Einnahmesituation des Bundes. Der kräftige Anstieg der reinen Ländersteuern (+10,1%) macht sich bei den Einnahmen der Länder nicht so stark bemerkbar, da der Anteil dieser Steuern am gesamten Steueraufkommen der Länder unter 7% liegt. Die Gemeinden profitieren in diesem Jahr insbesondere von der guten Entwicklung der Lohn- und Einkommensteuern, da das Aufkommen und somit auch der Gemeindeanteil an diesen Steuern gemäß Schätzannahme des

Arbeitskreises um 6,0 % zunehmen werden. Auch die weiterhin wachsenden Einnahmen aus den aufkommensstarken Gewerbesteuern (nach Abzug der Umlagen + 1,1%) sichern den Gemeinden im Jahr 2014 eine solide Einnahmebasis. Für die Folgejahre rechnet der Arbeitskreis ausgehend von den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben mit einem weiteren kontinuierlichen Anstieg des Steueraufkommens insgesamt.

Im gesamten Schätzzeitraum wird – ausgehend vom letzten Ist-Jahr 2013 – bis zum Jahr 2019 ein Zuwachs der Steuereinnahmen um 22,7% erwartet. Die größte Dynamik weisen hierbei die gemeinschaftlichen Steuern aus. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen wird voraussichtlich von 71,4% im Jahr 2013 auf 74,5% im Jahr 2019 anwachsen. Jedoch gibt es deutlich divergierende Entwicklungen bei den einzelnen Steuerarten, aus denen sich die gemeinschaftlichen Steuern zusammensetzen.

Der stärkste Aufkommensanstieg ergibt sich bei der Lohnsteuer mit einem Zuwachs von 39,7% im Jahr 2019 gegenüber dem

Tabelle 2: Ergebnis der Steuerschätzung November 2014

	Ist	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
1. Bund							
in Mrd. €	259,9	268,9	278,0	290,0	299,3	311,0	322,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,4	3,5	3,4	4,3	3,2	3,9	3,7
2. Länder							
in Mrd. €	244,2	252,8	259,7	268,4	278,2	288,6	298,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,3	3,5	2,7	3,4	3,6	3,7	3,4
3. Gemeinden							
in Mrd. €	84,5	87,5	90,2	93,6	97,1	100,7	104,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,3	3,5	3,1	3,8	3,8	3,7	3,8
4. EU							
in Mrd. €	31,1	31,7	32,3	31,6	33,2	34,3	35,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	18,2	1,8	1,9	-2,0	4,8	3,5	2,4
5. Steuereinnahmen insgesamt							
in Mrd. €	619,7	640,9	660,2	683,7	707,8	734,6	760,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,3	3,4	3,0	3,6	3,5	3,8	3,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

Basisjahr 2013. Im gesamten Schätzzeitraum wird die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens wesentlich von der erwarteten Steigerung der Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) und nur noch in geringem Umfang von der Zunahme der Beschäftigung getragen. Die jährlichen Zuwachsraten des Lohnsteueraufkommens liegen in allen Schätzjahren über 5 %. Im Jahr 2014 ergibt sich voraussichtlich mit 6,1% der höchste Zuwachs. Bei dem vom Lohnsteueraufkommen in Abzug gebrachten Kindergeld wird aufgrund der demografischen Entwicklung ein allmählicher Rückgang der Ausgaben (von 2013 bis 2019 -2,9%) erwartet.

Den zweithöchsten erwarteten Aufkommenszuwachs weist mit 28,2% die veranlagte Einkommensteuer auf. Im Basisjahr 2013 sind allerdings noch kleinere Beträge für Investitionszulage und Eigenheimzulage ausgezahlt worden, die aufgrund des Auslaufens der Förderung das Aufkommen im letzten Schätzjahr 2019 nicht mehr belasten werden. Nach Bereinigung des Basisjahres 2013 um diese Beträge ergibt sich immer noch ein beachtlicher Zuwachs von 25,8 % für die veranlagte Einkommensteuer. Das höchste Wachstum wird im Jahr 2014 erwartet (+5,8%). Für dieses Jahr wird auch - wie bereits im Jahr 2013 realisiert – mit weiteren nicht unerheblichen Mehreinnahmen aus Selbstanzeigen gerechnet. Im Jahr 2015 beträgt der Einnahmezuwachs der veranlagten Einkommensteuer aufgrund des für die Jahre 2014 und 2015 prognostizierten Wirtschaftswachstums und der durch die Einnahmen aus Selbstanzeigen überhöhten Basis nur + 1,3 %. In den darauffolgenden Jahren rechnet der Arbeitskreis wieder mit jährlichen Zuwachsraten über 4%.

Die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer (+26,4% von 2013 bis 2019) verläuft im Schätzzeitraum ebenfalls nicht gleichmäßig: Im ersten Schätzjahr 2014 wird ein leichter Rückgang um 1,2% erwartet. Er resultiert aus dem Zusammentreffen einer für dieses

Jahr erwarteten schwächeren Entwicklung der Gewinne der überwiegend international ausgerichteten großen Kapitalgesellschaften mit das Aufkommen mindernden Sondereffekten aus größeren Einzelfällen sowie einer durch Sondereffekte überzeichneten Basis. Der Zuwachs im Schätzzeitraum 2013 bis 2019 wird durch die das Basisjahr 2013 mindernden Auszahlungen von circa 0,4 Mrd. € Investitionszulagen überzeichnet, die aufgrund des Auslaufens der Zulage-Gewährung im Schätzzeitraum im Jahr 2019 nicht mehr negativ zu Buche schlagen werden. Zudem wird das Aufkommen im Jahr 2018 nicht mehr durch die Altkapitalerstattungen gemindert; diese betrugen im Jahr 2013 2,2 Mrd. € und werden letztmalig im Jahr 2017 ausgezahlt. Hieraus resultiert im Jahr 2018 ein sprunghafter Aufkommensanstieg in Höhe von 12,7%. Bereinigt man die Basis um die beiden vorgenannten Positionen, beträgt die Zuwachsrate bei der Körperschaftsteuer im Schätzzeitraum lediglich 11,7%.

Für die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wird im Schätzzeitraum bis 2019 ein Zuwachs von nur 12,4% erwartet. Im Jahr 2014 ergibt sich voraussichtlich ein Rückgang des Aufkommens um 3,8 %. Die im bisherigen Jahresverlauf eher schwache Einnahmeentwicklung wird voraussichtlich in den verbleibenden Monaten nicht mehr korrigiert - zumal die Ausschüttungen der meisten großen Kapitalgesellschaften bereits erfolgt sind. Im Jahr 2015 ergibt sich ein noch stärkerer Rückgang um 5,6 %. Dieser wird durch die Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 zu den Streubesitzdividenden hervorgerufen. Aufgrund dieses Urteils müssen voraussichtlich 2,6 Mrd. € Kapitalertragsteuern zurückgezahlt werden. Es wird damit gerechnet, dass die Hälfte dieses Betrags im Jahr 2015 und der Rest im Jahr 2016 abfließen werden. Im Jahr 2017 resultiert aus vorgenanntem Sachverhalt wiederum eine hohe Zuwachsrate gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (+12%).

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

Bei den Steuern vom Umsatz wird zwischen 2013 und 2019 ein Anstieg von 20,7% erwartet. Dies entspricht annähernd dem erwarteten Zuwachs der privaten Konsumausgaben, der das Aufkommen dieser Steuerart maßgeblich bestimmt (im Zeitraum 2013 bis 2019: +19,0%; vergleiche Tabelle 1). Die jährlichen Zuwachsraten des Steueraufkommens im Schätzzeitraum werden voraussichtlich in allen Jahren über 3% liegen. Dies bedeutet angesichts der schwachen Änderungsraten in den beiden zurückliegenden Jahren (2012: 2,4% und 2013: 1,1%) eine erheblich bessere Entwicklung im Schätzzeitraum. Damit tragen die Steuern vom Umsatz aufgrund ihres großen Anteils am Steueraufkommen insgesamt zum Zuwachs der Steuereinnahmen bis 2019 erheblich bei.

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge erreicht im gesamten Schätzzeitraum voraussichtlich lediglich einen Anstieg in Höhe von 6,8 %. Im Verlauf des Schätzzeitraums wird mit einer allmählichen Erholung des Durchschnittszinses gerechnet. Dies schlägt sich - bei gleichzeitig expandierendem Finanzanlagevolumen - in allmählich ansteigenden Aufkommenszuwächsen nieder. Im Aufkommen sind ebenfalls Steuerzahlungen auf Erlöse aus Wertpapierveräußerungen enthalten. Da die Einnahmen hieraus statistisch nicht getrennt erfasst werden und somit die Entwicklung in der Vergangenheit und das gegenwärtige Niveau der Einnahmen unbekannt sind, ist eine valide Schätzung der künftigen Einnahmeentwicklung aus Wertpapierveräußerungen jedoch nicht möglich.

Neben den gemeinschaftlichen Steuern weisen die reinen Gemeindesteuern mit einem Plus von 16,1% im Zeitraum 2013 bis 2019 ebenfalls einen kräftigen Zuwachs auf, der von der aufkommensstärksten Gemeindesteuer, der Gewerbesteuer (+ 17,5 %), getragen wird. Die hinsichtlich des Volumens zweitgrößte Steuer – die Grundsteuer B – verzeichnet hingegen im gleichen Zeitraum nur ein unterdurchschnittliches Wachstum (+ 11,5 %).

Auch bei den Ländersteuern (+ 15,2%) sorgt vor allem die aufkommensstärkste Steuerart – die Grunderwerbsteuer – mit einem geschätzten Anstieg von 2013 bis 2019 um 20,7% für den kräftigen Zuwachs. Der größte Anstieg ergibt sich im Jahr 2014 (+ 9,0 %). Die Anhebung der Grunderwerbsteuersätze in einigen Ländern fördert in diesem Jahr das Wachstum des Steueraufkommens. Zwar werden auch in den folgenden Jahren noch in weiteren Ländern Steuersatzanhebungen erwartet – diese können jedoch noch nicht in der Schätzung berücksichtigt werden, da diese auf dem geltenden Rechtstand zum Zeitpunkt der Schätzung basiert. Umsatz-Impulse aus den im internationalen Vergleich günstigen Grundstückspreisen und steigende Immobilienpreise bieten die Basis für weitere Aufkommenszuwächse. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer werden im selben Zeitraum voraussichtlich um 12,6 % zunehmen. Auch hier ergibt sich voraussichtlich der größte Aufkommensanstieg im Jahr 2014 (+16,3%). Vorgezogene Schenkungen aufgrund des vor dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahrens zur erbschaftsteuerlichen Begünstigung von Unternehmensvermögen tragen zu den hohen Einnahmen in diesem Jahr bei.

Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern werden im Schätzzeitraum bis 2019 voraussichtlich um 4,9 % ansteigen. Allerdings haben nur wenige bedeutende Bundessteuern größere Zuwächse zu verzeichnen: An erster Stelle steht hier der Solidaritätszuschlag, welcher - gekoppelt an die Zuwächse bei seinen Bemessungsgrundlagen (Lohn- und Einkommensteuer; Körperschaftsteuer) einen Zuwachs von + 26,9 % bis 2019 aufweist. Er rückt damit eindeutig an die zweite Stelle in der Rangfolge der aufkommensstärksten Bundessteuern vor. Auch für die Versicherungsteuer wurde in diesem Zeitraum ein erheblicher Anstieg um 18,7 % prognostiziert. Bei den beiden großen Verbrauchsteuern Energiesteuer und Tabaksteuer wird mittelfristig mit weiteren

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

Verbrauchseinschränkungen gerechnet. Der Aufkommenszuwachs beider Steuern bis zum Jahr 2019 ist nur leicht positiv. Der erhebliche Anstieg der Tabaksteuereinnahmen im Jahr 2014 ist zum großen Teil auf einen kassentechnischen Effekt zurückzuführen. Hier wurden Steuereinnahmen in Höhe von circa 0,3 Mrd. €, die eigentlich dem Kassenjahr 2013 zuzuordnen sind, im Jahr 2014 gebucht. Bei der Schätzung des Kernbrennstoffsteueraufkommens unterstellte der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" wie bereits bei der Mai-Steuerschätzung, dass eine Entscheidung des Bundesfinanzhofs (BFH) hinsichtlich der Aussetzung der Vollziehung zugunsten des Bundes und die Rückzahlung der ausgesetzten Beträge noch in diesem Jahr erfolgen wird. Dieses Szenario stellt jedoch

keine Beurteilung der Erfolgsaussichten der Verfahrensbeteiligten dar.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote bleibt voraussichtlich im Jahr 2014 mit 22,10 % nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr (2013: 22,06 %). Bis zum Ende des Schätzzeitraums nimmt die Quote nach Einschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" leicht zu und wird im Jahr 2019 bei 22,47 % liegen.

3.2 Vergleich mit der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2014

Tabelle 3 zeigt den Vergleich der aktuellen Schätzergebnisse mit der vorangegangenen

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2014 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2014 – Ebenen Beträge in Mrd. €

			Abweid	chungen		Ergebnis der	
2014	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung	Steuerrechts-	davon:			
	Mai 2014	insgesamt	änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	November 2014	
Bund ³	268,2	0,7	0,0	0,5	0,3	268,9	
Länder ³	252,2	0,6	0,1		0,5	252,8	
Gemeinden ³	87,6	-0,1	0,0		-0,1	87,5	
EU	31,9	-0,3	0,0	-0,5	0,2	31,7	
Steuereinnahmen insgesamt	639,9	0,9	0,1	0,0	0,9	640,9	
	Ergebnis der		Abweid	chungen		Frankninder	
2015	Steuerschätzung	Abweichung	davon:			Ergebnis der Steuerschätzung	
	Mai 2014	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	November 2014	
Bund ³	278,5	-0,5	0,1	2,1	-2,7	278,0	
Länder ³	262,5	-2,8	0,3		-3,0	259,7	
Gemeinden ³	91,4	-1,3	0,0		-1,3	90,2	
EU	34,1	-1,8	0,0	-2,1	0,3	32,3	
Steuereinnahmen insgesamt	666,6	-6,4	0,4	0,0	-6,8	660,2	
	Ergebnis der		Abweid	chungen		Ergebnis der	
2016	Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Steuerschätzung	
	Mai 2014	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	November 2014	
Bund ³	292,9	-2,9	0,2	-0,1	-3,0	290,0	
Länder ³	271,7	-3,2	0,3		-3,5	268,4	
Gemeinden ³	94,8	-1,2	0,0		-1,2	93,6	
EU	31,2	0,4	0,0	0,1	0,3	31,6	
Steuereinnahmen insgesamt	690,6	-6,9	0,5	0,0	-7,4	683,7	

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

noch Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2014 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2014 – Ebenen Beträge in Mrd. €

	Farabaia dan		Abweid	5 1 1 1			
2017	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Ergebnis der Steuerschätzung	
	Mai 2014 insges		Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	November 2014	
Bund ³	300,7	-1,3	0,2	0,4	-1,9	299,3	
Länder ³	280,5	-2,3	0,3		-2,6	278,2	
Gemeinden ³	98,1	-1,0	0,0		-1,0	97,1	
EU	33,2	0,0	0,0	-0,4	0,4	33,2	
Steuereinnahmen insgesamt	712,4	-4,6	0,6	0,0	-5,2	707,8	
		Abweichungen					
2018	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung			Ergebnis der Steuerschätzung		
	Mai 2014	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	November 2014	
Bund ³	311,8	-0,8	0,2	0,4	-1,5	311,0	
Länder ³	290,6	-2,0	0,4		-2,4	288,6	
Gemeinden ³	101,8	-1,0	0,0		-1,0	100,7	
EU	34,3	0,0	0,0	-0,4	0,4	34,3	
Steuereinnahmen insgesamt	738,5	-3,9	0,6	0,0	-4,5	734,6	

Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" unterstellt bei der Schätzung des Kernbrennstoffsteueraufkommens eine Entscheidung des BFH hinsichtlich der Aufhebung der Vollziehung zugunsten des Bundes und die Rückzahlung der ausgesetzten Beträge noch in diesem Jahr. Er stellt fest, dass dies keine Beurteilung der Erfolgsaussichten der Verfahrensbeteiligten darstellt.

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

Steuerschätzung vom Mai 2014. Zudem sind in Tabelle 4 die Veränderungen der Schätzansätze für ausgewählte Steuerarten gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2014 dargestellt.

Die Einnahmeerwartungen für das
Jahr 2014 vor Berücksichtigung der
Steuerrechtsänderungen (sogenannte
Schätzabweichung) haben sich um 0,9 Mrd. €
verringert. Erstmals in die Steuerschätzung
einbezogene Rechtsänderungen erhöhen
das erwartete Mehraufkommen leicht um
0,1 Mrd. €. Die Steuereinnahmen insgesamt
werden somit voraussichtlich mit 640,9 Mrd. €
um 0,9 Mrd. € höher ausfallen als im Mai 2014
geschätzt. Grundsätzlich kann festgestellt
werden, dass die bereits für das Jahr 2014

herabgesetzten gesamtwirtschaftlichen Wachstumserwartungen in diesem Jahr noch nicht das Steueraufkommen dämpfen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung schlägt zumeist erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf die Steuereinnahmen durch – Gründe hierfür sind u. a. die im Steuerrecht verankerten Abgabe- und Zahlungsfristen der Steuerpflichtigen und der Verwaltung.

Die Schätzung der Einnahmeentwicklung im Jahr 2014 wird in erheblichem Ausmaß durch die Entwicklung der Ist-Einnahmen im bisher abgelaufenen Jahr beeinflusst. Bei den gemeinschaftlichen Steuern sind vor allem Aufwärtskorrekturen bei der Körperschaftsteuer und den nicht veranlagten

¹ Gesetz zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Hessen: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer vom 16. Juli 2014.

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung, Finanzausgleich und Konsolidierungshilfen (Betrag der Konsolidierungshilfen vorbehaltlich der Entscheidung des Stabilitätsrates gemäß § 2 Absatz 2 Konsolidierungshilfengesetz).

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2014 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2014 – Einzelsteuern Einzelsteuern

Steuerart	2014	2015	2016	2017	2018		
Abweichungen in Mio. € gegenüber I				er Mai 2014	r Mai 2014		
Lohnsteuer	150	- 800	- 400	- 200	- 150		
veranlagte Einkommensteuer	- 700	-2 450	-2 650	-2 500	-2 450		
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	610	-1685	-3 045	-1 795	-1 855		
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	- 456	- 762	-763	-763	-813		
Körperschaftsteuer	1 220	460	650	770	930		
Steuern vom Umsatz	- 500	-1 300	-1 400	-1 450	-1 500		
Gewerbesteuer	- 400	-1 150	-1 050	- 850	- 700		
Bundessteuern insgesamt	300	575	920	1 245	1 670		
davon							
Energiesteuer	450	450	550	650	750		
Stromsteuer	- 200	- 200	- 200	-200	- 200		
Tabaksteuer	170	130	190	190	190		
Versicherungsteuer	110	435	660	885	1 110		
Solidaritätszuschlag	- 50	- 250	- 250	- 250	- 200		
Kraftfahrzeugsteuer	90	40	0	0	50		
sonstige Bundessteuern	-30	- 30	- 30	-30	- 30		
Ländersteuern insgesamt	173	185	298	355	413		
Gemeindesteuern insgesamt	341	302	263	224	185		
Zölle	200	250	300	350	400		
Steuereinnahmen insgesamt	938	- 6 375	- 6 877	- 4 614	- 3 870		

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

Steuern vom Ertrag zu nennen, denen allerdings erhebliche Abschläge bei der veranlagten Einkommensteuer, der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, den Steuern vom Umsatz sowie der Gewerbesteuer entgegenstehen. Bei den Bundessteuern gab es eine erhebliche Erhöhung des Schätzansatzes der Energiesteuer, wohingegen die Erwartungen hinsichtlich der Stromsteuereinnahmen nach unten revidiert werden mussten. Per Saldo werden bei den Bundessteuern gegenüber der Mai-Schätzung um 0,3 Mrd. € höhere Einnahmen erwartet. Auch die Schätzansätze für die Ländersteuern wurden saldiert um 0,2 Mrd. € nach oben angepasst, wobei dies vor allem auf die Erbschaftsteuer zurückzuführen ist.

Die EU-Abführungen im Jahr 2014 liegen um 0.5 Mrd. € unter dem Ansatz der MaiSteuerschätzung 2014 und erhöhen die Mehreinnahmen des Bundes entsprechend. Insgesamt ergeben sich für das Jahr 2014 für den Bund Mehreinnahmen von 0,7 Mrd. €. Die Länder können leichte Zuwächse von 0,6 Mrd. € erwarten. Dazu tragen die Steuerrechtsänderungen mit einem Betrag von 0,1 Mrd. € bei. Für die Gemeinden entstehen voraussichtlich Mindereinnahmen in Höhe von 0,1 Mrd. €. Dies ist vor allem auf eine Verminderung der Annahmen zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens zurückzuführen.

Im Jahr 2015 ergeben sich insbesondere aufgrund der gegenüber der Mai-Steuerschätzung herabgesetzten Annahmen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – hier insbesondere der Gewinn- und Vermögenseinkommen – Mindereinnahmen im

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

Verhältnis zur vorangegangenen Schätzung (Schätzabweichungen) in Höhe von 6,8 Mrd. €. Von den Mindereinnahmen sind Bund (-2,7 Mrd. €), Länder (-3,0 Mrd. €) und Gemeinden (-1,3 Mrd. €) gleichermaßen betroffen. Der Schätzansatz für die eigenen Einnahmen der EU (Zölle) wurde hingegen um 0,3 Mrd. € erhöht. Die neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen erhöhen das Aufkommen leicht um 0,4 Mrd. €.

Die Schätzung der EU-Eigenmittelabführungen aus dem Bundeshaushalt für 2015 wird insgesamt geprägt durch die Einbeziehung eines Einmaleffekts. Dabei wurde die Annahme unterlegt, dass die im Vorjahr über den Saldenausgleich aus der Neuberechnung der Bruttonationaleinkommen (BNE)- und Mehrwertsteuereigenmittel von der EU-Kommission eingenommene Mittel im Jahr 2015 an die Mitgliedstaaten zurückerstattet werden. Dadurch resultieren geringere Abführungen an BNE-Eigenmitteln. Für Deutschland hat die Europäische Kommission eine Entlastung in Höhe von rund 2,1 Mrd. € vorgesehen, die vollständig im Bundeshaushalt veranschlagt wird. Damit reduziert sich die Abweichung gegenüber der Mai-Steuerschätzung für den Bund auf - 0,5 Mrd. €.

Die erwarteten Mindereinnahmen der Länder werden durch die Steuerrechtänderungen nur leicht um 0,3 Mrd. € auf 2,8 Mrd. € reduziert. Bei den Gemeinden entspricht die Schätzabweichung in Höhe von 1,3 Mrd. € auch den zu erwartenden Mindereinnahmen, da die Steuerrechtsänderungen das Aufkommen der Gemeinden nicht nennenswert beeinflussen.

Die Verteilung der geschätzten Mindereinnahmen auf die einzelnen Steuerarten zeigt, dass die Abwärtskorrektur der Erwartungen zum Wirtschaftswachstum für die Jahre 2014 und 2015 im Jahr 2015 grundsätzlich alle gemeinschaftlichen Steuern und auch die Gewerbesteuer trifft. Die Auswirkungen auf das Aufkommen der Lohnsteuer und der Steuern vom Umsatz sind – unter Berücksichtigung des Gesamtaufkommens dieser Steuern – eher

gering, da auch die gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen dieser Steuern von der erwarteten Abflachung des Wachstums nicht so sehr beeinträchtigt werden.
Insbesondere werden für Beschäftigung und Effektivlöhne (Bruttolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer) keine gravierenden Auswirkungen erwartet. Erhebliche Abwärtskorrekturen sind hingegen bei den gewinnabhängigen Steuern – der Körperschaftsteuer, der veranlagten Einkommensteuer sowie der Gewerbesteuer – zu verzeichnen.

Während die bei der veranlagten Einkommensteuer und bei der Gewerbesteuer bereits für das Jahr 2014 leicht nach unten korrigierten Schätzansätze im Jahr 2015 nochmals abgesenkt werden, verringern sich bei der Körperschaftsteuer die durch Anhebung des Schätzwertes für 2014 ausgewiesenen Mehreinnahmen gegenüber der Mai-Steuerschätzung im Jahr 2015 wesentlich. Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wurde der Schätzansatz ebenfalls stärker herabgesetzt als für das Jahr 2014. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass das anhaltend niedrige Zinsniveau auch in diesem Jahr den Durchschnittszinssatz und somit Zinserträge und das Steueraufkommen daraus stärker negativ beeinflusst als noch im Mai erwartet.

Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wird im Wesentlichen aus der Kapitalertragsteuer auf Dividenden gespeist. Die schlechtere Gewinnentwicklung in den Jahren 2014 und 2015 wird sich voraussichtlich zeitverzögert auch in den Gewinnausschüttungen der Unternehmen niederschlagen. Weiterhin wird das Aufkommen dieser Steuer in den Jahren 2015 und 2016 durch eine Rechtsänderung beeinflusst, die bereits im Mai berücksichtigt worden war: die Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 zu den Streubesitzdividenden. Diese wurde nunmehr unter Einbeziehung neuer Erkenntnisse zum voraussichtlichen Zeitraum ihrer

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014

Aufkommenswirksamkeit im Schätzansatz revidiert (siehe auch die Ausführungen unter Abschnitt 3.1). In der Mai-Schätzung war noch von einem Abfluss der Erstattungen im Jahr 2014 (zwei Drittel des Gesamtbetrags) und im Jahr 2015 (ein Drittel des Gesamtbetrags) ausgegangen worden. Insgesamt ergibt sich damit ein wesentlich niedrigerer Schätzansatz für die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag für die Jahre 2015 und 2016 als noch im Mai.

Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Prognose für die Jahre 2016 bis 2018 unterscheidet sich kaum von der Frühjahrsprojektion, die der Mai-Steuerschätzung zugrunde lag. Die geschätzten Steuereinnahmen weisen daher grundsätzlich ein ähnliches mittelfristiges Entwicklungsprofil auf wie im Mai. Durch die Rücknahme der gesamtwirtschaftlichen Erwartungen für die Jahre 2014 und 2015 und die damit verbundene Reduzierung der Schätzansätze für die Steuereinnahmen im Jahr 2015 ergibt sich jedoch eine niedrigere Basis, die zu einer entsprechenden Herabsetzung des geschätzten Aufkommens für die Folgejahre führt. Im Jahr 2016 führen zudem die geänderten Erwartungen hinsichtlich der Auswirkungen des EuGH-Urteils zu den Streubesitzdividenden zu einer zusätzlichen Minderung des Schätzansatzes gegenüber Mai. Die Abweichungen insgesamt betragen - 6,9 Mrd. €. Sie vermindern sich im Jahr 2017 auf - 4,6 Mrd. € und im Jahr 2018 auf - 3,9 Mrd. €. Der Bund ist in diesen Jahren von der Absenkung der Schätzansätze nicht so stark betroffen wie Länder und Gemeinden, da hier die Aufwärtsrevision der Schätzung bei einigen aufkommensstarken Bundessteuern

entgegenwirkt. Das Jahr 2019 war noch nicht Gegenstand der Steuerschätzung im Mai.

4 Fazit

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auch in den nächsten Jahren auf Wachstumskurs. Das Wirtschaftswachstum wird dabei vor allem von einer robusten Inlandsnachfrage getragen, die mit einer anhaltenden Einkommens- und Beschäftigungsexpansion einhergehen wird. Dies wird sich positiv auf das Steueraufkommen auswirken. So wächst die Bruttolohn- und Gehaltssumme über 3% pro Jahr und damit auch die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer. Die Steuern vom Umsatz profitieren von der Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte, diese werden ab dem nächsten Jahr voraussichtlich um etwas über 3% pro Jahr zunehmen. Allerdings entwickeln sich die gewinnabhängigen Steuern weniger günstig als noch im Mai prognostiziert. Dies steht im Zusammenhang mit den Abwärtskorrekturen für das Wirtschaftswachstum in diesem und nächstem Jahr, was sich vor allem in verminderten Unternehmensgewinnen niederschlägt.

Insgesamt können nach den Ergebnissen des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" alle staatlichen Ebenen in den nächsten Jahren mit kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen rechnen. Bund, Länder und Gemeinden verfügen damit auch in den kommenden Jahren über eine solide Einnahmebasis.

Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland

Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland

- Die staatlichen Investitionen in Deutschland sind in den vergangenen Jahren signifikant gestiegen. Nach Abgrenzung gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) lagen die staatlichen Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2013 um gut 44 % über ihrem Niveau von 2005. Auch die Investitionsquote ist seit 2005 deutlich gestiegen.
- Die Investitionsquoten im Euroraum (ohne Deutschland) und in den USA sind kein geeigneter Bezugspunkt zur Bewertung der staatlichen Investitionstätigkeit in Deutschland, da hierbei länderspezifische Besonderheiten nicht berücksichtigt werden.
- Solide Staatsfinanzen, Strukturreformen und Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie gute institutionelle Rahmenbedingungen sorgen in Deutschland für ein attraktives Umfeld für private Investitionen.

1	Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland auf allen Staatsebenen	16
1.1	Entwicklung der gesamten öffentlichen Investitionen	16
1.2	Effekte der jüngsten VGR-Generalrevision	17
1.3	Öffentliche Investitionen nach staatlichen Ebenen	17
1.4	Staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung	19
2	Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland im internationalen Vergleich	20
3	Stärkung des Investitionsklimas in Deutschland	22
1	Fazit und Aushlick	2/

1 Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland auf allen Staatsebenen

1.1 Entwicklung der gesamten öffentlichen Investitionen

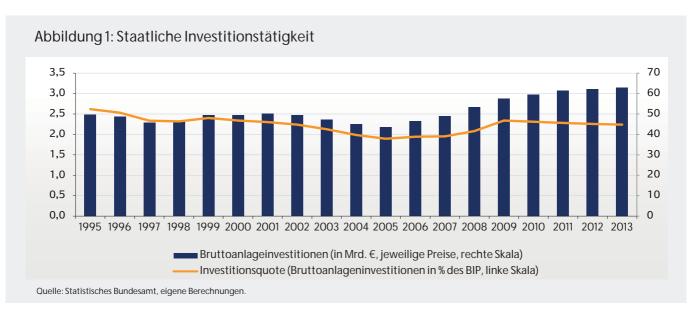
Entgegen der häufig geäußerten Kritik zeigt sich, dass die Investitionen in den vergangenen Jahren signifikant gestiegen sind; nach VGR-Abgrenzung lagen die staatlichen Bruttoanlageinvestitionen 2013 um 44% über ihrem Niveau von 2005. Auch bei Betrachtung der staatlichen Investitionstätigkeit in Relation zur Wirtschaftsleistung zeigt sich für die Jahre ab 2005 eine positive Tendenz. Die Investitionsquote (staatliche Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP), siehe

Abbildung 1) lag 2013 mit 2,2 % über dem Niveau von 2005 (1,9 %).

In den Jahren zuvor war dagegen noch ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen; zunächst insbesondere bedingt durch die noch anhaltende Abschwächung des Baubooms nach der deutschen Einheit. Mitte des vergangenen Jahrzehnts begann die Investitionsquote infolge einer Verbesserung der Rahmenbedingungen wieder leicht anzusteigen.¹ Die Konjunkturpakete verstärkten dann die positive Entwicklung, insbesondere das im März 2009 errichtete Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds", welches die investiven Maß-

¹ Vergleiche hierzu ausführlich BMF, Monatsbericht März 2014, "Investitionsschwäche in Deutschland?".

Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland



nahmen des damaligen Konjunkturpakets II zusammenfasste;² sodass die Investitionsquote zwischenzeitlich auf 2,3 % stieg. Der daran anschließende leichte Rückgang der Quote auf 2,2 % im Jahr 2013 ist aber kein Indiz für ein Nachlassen der staatlichen Investitionstätigkeit. Die staatlichen Investitionen stiegen bis 2013 kontinuierlich an (siehe Abbildung 1); nur der stärkere Anstieg des BIP führte zu einem leichten Rückgang der Quote.

1.2 Effekte der jüngsten VGR-Generalrevision

Im Zuge der Einführung des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 erfolgte zum 1. September 2014 eine Generalrevision der VGR. Insbesondere werden jetzt Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) nicht mehr als Konsum, sondern als Investitionen behandelt. Dies hat auch für den Sektor Staat zu bedeutenden Änderungen geführt. Durch die Anwendung des ESVG 2010 hat sich auch die Abgrenzung des Sektors Staat geändert; u. a. zählen jetzt weitere staatliche Forschungseinrichtungen zum Sektor Staat. Insbesondere diese Änderungen haben eine

Niveauerhöhung der Investitionstätigkeit des Staates bewirkt. So ist die Investitionsquote durch die Revision im Durchschnitt des Revisionszeitraums (1991 bis 2013) von 1,9 % auf 2,4 % und im Jahr 2013 von 1,6 % auf 2,2 % gestiegen. ³ Betrachtet man die einzelnen Komponenten, so zeigt sich, dass die Behandlung von Ausgaben für F&E als Investitionen wesentlich für den Niveauanstieg bei der Investitionsquote war. Auch die jetzt investive Verbuchung militärischer Waffensysteme (als Komponente der "Ausrüstungen") macht sich hier bemerkbar.

1.3 Öffentliche Investitionen nach staatlichen Ebenen

Betrachtet man die Entwicklung der öffentlichen Investitionen (in Abgrenzung der VGR) nach Ebenen des Staates (Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen) so zeigt sich, dass der Bund (d. h. der Bundeshaushalt und die dem Bund zugeordneten Extrahaushalte) sowie die Länder entscheidend zur positiven

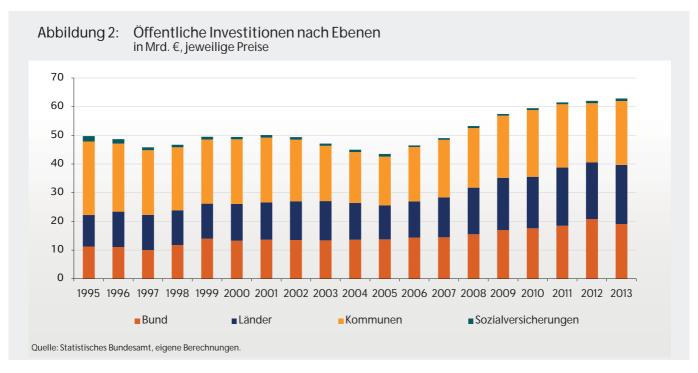
² Vergleiche hierzu BMF, Finanzbericht 2010, Kapitel 1.3.2.13.

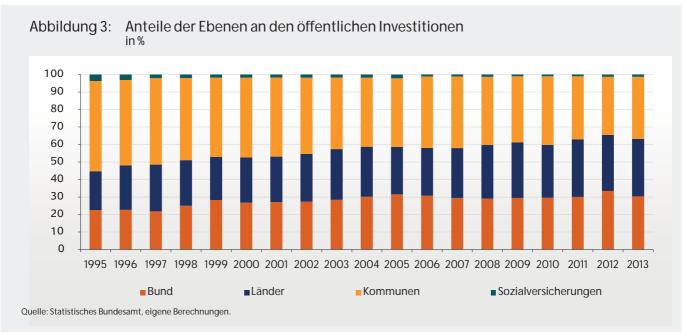
³ Auch das nominale BIP verzeichnete einen Niveausprung infolge der Generalrevision (+3,1% im Durchschnitt des Revisionszeitraums). Dies senkt für sich genommen die Investitionsquote. Dieser rechnerische Rückgang wurde aber durch die starke Revision bei den Investitionen überkompensiert.

Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland

Gesamtentwicklung in den vergangenen Jahren beigetragen haben (siehe Abbildung 2).

Bei Betrachtung der Anteile der Ebenen an den öffentlichen Investitionen (siehe Abbildung 3) zeigt sich, dass sowohl der Anteil des Bundes als auch der der Länder seit 1991 tendenziell zugenommen hat. 2013 trugen Bund, Länder und Kommunen jeweils etwa ein Drittel der öffentlichen Investitionen.





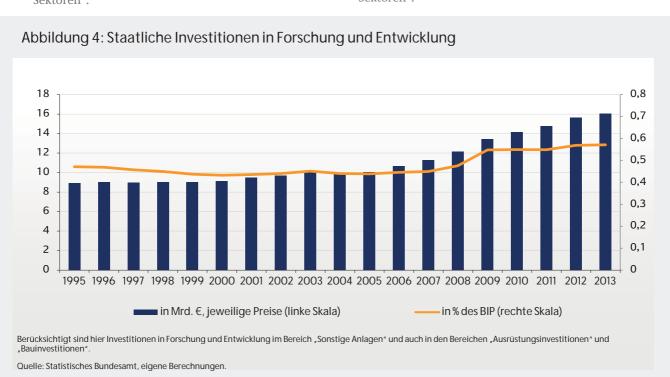
Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland

1.4 Staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung

Betrachtet man die Entwicklung der Ausgaben für F&E im Zeitablauf, so zeigt sich nach einer Phase annähernder Stabilität bis etwa 2005 ein deutlicher Anstieg der Ausgaben für F&E – nicht nur absolut, sondern insbesondere auch in Relation zum BIP (siehe Abbildung 4).⁴ Insbesondere diese Entwicklung zeigt, dass verstärkte Investitionen in F&E eine bedeutende Rolle bei der positiven Entwicklung der staatlichen Investitionstätigkeit in Deutschland gespielt haben.

Der Bund hat durch seine Politik der Förderung von F&E entscheidend zum Anstieg der staatlichen Investitionen beigetragen. So hat er seine Ausgaben für F&E seit 2005 um rund 44 % gesteigert, wobei der Bundeshaushalt einerseits sowie die vielfältigen Extrahaushalte des Bundes (z. B. verschiedene Helmholtz-Zentren, Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, Deutsches Krebsforschungszentrum) jeweils etwa die Hälfte zum Anstieg beitrugen. Auch die entsprechenden Ausgaben von Ländern (+71,6%) und Kommunen (+53,9%) stiegen deutlich an. Hierzu hat auch der Bund, u. a. durch den Hochschulpakt auf Landesebene und durch zahlreiche Maßnahmen zur finanziellen Entlastung von Ländern und Kommunen, maßgeblich beigetragen. Die gesamten staatlichen Investitionen in F&E im Jahr 2013 lagen um knapp 60% über dem Niveau von 2005.

⁶ Vergleiche Statistisches Bundesamt, "Interne Ausgaben für Forschung und Entwicklung nach Sektoren".



⁴ Vergleiche Statistisches Bundesamt, "Interne Ausgaben für Forschung und Entwicklung nach Sektoren"

⁵ Diese Werte entsprechen aufgrund einer anderen Sektorabgrenzung nicht den Werten, die im Kontext der Berichterstattung zur Erreichung des staatlichen Beitrags zum F&E-Ziel der Lissabon-Strategie ausgewiesen werden.

Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland

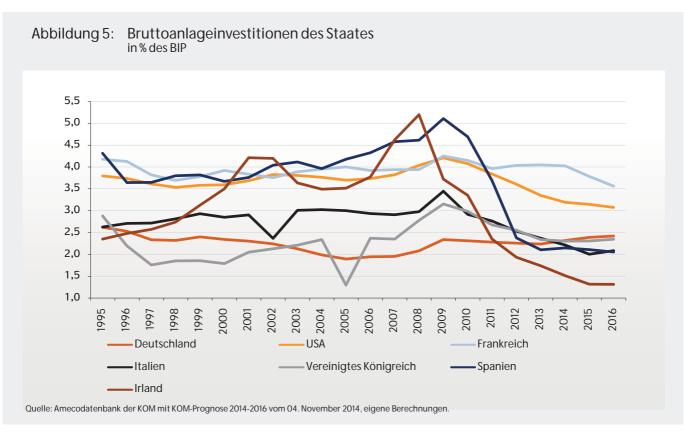
2 Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland im internationalen Vergleich

Vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 wiesen einige Länder des Euroraums deutlich höhere Investitionsquoten des Staates als Deutschland aus. Für aufholende Volkswirtschaften wie beispielsweise Spanien und Irland war dies Resultat eines von der EU-Strukturpolitik unterstützten Konvergenzprozesses, der sich in überdurchschnittlichen Investitionen in die Infrastruktur widerspiegelte.

Der Rückgang der Investitionsquote des Staates in Deutschland war vor allem auf einen Normalisierungsprozess nach der Wiedervereinigung und der darauf folgenden Aufholphase mit außergewöhnlich starker Investitionstätigkeit in Ostdeutschland (1995 bis 1997) zurückzuführen. Die Konsolidierungsanstrengungen und die damit einhergehende Stabilisierung der Staatsfinanzen war eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die staatlichen Investitionen nach 2005 wieder einen leichten Aufwärtstrend einschlugen.

In den Ländern, deren Staatsverschuldung in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 besonders stark anstieg, setzte dagegen ab 2007 eine signifikante Reduzierung der investiven Ausgaben des Staates ein. Dies trug zusammen mit dem Aufwärtstrend der deutschen Staatsinvestitionen dazu bei, dass die Lücke zwischen Deutschland und einigen anderen Ländern kleiner beziehungsweise das deutsche Niveau unterschritten wurde. Der Angleichungsprozess ist – wie die jüngste Prognose der Europäischen Kommission (KOM) für den Zeitraum 2014 bis 2016 zeigt – noch nicht abgeschlossen.

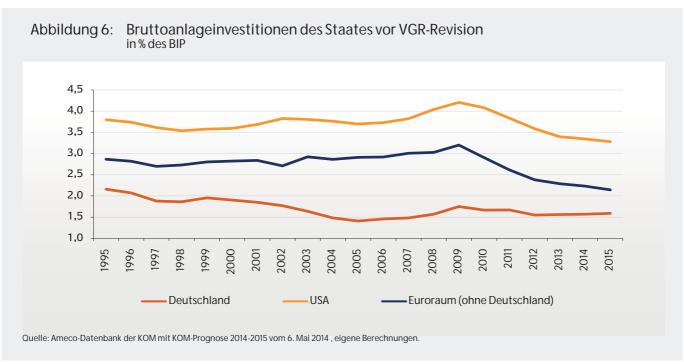
Der Vergleich der öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen vor und nach der Revision der VGR zeigt, dass es zu leichten Verbesserungen der deutschen Position im internationalen Ver-

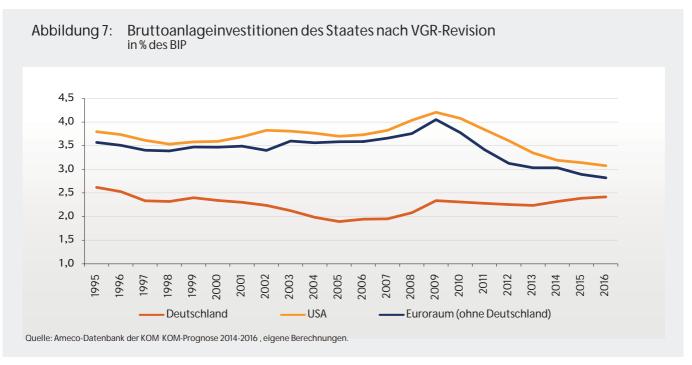


Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland

gleich gekommen ist (siehe Abbildungen 6 und 7). Die deutsche Investitionsquote liegt zwar weiterhin unter der der Euroländer (ohne Deutschland) und der USA. Aber der Abstand hat sich im Verlauf der Jahre verringert. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 sowie deren Nachwirkungen werden bei den Euroländern (ohne Deutschland) und

den USA anhand der Daten nach der Revision deutlicher sichtbar. Dabei ist in Deutschland die Investitionsquote des Staates etwas stärker angestiegen als nach dem alten Rechenstand. Nach 2009 ist ausgehend von den revidierten VGR-Ergebnissen eine deutliche Annäherung der Investitionsquoten bis zum Ende des Projektionszeitraums 2016 zu erkennen.





Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland

Die Annäherung der Quoten der öffentlichen Investitionen Deutschlands an das Niveau der anderen Länder dürfte maßgeblich auf einen Anstieg der Ausgaben für F&E des Staates⁷ zurückzuführen sein, während die Ausgaben für diese Zwecke im Euroraum (ohne Deutschland) leicht rückläufig waren (siehe Abbildung 8).

Ein internationaler Vergleich von öffentlichen Investitionsquoten ist keine geeignete Basis zur Ableitung finanzpolitischer Empfehlungen, da z. B. länderspezifische Gegebenheiten wie die Aufgabenteilung zwischen privatem und öffentlichem Sektor in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind. Auch lässt sich kein optimales Niveau der öffentlichen Investitionsquoten bestimmen. So ist es durchaus möglich, dass ein Land, welches im internationalen Vergleich eine relativ niedrige Quote öffentlicher Investitionen aufweist, durch Privatisierungsentscheidungen in der Vergangenheit (z. B. im Bereich der

sogenannten Netzwerkindustrien) mehr und nachhaltiger zur Stärkung des Wachstums beigetragen hat als ein anderes Land, in dem vergleichbare Leistungen nach wie vor staatlich erbracht werden und das daher eine entsprechend höhere öffentliche Investitionstätigkeit verzeichnet. Letztlich kommt es darauf an, dass sowohl öffentliche als auch die Investitionsausgaben der Unternehmen zusammengenommen zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft beitragen.8

3 Stärkung des Investitionsklimas in Deutschland

Zu einer erfolgreichen Investitions- und Wachstumsstrategie gehört neben öffentlichen Investitionen auch die Schaffung exzellenter Rahmenbedingungen für private Investitionen. In den vergangenen Jahren haben alle staatlichen Ebenen viel getan,

⁸ Vergleiche hierzu ausführlich Sachverständigenrat (2015), Kapitel 1, Abschnitt II.1.



⁷ Interne Ausgaben für Forschung und Entwicklung der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung.

Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland

um das Investitionsklima in Deutschland weiter zu stärken. Solide Staatsfinanzen, Strukturreformen und Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie gute institutionelle Rahmenbedingungen sorgen in Deutschland dafür, das Vertrauen der Unternehmen und Investoren in den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten und zu steigern.

Alle staatlichen Ebenen in Deutschland haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Staatsfinanzen auf eine solide Grundlage zu stellen. Solide Staatsfinanzen sind entscheidend, um langfristig die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern. Der Staat muss dabei in seinem Vorgehen glaubwürdig bleiben, d. h. die Planungen von heute müssen auch morgen noch gelten. Deutschland hat sich mit der Schuldenbremse zu einer ehrgeizigen und nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen verpflichtet und damit die Grundlage für das Vertrauen von Investoren, Anlegern und Konsumenten in die Finanzpolitik gelegt. Dieses Vertrauen wird durch eine verlässliche und verantwortungsvolle Ausgabenpolitik gestärkt. Noch dazu wird der deutsche Steuerzahler entlastet, weil ein geringerer Schuldenstand zu sinkenden Zinszahlungen des Staates führt. Solide Staatsfinanzen in Deutschland bedeuten des Weiteren, dass Ausgabenspielräume für wachstumsfördernde Zukunftsinvestitionen geschaffen werden. Wie in Abschnitt 1 bereits erwähnt, sind die gesamten staatlichen Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen von 2005 bis 2013 um knapp 60 % gestiegen. Insgesamt konnten die öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen im gleichen Zeitraum um 44 % erhöht werden. Dies zeigt, dass sich Konsolidierung und wachstumsfördernde Investitionen nicht gegenseitig ausschließen und die Schuldenbremse keine Investitionsbremse darstellt.

Zusätzlich zu soliden Staatsfinanzen schaffen Strukturreformen und gezielte Investitionen durch eine Verbesserung

der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft die Grundlage für ein hervorragendes Investitionsklima. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, in die digitale Infrastruktur und in Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze waren und sind hier von großer Bedeutung. Außerdem unterstützt die Bundesregierung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau von Betreuungsplätzen und Kinderbetreuungsprogrammen und investiert in die wichtigen Zukunftsbereiche Bildung und Forschung. Deutschland bekennt sich außerdem zur Wachstumsstrategie Europas (Europa 2020) und hat bereits Kernziele der Strategie erreicht. So liegt die Beschäftigungsquote der 20- bis 65-Jährigen in Deutschland mit 77% über dem Ziel von 75 % und Deutschland gibt bereits seit 2012 annähernd 3 % des BIP für F&E aus. Auch international setzt sich Deutschland für eine Verbesserung des Investitionsklimas ein. Die G20 hat wiederholt die wichtige Rolle von Investitionen, insbesondere im Infrastrukturbereich, hervorgehoben. Die australische Präsidentschaft hat dazu die "Infrastructure and Investment Working Group" (IIWG) ins Leben gerufen, die von Deutschland zusammen mit Mexiko und Indien geleitet wird und Anfang 2014 ihre Arbeit aufgenommen hat. Die Arbeitsgruppe analysiert insbesondere, wie privates Kapital zur Finanzierung öffentlicher Infrastruktur gewonnen werden kann.

Auch die guten institutionellen
Rahmenbedingungen in Deutschland sorgen
für Vertrauen bei in- und ausländischen
Unternehmern und Investoren. Dieses
Vertrauen ist entscheidend für die
Investitionsbereitschaft und wird durch die
soziale Marktwirtschaft mit ihrem stabilen
Institutionenrahmen unterstützt. In diesem
Gefüge sind der freie Wettbewerb, die klaren
Eigentumsrechte, der offene Marktzugang
und die Gewährleistung der Berufs- und
Gewerbefreiheit entscheidende Faktoren.
Außerdem fördert die Weiterentwicklung
und Stärkung des Ordnungsrahmens

Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland

für die Finanzmärkte das Vertrauen und schafft solide Finanzierungsbedingungen. Dies wird z. B. durch eine Stärkung des Eigenkapitals der Banken, einen geregelten Abwicklungsmechanismus für Banken und auch die Bankenunion erreicht. Auch Justiz und Verwaltung leisten ihren Beitrag zur Stärkung des Vertrauens. Dies ist begründet in einer hohen Rechtssicherheit, einer unabhängigen Justiz und einer einfachen Durchsetzung von Eigentumsrechten sowie einer leistungsfähigen, zuverlässigen und effizienten öffentlichen Verwaltung.

4 Fazit und Ausblick

National wie international wird des Öfteren kritisiert, dass in Deutschland die staatlichen Investitionen zu niedrig seien und dass sich die staatlichen Haushalte auf Kosten der Investitionstätigkeit sanieren würden. Beide Aspekte sind nicht zutreffend. Die staatliche Investitionstätigkeit hat in den vergangenen Jahren wieder deutlich zugenommen; dazu haben Investitionen in F&E einen wesentlichen Beitrag geleistet. Im laufenden Jahr zeichnet sich eine Fortsetzung der starken Dynamik der öffentlichen Investitionen ab.

Des Weiteren sind seit 2006 die öffentlichen Investitionen in jedem Jahr gestiegen (um insgesamt knapp 20 Mrd. €), obwohl sich der Finanzierungssaldo von - 75 Mrd. € im Jahr 2005 auf + 4 Mrd. € im Jahr 2013 verbesserte. Dazu beigetragen hat auch eine Strukturveränderung bei den Ausgaben; der Anteil der Investitionen an den gesamten Ausgaben des Staates ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen: von 4% im Jahr 2005 auf 5% im Jahr 2013. Nicht zuletzt ist eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auch ein wesentlicher Aspekt zur Förderung privater Investitionen, insbesondere über niedrige Zinsen, die zu günstigen Finanzierungskonditionen der Unternehmen beitragen.

Auch wenn sich die staatlichen Investitionen in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt haben, gilt es, die Struktur der öffentlichen Haushalte noch stärker auf Investitionen auszurichten. In diesem Sinne hat Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble am 6. November das Ziel bekannt gegeben, den Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben weiter zu erhöhen, ohne jedoch den Pfad eines ausgeglichenen Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung zu verlassen. Bei strikter Ausgabendisziplin sollen 10 Mrd. € zusätzlich für Zukunftsinvestitionen insbesondere für öffentliche Infrastruktur und Energieeffizienz bereitgestellt werden. Damit wird Deutschland auch einen zentralen Beitrag zur Verstärkung europäischer Investitionen leisten, auf die sich die Staatsund Regierungschefs auf Vorschlag des neuen Präsidenten der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, verständigt haben. Vorgesehen sind die zusätzlichen Investitionen in den Jahren 2016 bis 2018. Die Eckwerte zum Haushalt 2016 und zum Finanzplan bis 2019 wird das die Bundesregierung im kommenden März beschließen.

Zum Stand des Reformprozesses in Irland

Zum Stand des Reformprozesses in Irland

Teil 3 einer Artikelserie zur aktuellen Lage im Euroraum

- Irland hat sein Finanzhilfeprogramm der Jahre 2010 bis 2013 erfolgreich genutzt, um wichtige Reformen auf den Weg zu bringen. Diese Anstrengungen zahlen sich aus, wie das erstarkte Wirtschaftswachstum, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die historisch niedrigen Zinsen auf irische Staatsanleihen zeigen. Der Bankensektor wurde durch frisches Kapital und Umstrukturierung gestärkt, sodass der europaweit durchgeführte Stresstest in diesem Herbst den irischen Instituten insgesamt eine gute Widerstandsfähigkeit bescheinigt. Der Antrag Irlands, nur ein Jahr nach dem Abschluss des Hilfsprogramms einen Großteil seines Kredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) vorzeitig zu tilgen, ist das jüngste Zeichen einer gelungenen Krisenbewältigungsstrategie.
- Um die erzielten Erfolge dauerhaft abzusichern, muss Irland den Reformweg auch künftig fortsetzen. Dazu zählt eine dauerhaft gesunde Fiskalpolitik, um die hohe Staatsverschuldung von aktuell gut 110 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) abzutragen. Die Arbeitslosigkeit sollte durch bessere Vermittlung, Aus- und Weiterbildung und effiziente Anreize weiter gesenkt werden. Die Banken müssen ihre Bilanzen von verbliebenen notleidenden Krediten bereinigen, um eine angemessene Kreditversorgung der Realwirtschaft gewährleisten zu können. Diese Herausforderungen hat die irische Regierung erkannt und zu den Eckpfeilern ihres mittelfristigen Politikprogramms gemacht.
- Die Solidarität Deutschlands und der europäischen Partner mit Irland ist auch nach Abschluss des Finanzhilfeprogramms ungebrochen. Die Europäische Union (EU) wird das Land auf seinem weiteren Reformweg unter anderem im Rahmen der regelmäßigen Nachprogrammüberwachung begleiten. Darüber hinaus unterstützt Deutschland Irland bei der Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) im Land. Hierzu hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Irland bei der Gründung eines nationalen Förderinstituts beraten und stellt ein Globaldarlehen von 150 Mio. € zur Durchleitung zinsgünstiger Investitionskredite bereit.

1	Ausgangslage	25
2	Reformerfolge des Anpassungsprogramms	
2.1	Wirtschaftslage	
2.2		
	Widerstandskraft des Bankensektors	
2.4	Strukturreformen	30
3	Verbleibende Herausforderungen	31
4	Fazit und Ausblick	

1 Ausgangslage

Nach einem rasanten und lang währenden Wirtschaftsaufschwung, der Irland in den 1990er Jahren die Bezeichnung des Keltischen Tigers einbrachte, geriet das Land 2008 in den Abwärtsstrudel im Zusammenhang mit der globalen Finanzkrise. Die Wirtschaft hatte sich – ausgehend vom Bau- und Immobiliensektor – deutlich überhitzt; überproportionale Lohnsteigerungen

Zum Stand des Reformprozesses in Irland

hatten die Wettbewerbsfähigkeit des Landes geschwächt. Die Staatsfinanzen hatten prozyklisch gewirkt. Mit ihrer stark auf dem Immobiliensektor fußenden Einnahmebasis, stetigen Ausgabenerhöhungen und plötzlich steigenden Kosten für soziale Sicherung stellten sie sich als nicht nachhaltig heraus. Der Bankensektor war bei unzureichender Aufsicht und Regulierung untragbare Risiken eingegangen. Mit Platzen der Immobilienblase geriet er an den Rand des Zusammenbruchs. Nicht zuletzt die im September 2008 von der irischen Regierung ausgesprochene staatliche Garantie über fast die gesamten Verbindlichkeiten der heimischen Kreditinstitute ließ die öffentliche Hand tief in die roten Zahlen rutschen. Mit Einsetzen der Vertrauenskrise in der Europäischen Währungsunion im Verlauf des Jahres 2010 konnte Irland die Stabilisierung seiner Wirtschaft und seines Finanzmarktes letztlich nicht mehr alleine gewährleisten. Als Investoren die Risiken Irlands immer kritischer bewerteten und entsprechend höhere Risikoaufschläge für irische Staatsanleihen forderten, verlor das Land schließlich den Zugang zum internationalen Kapitalmarkt.

Im Dezember 2010 vereinbarte Irland ein dreijähriges makroökonomisches Anpassungsprogramm, das mit Finanzhilfen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), des IWF sowie bilateraler Geberländer in einem Gesamtvolumen von 67,5 Mrd. € unterstützt wurde. Unter Einrechnung des von Irland selbst bereitgestellten Beitrags von 17,5 Mrd. € erreichte das gesamte Programmvolumen rund 85 Mrd. €. Das Programm zielte darauf ab, die öffentlichen Finanzen nachhaltig zu gestalten, das Finanzsystem umzustrukturieren und seine Widerstandskraft zu stärken sowie das Marktvertrauen in den Staat zurückzuerlangen. Diese Ziele bildeten die Leitplanken für das Land, die notwendigen Reformen durchzuführen, um am Ende des Hilfsprogramms finanziell wieder auf eigenen

Beinen stehen zu können. Dies ist Irland gelungen. Im Dezember 2013 hat es sein Finanzhilfeprogramm planmäßig abgeschlossen.

2 Reformerfolge des Anpassungsprogramms

2.1 Wirtschaftslage

Irland hat sein Finanzhilfeprogramm erfolgreich genutzt, um die erforderlichen Reformen anzugehen. Das Land sitzt heute wirtschaftlich wieder fest im Sattel. Das Wirtschaftswachstum dürfte dieses Jahr beachtlich ausfallen, die Renditen auf irische Staatsanleihen sind auf historische Tiefstände gefallen, die Wettbewerbsfähigkeit hat sich deutlich verbessert. Es ist als besonderes Erfolgszeichen zu werten, dass Irland nur ein Jahr nach Abschluss seines Programms bereits vorzeitig mit der Tilgung von Hilfskrediten des IWF beginnt.

Nach der anpassungsbedingten Rezession der Jahre 2008 bis 2010 wächst die irische Wirtschaft seit 2011 wieder und gewinnt zunehmend an Fahrt. Das reale Wachstum des BIP dürfte nach mehreren sehr guten Quartalen dieses Jahr mit schätzungsweise 4,6 % den höchsten Wert in der EU aufweisen. Wegen des großen Anteils multinationaler Unternehmen in Irland wird dem Bruttonationaleinkommen, also der Wirtschaftsleistung, die von irischen Akteuren erstellt wird, zuweilen eine größere Aussagekraft über die Entwicklung der heimischen Wirtschaft zugesprochen. Dieser Indikator war zwar im Vergleich zum BIP im Zuge der Krisenbewältigung in Irland erst verzögert angesprungen, wächst seit zwei Jahren jedoch nun mit ähnlicher, zum Teil auch höherer Rate. Die gute Wirtschaftsentwicklung steht auf einem zunehmend breiten Fundament, wie steigende Konsumausgaben, Investitionen und Exporte belegen.

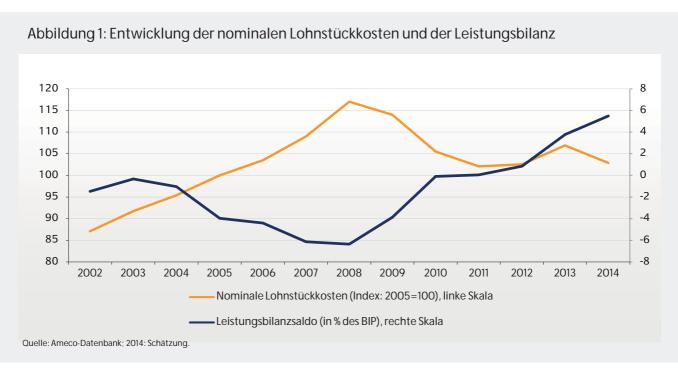
Zum Stand des Reformprozesses in Irland

Die positive Wirtschaftsentwicklung schlägt sich auch zunehmend auf dem Arbeitsmarkt nieder. Die Beschäftigung steigt seit längerer Zeit kontinuierlich an. Zwar ist die Arbeitslosigkeit noch hoch, aber Fortschritte sind sichtbar: Die Arbeitslosenquote wird im Jahresmittel 2014 mit erwarteten 11,1% deutlich unter ihrem Höchststand von 15,1% vor drei Jahren und auch leicht unter dem Durchschnitt des Euroraums insgesamt liegen. Dies wiederum wirkt sich belebend auf die Binnennachfrage aus.

Auch das Finanzmarktvertrauen ist vollständig zurückgekehrt. Seit Abschluss seines Hilfsprogramms finanziert sich Irland wieder eigenständig über die Kapitalmärkte. Die Risikoaufschläge dort sind im Zuge der erfolgreichen Reformumsetzung stark zurückgegangen, sodass die Renditen auf irische Staatsanleihen historische Tiefstände erreicht haben. Irland hatte die Rückkehr an die Finanzmärkte schrittweise seit Sommer 2012 eingeleitet und nach und nach kurz- und später auch wieder längerfristige Schuldtitel

zu kontinuierlich verbesserten Konditionen begeben. Seit Anfang dieses Jahres stellen alle drei führenden Ratingagenturen Irland wieder die Bonitätsnote des "Investmentgrade" aus.

In den frühen 2000er Jahren hatten starke Lohnerhöhungen die Wettbewerbsfähigkeit Irlands geschwächt und so seine Exportleistung gedämpft, was sich in deutlichen Leistungsbilanzdefiziten niederschlug. Diese Entwicklung konnte inzwischen umgekehrt werden. Die kontinuierliche Senkung der Lohnstückkosten seit Ausbruch der Krise hat die irische Wirtschaft inzwischen wieder wettbewerbsfähig gemacht und die Exporte stimuliert. Die Leistungsbilanz war bereits in den Jahren 2010 und 2011 wieder in etwa ausgeglichen, seitdem ist ein wachsender Überschuss zu verzeichnen (vergleiche Abbildung 1). Die Europäische Kommission erwartet, dass sich das Plus in der irischen Leistungsbilanz in den kommenden Jahren auf dem aktuellen Niveau von rund 5 1/2 % des BIP einpendelt.



Zum Stand des Reformprozesses in Irland

2.2 Gesundung der Staatsfinanzen

Von einem geradezu dramatischen Haushaltsdefizit von über 30 % des BIP im Jahr 2010, das vor allem durch Bankenstützungsmaßnahmen geprägt war, hat Irland seine Staatsfinanzen Schritt für Schritt wieder auf einen tragfähigen Pfad gebracht. Die Programmauflagen wurden dabei immer erfüllt, zumeist gar übererfüllt (vergleiche Abbildung 2). Ab dem kommenden Jahr soll das Land die 3-Prozent-Schwelle des Stabilitätsund Wachstumspakts wieder einhalten. Angesichts der Konsolidierungserfolge und der aktuell positiven Wirtschaftslage wird dies als erreichbar eingeschätzt.

Zum Konsolidierungserfolg haben sowohl Maßnahmen auf der Ausgaben- als auch Einnahmenseite beigetragen. So wurden etwa Gehälter und Pensionen im öffentlichen Dienst gekürzt und Sozialleistungen stärker fokussiert. Die Mehrwert-, Einkommen-, Kapitalertrag- sowie bestimmte Verbrauchsteuern wurden erhöht sowie eine Grundsteuer auf Immobilienbesitz eingeführt. Ausgaben im Bildungsbereich blieben hingegen weitgehend von Kürzungen verschont. Die umfangreichen Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst waren eingebettet in zwei Abkommen mit den Gewerkschaften. Insgesamt wurde das irische Jahresbudget seit Beginn des Hilfsprogramms um nominal rund 15 Mrd. € konsolidiert.

Der Bruttoschuldenstand ist im Zuge der Krise stark gestiegen und wird zum Jahresende bei rund 110 % des BIP liegen. Dies überschreitet die in der EU vereinbarte Grenze deutlich und erfordert eine fortgesetzt gesunde Fiskalpolitik, um nachhaltig abgebaut zu werden. Positiv ist, dass der Schuldenstand nach Erreichen seines Höchstwerts von gut 123 % des BIP Ende 2013 nunmehr einen sinkenden Trend aufweist. Das heißt, dass dieses Jahr erstmals nach Ausbruch der Krise wieder Schulden im Vergleich zur Wirtschaftskraft des Landes zurückgeführt werden. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass bei Fortsetzung des Reformkurses der Schuldenstand bis zum Jahr 2020 auf

Abbildung 2: Haushaltssaldo und Zielwerte in % des BIP 5 0 -5 -10 -15 -20 -25 -30 -35 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 Haushaltssaldo gesamt - - Haushaltssaldo gemäß ÜDV-Systematik Programm-bzw. ÜDV Vorgabe ¹Das Verfahren zur Korrektur eines übermäßigen Defizits (ÜDV) beziehungsweise die Bewertung im Rahmen des Finanzhilfeprogramms bereinigen den tatsächlichen Haushaltssaldo um Sondereffekte; in Irland betrifft dies insbesondere öffentliche Gelder zur Rekapitalisierung des Bankensektors. Quelle: Ameco-Datenbank; 2014: Schätzung, 2015: Prognose

Zum Stand des Reformprozesses in Irland

unter 100 % des BIP sinken wird. Anzumerken ist, dass Irland zur Absicherung gegen Marktschwankungen eine umfangreiche Barreserve aufgebaut hat. Die Nettostaatsverschuldung abzüglich dieser Reserve liegt aktuell um gut 10 Prozentpunkte unter dem Bruttoschuldenstand.

Nicht zuletzt die kürzlich vereinbarte vorzeitige Ablösung von IWF-Hilfskrediten, die inzwischen eine höhere Zins- und Gebührenbelastung aufweisen, als Irland sie am Kapitalmarkt aufbringen muss, dürfte die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen des Landes weiter stärken. Die Troika-Institutionen aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF erwarten, dass Irland mit dieser Maßnahme über die nächsten Jahre kumuliert etwa 2,1 Mrd. € an Zinskosten einsparen können wird.

2.3 Widerstandskraft des Bankensektors

Der Bankensektor war ein wesentlicher Faktor, der zum Ausbruch der Krise geführt hat, und er ist ein wesentlicher Faktor bei ihrer Lösung. Wichtige Fortschritte gibt es sowohl bei der Bewältigung von Altlasten als auch bei der Sicherung der Finanzstabilität in der Zukunft.

Die notwendige Restrukturierung und Verkleinerung des aufgeblähten irischen Bankensektors schreitet voran. Gemessen an der aggregierten Bilanzgröße der in Irland operierenden Institute wird er von über 700 % des BIP Ende 2010 auf etwas unter 400 % des BIP bis Ende dieses Jahres schrumpfen (vergleiche Abbildung 3). Die drei zentralen Banken Bank of Ireland, Allied Irish Bank sowie Permanent TSB wurden im Rahmen des Hilfsprogramms mit insgesamt 24 Mrd. € rekapitalisiert. Ein Großteil davon kam aus öffentlichen Mitteln, während im damaligen Marktumfeld rund 6 Mrd. € durch Beteiligung nachrangiger Gläubiger und private Kapitalaufnahme gedeckt werden konnten. Nicht überlebensfähige Institute wie die Anglo Irish Bank wurden geschlossen

und abgewickelt. Daneben wurde die irische Bankenaufsicht gestärkt, sowohl was ihre Kompetenzen als auch ihre personelle und finanzielle Ausstattung angeht. Die irischen Finanzinstitute werden an den Kosten für die Prävention und Lösung von Bankenkrisen beteiligt. Seit 2012 wird eine Bankenabgabe erhoben, mithilfe derer ein Fonds zur Finanzierung künftiger Abwicklungsfälle aufgebaut wird. Eine weitere Abgabe trägt zur Deckung von Kosten für die Aufsicht und Regulierung des Sektors bei.

Obwohl die Banken weiterhin mit notleidenden Krediten aus der Krisenzeit zu kämpfen haben, hat sich ihre Rentabilität deutlich gesteigert. Zwei der drei zentralen Institute erwirtschaften bereits wieder Gewinne und gewährte Staatshilfen werden nach und nach zurückgezahlt. Um Schuldner von untragbaren Hypothekenlasten zu befreien, hat die Regierung das Privatinsolvenzrecht vereinfacht und Gläubigerbanken verpflichtet, mit überschuldeten Privatpersonen und Kleinunternehmern nachhaltige Umstrukturierungen auszuhandeln. Ein zentrales Kreditregister wird künftig für mehr Transparenz bei der Kreditvergabe sorgen. Die weitere Bilanzsäuberung der Banken ist wichtig, um eine angemessene Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte zu sichern. Insbesondere für KMU ist es häufig noch schwierig, Finanzierung zu tragfähigen Konditionen zu erhalten.

Eine zu Programmabschluss Ende vergangenen Jahres von der Troika durchgeführte Bilanzprüfung der drei zentralen Banken stellte keinen weiteren akuten Kapitalbedarf fest. Die Banken nahmen zudem dieses Jahr am EU-weiten Stresstest teil, den die EZB vor Übernahme der einheitlichen Aufsicht gemeinsam mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) durchgeführt hat. Danach weist der irische Bankensektor insgesamt eine angemessene Widerstandsfähigkeit gegen Schocks auf. Lediglich die noch in Restrukturierung befindliche Permanent TSB weist in einem

Zum Stand des Reformprozesses in Irland



hypothetischen Negativszenario eine Kapitallücke auf, welche sie über die nächsten neun Monate mit Marktmaßnahmen schließen sollte. Hierzu können neben der Aufnahme von Eigenkapital am Markt auch die Gewinneinbehaltung oder der Verkauf von Risikopositionen dienen. Die Bank hat angekündigt, einen Großteil des Bedarfs bereits durch jüngste Maßnahmen gedeckt zu haben und den Rest bei internationalen Investoren fristgemäß einzuwerben. Angesichts des überschaubaren Restbetrags und des positiven Marktumfelds ist ein erneuter Stützungsbedarf durch die öffentliche Hand derzeit nicht zu erwarten.

2.4 Strukturreformen

Neben der reinen preislichen Wettbewerbsfähigkeit ausgedrückt in den gesunkenen Lohnstückosten hat Irland bedeutende strukturelle Reformen umgesetzt, die das Wachstumspotenzial steigern. In ihrem Bericht Going for Growth 2013 listet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung (OECD) Irland an zweiter Stelle der untersuchten Länder, die die meisten Strukturreformen umgesetzt haben. Ähnlich spricht die Weltbank dem Land in ihrer Untersuchung Doing Business 2015 eine der weltweit stärksten Verbesserungen im Unternehmensklima im letzten Jahr zu.

Zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts wurde beispielsweise der Kündigungsschutz gelockert und die Lohnfindung vermehrt auf die betriebliche Ebene verlagert. Die Arbeitsvermittlung und die Aus- und Weiterbildung wurden verbessert. Einheitliche Kontaktpunkte bieten Unterstützung bei der Arbeitssuche, Arbeitslosenhilfe und Sozialleistungen aus einer Hand an. Eine neue Aus-, Fortbildungs- und Trainingsagentur unterstützt die aktive Arbeitsmarktpolitik. Um die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme und zur Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen zu steigern, hat die irische Regierung begleitend die Sanktionsmöglichkeiten gestärkt. Das Renteneintrittsalter wird bis zum Jahr 2028 schrittweise auf 68 Jahre erhöht.

Zum Stand des Reformprozesses in Irland

Die Befugnisse und Unabhängigkeit der irischen Wettbewerbsbehörde wurden gesetzlich gestärkt und ihre personelle Ausstattung verbessert, um auch den nationalen Wettbewerb zu erhöhen und so zu Innovation und Wachstum beizutragen. Eine kostendeckende Wasserversorgung soll anhand von Gebühren auf Basis des tatsächlichen Verbrauchs nicht nur Kosten der öffentlichen Hand eindämmen helfen, sondern gleichzeitig eine effiziente Nutzung anregen. Bedeutende Privatisierungsmaßnahmen betreffen den Verkauf von Kraftwerken des staatlichen Stromkonzerns und die Privatisierung des Erdgasanbieters, die nach Schätzung der Europäischen Kommission in diesem Jahr bis zu 500 Mio. € in die Staatskassen spülen könnten.

Irland hat darüber hinaus mehrere Initiativen ergriffen, um die Finanzierung für den Sektor der KMU zu verbessern. Denn KMU stellen mehr als zwei Drittel aller Arbeitsplätze und erbringen rund die Hälfte des Umsatzes im Land, haben aber trotz leichter Verbesserungen in jüngster Zeit häufig Schwierigkeiten, erforderliche Investitionskredite zu bekommen – auch weil sie teilweise mit Altkrediten belastet sind. Zu den Maßnahmen der irischen Regierung zählen u. a. unterschiedliche Beratungsangebote, eine Schiedsstelle für abgelehnte Kreditersuche und finanzielle Unterstützung. Im Oktober dieses Jahres hat Irland zudem mit technischer Hilfe der KfW eine eigene Förderinstitution gegründet, über die Mittel aus dem staatlichen Pensionsfonds sowie externe Gelder für wachstumsstärkende Projekte nutzbar gemacht werden sollen. In diesem Rahmen stellt die KfW ein Globaldarlehen in einem Gesamtvolumen von 150 Mio. € zur Durchleitung zinsgünstiger Investitionsdarlehen an KMU bereit. Zusammen mit den irischen Mitteln und einem Beitrag der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 400 Mio. € verfügt das Förderinstitut somit über ein Anfangsvolumen von 800 Mio. €.

3 Verbleibende Herausforderungen

Die skizzierten Erfolge zeigen, was ein Land über die Dauer eines Finanzhilfeprogramms hinweg leisten kann. Irland kam zudem die Ansiedlung zahlreicher ausländischer exportorientierter Unternehmen zugute, die von der Krise weniger betroffen waren und stabilisierend wirkten. Es wäre allerdings unrealistisch zu unterstellen, die makroökonomischen Ungleichgewichte, die sich über einen langen Zeitraum aufgebaut haben, könnten in kurzer Zeit vollständig behoben werden. Vielmehr wird Irland den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen müssen, um die Reformerfolge dauerhaft abzusichern. Dies ist nicht zuletzt mit Blick auf die Kapitalmarktfinanzierung des Landes wichtig, denn günstige Zinsen auf Staatsanleihen erfordern nachhaltiges Investorenvertrauen.

Dazu zählt u. a. der weitere Abbau der Staatsverschuldung und der Verschuldung im Privatsektor. Wie oben skizziert wird die Staatsschuld ab diesem Jahr kontinuierlich sinken, sofern die Fiskalreformen planmäßig weitergeführt werden. Mit Einhalten der 3-Prozent-DefizitgrenzeimJahr2015 ist Irland demnach auch noch nicht am Ziel, sondern wird als nächstes das im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte mittelfristige Haushaltsziel anstreben. Danach will Irland bis zum Jahr 2018 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Hierzu bedarf es u. a. weiterer Fortschritte, das defizitäre Gesundheitswesen auf eine nachhaltige Basis zu stellen, die Verwaltung effizienter auszugestalten, das Justizsystem zu reformieren und die mittelfristige Haushaltsplanung konkreter und mit hinreichender Bindungswirkung aufzustellen. Als offene Volkswirtschaft ist Irland daneben gewiss auch abhängig von der Entwicklung seiner Handelspartner. Insofern

Zum Stand des Reformprozesses in Irland

ist der unabhängige irische Fiskalbeirat zu unterstützen, der dem Land trotz der aktuell guten Steuereinnahmen weitere Konsolidierungsmaßnahmen empfiehlt und von nicht gegenfinanzierten Steuersenkungen abrät.

Die Privatsektorverschuldung in Irland ist zwar bereits zurückgegangen, weist aber mit fast 300 % des BIP noch einen der höchsten Werte in der EU auf. Hierunter fallen Konsumentenkredite ebenso wie Hypotheken und Unternehmenskredite. Ein Großteil der Verschuldung im Unternehmenssektor entfällt allerdings auf die zahlreichen internationalen Firmen in Irland und stellt somit weniger ein heimisches Problem dar. Zur Bewältigung der Privatsektorverschuldung ist es wichtig, das gerade vereinfachte Insolvenzrecht anzuwenden, notleidende Kredite umzustrukturieren und Kreditausfälle in den Bankbilanzen konsequent abzuschreiben. Darüber hinaus ist aber vor allem nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch strukturelle Maßnahmen weiter zu festigen. Der Abbau des Schuldenüberhangs ist für Haushalte und Unternehmen gleichermaßen bedeutsam, um Konsum und Investitionen zu stimulieren.

Die im Zuge der Krise ganz oder teilweise verstaatlichten Banken sind mittelfristig zu reprivatisieren. Dass einige der Institute inzwischen wieder rentabel arbeiten, ihre Kurse steigen und sie den Zugang zum privaten Kapitalmarkt zurückgewonnen haben, lässt darauf hoffen, dass der irische Staat auf diesem Wege einen Teil der für Bankenstützung aufgewendeten Gelder letztlich wieder vereinnahmen kann. Erneuter Stützungsbedarf durch die öffentliche Hand ist derzeit hingegen nicht erkennbar.

Wichtig für Irland als internationaler Unternehmensstandort ist auch ein wettbewerbsfähiges und gleichzeitig faires Steuersystem. Die Wirtschaftsstärke Irlands beruht zu einem wichtigen Teil auf der Präsenz internationaler Unternehmen. Denn das Land verfügt über gut ausgebildete,

englischsprachige Arbeitskräfte und innovative Wirtschaftszweige, ist Teil des Europäischen Binnenmarkts und hat eine gute Anbindung zu Märkten in Nordamerika. Es ist im gemeinsamen Interesse Irlands und seiner Partner, dass diese Unternehmen im Sitzland angemessene Steuern entrichten. Nur so können nationale und international tätige Firmen fair miteinander konkurrieren und nur so lassen sich wesentliche Funktionen des Staats ausgewogen finanzieren. In dem Zusammenhang ist es zu begrüßen, dass Irland sich in die internationalen Verhandlungen zur Eindämmung von Steuervermeidungspraktiken einbringt und ab dem kommenden Jahr eine bedeutsame Gestaltungsmöglichkeit (sogenanntes Double Irish) abschaffen will.

Die europäischen Partner werden Irland im Rahmen der Nachprogrammüberwachung bei der weiteren Reformumsetzung unterstützen. Dabei prüft die Europäische Kommission zusammen mit EZB und IWF sowie dem Europäischen Stabilitätsmechanismus halbjährlich die wirtschaftliche, haushaltspolitische und finanzielle Entwicklung in Irland, bis das Land mindestens 75 % der Finanzhilfen zurückgezahlt hat. Ziel der Nachprogrammüberwachung ist es, den Dialog über die Fiskal- und Wirtschaftspolitik fortzuführen, möglichen Fehlentwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken und die Rückzahlungsfähigkeit eines ehemaligen Programmlandes dauerhaft sicherzustellen.

4 Fazit und Ausblick

Irland ist ein gutes Beispiel dafür, dass die europäische Krisenlösungsstrategie wirkt und wir in Europa auf dem richtigen Weg sind. Es zeigt, dass ein Reformkurs, der Haushaltskonsolidierung mit wachstumsstärkenden Strukturmaßnahmen verbindet, ein Land zurück auf den Pfad von Wachstum, Stabilität und Wohlstand bringen kann. Irland hat sein dreijähriges

Zum Stand des Reformprozesses in Irland

Finanzhilfeprogramm im Dezember 2013 planmäßig abgeschlossen und steht finanziell nun wieder auf eigenen Beinen. Die Initiative Irlands, nun schon vorzeitig einen Großteil der Finanzhilfen des IWF zurückzuzahlen, zeugt von der breiten Erholung der Wirtschaft und Stabilität im Land.

Das Problembewusstsein und der Reformmut Irlands haben wesentlich zum Gelingen des Programms beigetragen. Schon vor Programmbeginn hatte Irland viele der für die Krise verantwortlichen Fehlentwicklungen identifiziert und eigenständig einen Katalog an Gegenmaßnahmen entworfen (National Recovery Plan). Auf diesem Maßnahmenkatalog setzten die Anforderungen des Finanzhilfeprogramms

letztlich auf, der Grundstein jedoch kam aus Irland selbst. Entsprechend hat die irische Regierung die Reformen auch mit Nachdruck vorangetrieben. Die irische Bevölkerung hat den zuweilen schweren Anpassungspfad aktiv und konstruktiv mitgetragen und so zum Erfolg geführt.

Die Solidarität Deutschlands und der europäischen Partner mit Irland ist auch nach Beendigung des Hilfsprogramms ungebrochen. Die EU wird Irland im Rahmen der Nachprogrammüberwachung und der regulären Aufsichtsverfahren auf seinem weiteren Reformweg begleiten. Deutschland bleibt auch bilateral im Land engagiert und trägt über ein Globaldarlehen der KfW zur Unterstützung des irischen KMU-Sektors zur Stärkung von Wachstum und Arbeitsplätzen bei.

Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung

7. Jahrestagung des Globalen Forums für Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke (Global Forum)

- 101 Staaten sprechen sich anlässlich der Jahrestagung 2014 des Global Forum in Berlin für den neuen globalen Standard zum automatischen steuerlichen Austausch von Informationen zu Finanzkonten aus.
- Das Global Forum setzt seine Länderprüfungen fort und prüft künftig auch die Einhaltung des neuen OECD-Standards zum automatischen steuerlichen Austausch von Informationen zu Finanzkonten.
- 51 Staaten und Jurisdiktionen unterzeichnen in Berlin eine multilaterale Vereinbarung zum automatischen steuerlichen Austausch von Informationen zu Finanzkonten und tauschen Daten ab 2017 aus.
- Verstärkte Kooperation der Steuerverwaltungen erschwert zusätzlich Steuerhinterziehung.

1 International wird steuerpolitisch Geschichte geschrieben

Am 28. und 29. Oktober 2014 kamen auf Einladung von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in Berlin mehr als 300 Vertreter von Finanzministerien und Steuerbehörden aus 101 Ländern und von 14 Organisationen zur 7. Jahrestagung des Globalen Forums für Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke (Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes; Global Forum) zusammen. Dies war der bisher größte internationale steuerpolitische Kongress in Berlin seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Das Global Forum ist ein bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris ansässiges Netzwerk von 123 Mitgliedstaaten und Jurisdiktionen. Das Global Forum prüft im Rahmen seines Mandats weltweit die Umsetzung des OECD-Standards zu Transparenz und effektivem Informationsaustausch auf Ersuchen für Besteuerungszwecke. Geprüft wird, inwieweit die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Praxis des Informationsaustauschs eines Landes dem internationalen Standard für den Informationsaustausch auf Ersuchen genügen. Das Global Forum ist die weltweit größte Vereinigung in diesem Bereich. Deutschland ist ein aktives Mitglied des Global Forum. Es stellt den Vizevorsitzenden der Steering Group und ist seit mehreren Jahren erfolgreiches Mitglied der Peer Review Group. Darüber hinaus

Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Gruppenfoto der Jahrestagung des Global Forum mit Vertretern von über 100 Staaten und Jurisdiktionen am 27. Oktober 2014 in Berlin.



Quelle: Jörg Rüger/BMF.

unterstützt Deutschland bereits seit Jahren die Arbeit des Global Forum durch die Teilnahme deutscher Assessoren an Länderprüfungen zusätzlich aktiv.

Im Rahmen der diesjährigen Jahrestagung haben sich die Mitglieder des Global Forum ausdrücklich zu dem von der OECD entwickelten Standard zum automatischen steuerlichen Austausch von Informationen zu Finanzkonten bekannt. Inzwischen haben sogar 89 Mitglieder des Global Forum erklärt, diesen Standard für den Informationsaustausch zügig in ihr nationales Recht implementieren zu wollen und bereits 2017 beziehungsweise in einigen Fällen 2018 mit dem Austausch entsprechender Daten zu beginnen. Das Global Forum hat die von der AEOI Group (Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Prüfkriterien zum automatischen Informationsaustausch)

vorgelegten Zwischenergebnisse zur Schaffung von Prüfkriterien (Terms of Reference and Methodology for an AEOI Peer Review Process) zum automatischen Informationsaustausch zu Finanzkonten ausdrücklich begrüßt. Es hat die Arbeitsgruppe zugleich gebeten, zur nächsten Sitzung des Plenums des Global Forum den finalisierten Entwurf für die Prüfkriterien vorzulegen. Das Plenum des Global Forum verständigte sich ferner darauf, seine Prüfkriterien zum Informationsaustausch auf Ersuchen an die Ergebnisse der jüngeren Entwicklung anzupassen. Hierzu gehören die Erfahrungen aus den Länderprüfungen ebenso wie die 2012 vereinbarten Anpassungen von Artikel 26 des OECD-Musterabkommens einschließlich des Kommentars zu diesem. In diesem Zusammenhang wird der Frage des wirtschaftlichen Eigentümers ein besonderes Augenmerk beizumessen sein.

Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Das Plenum des Global Forum verständigte sich zusätzlich auf die neue Methodik der 2016 beginnenden nächsten Runde von Länderbewertungen. Danach sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen der Staaten und die praktische Implementierung unter Beachtung der neuen Prüfkriterien einer intensiven Analyse unterzogen werden. Die Peer-Review-Gruppe des Global Forum ist gebeten worden, hierzu bis Mitte 2015 einen entsprechenden Zeitplan vorzulegen.

Im Verlauf der Jahrestagung verständigte sich das Global Forum ferner auf die sogenannte Afrika-Initiative. Diese auf drei Jahre angelegte Initiative soll dazu beitragen, das Bewusstsein für die Notwendigkeit sowie die Vorteile der Umsetzung des Standards zum effektiven Austausch steuerlicher Informationen zu stärken. Ziel der Initiative ist es. die Zahl der afrikanischen Staaten zu erhöhen, die sich dazu verpflichten, den effektiven Austausch steuerlicher Informationen durchzuführen. Zur Erreichung dieses Ziels soll auf Schirmherrschaften und enge Kooperationen zurückgegriffen werden. Die Afrika-Initiative stützt sich neben dem Global Forum auf die Weltbank, die OECD, das African Tax Forum sowie das Centre de Rencontres et d'Etudes des Dirigeants des Administrations Fiscales (CREDAF). Zusätzlich wird das Global Forum seine Unterstützung bei der Schaffung von Kapazitäten für den Informationsaustausch auf Ersuchen in bestimmten Ländern fortsetzen.

2 Unterzeichnung der multilateralen Vereinbarung über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen

Im Anschluss an die Jahrestagung haben am 29. Oktober 2014 im BMF 51 Vertreter der "Early-Adopter"-Gruppe, darunter mehr als 30 Finanzminister, eine multilaterale Vereinbarung über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen unterzeichnet. Dabei handelt es sich um den von der OECD entwickelten neuen Standard zum automatischen steuerlichen Austausch von Informationen zu Finanzkonten.
Dieses bisher einzigartige internationale Abkommen dieser Art wird die Bekämpfung der Steuerhinterziehung rund um den Globus signifikant voranbringen.

Deutschland setzt sich seit Langem für eine bessere internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich ein. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung zählt zu den Prioritäten der deutschen G7-Präsidentschaft. Durch den ab 2017 jährlich stattfindenden automatischen Austausch von Steuerinformationen wird es für die Finanzbehörden künftig deutlich einfacher, steuerrelevante Informationen aus dem Ausland zu erhalten und so dazu beizutragen, dass eine gleichmäßige Besteuerung erfolgt. Die Chance für Steuerhinterzieher, Einkommen vor dem Fiskus zu verbergen, wird damit in Zukunft erheblich geringer. Das Bankgeheimnis in seiner bisherigen Form gehört insoweit der Vergangenheit an.

Zu den Unterzeichnern des Abkommens gehören neben den G5 (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich) auch britische Überseegebiete wie die Cayman Islands, British Virgin Islands, Guernsey und Jersey. Auch Liechtenstein und Luxemburg haben das Abkommen unterzeichnet. Die Schweiz hat bereits die Unterzeichnung signalisiert und wird mit dem Datenaustausch 2018 beginnen.

Im Rahmen der Unterzeichnung des Abkommens wurde zusätzlich die "Berliner Erklärung zu Transparenz und Gerechtigkeit" unterzeichnet. Die 51 Unterzeichner appellieren darin an weitere Länder, sich der Initiative anzuschließen. Auch die G20 fordert die weltweite Anwendung des neuen Standards. Damit soll der Steuerhinterziehung ein weiterer wesentlicher Riegel vorgeschoben werden. Der erste Schritt ist getan. Weitere werden folgen.

Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Gruppenfoto der Unterzeichnung des Steuerabkommens mit Vertretern von 51 Staaten und OECD-Generalsekretär Angel Gurría am 27. Oktober 2014 im BMF in Berlin.



Quelle: Jörg Rüger/BMF.

3 OECD-Standard zum automatischen Austausch von Informationen zu Finanzkonten und die weitere technische Umsetzung

Die OECD hat gemeinsam mit den G20-Staaten und in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU) in den zurückliegenden eineinhalb Jahren den neuen globalen Standard für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (Common Reporting Standard, CRS) entwickelt. Dieser neue globale Standard sieht vor. dass sich die Staaten und Gebiete bestimmte Informationen von bei ihnen bestehenden Finanzinstituten beschaffen und diese Daten jährlich mit anderen Staaten und Gebieten austauschen. Der Standard setzt sich zusammen aus dem gemeinsamen Melde- und Sorgfaltsstandard für Informationen über Finanzkonten und dem Muster für eine Vereinbarung zwischen

den zuständigen Behörden von Staat A und Staat Büber den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit. Zu den mit meldepflichtigen Konten verbundenen Informationen gehören u. a. Kapitalerträge wie z. B. Zinsen, Dividenden, Einnahmen aus bestimmten Versicherungsverträgen, Guthaben auf Konten oder Erlöse aus der Veräußerung von Finanzvermögen. Von der Meldepflicht betroffen sind die Finanzinstitute. Dazu gehören u. a. Banken, Verwahrstellen, Makler und näher bestimmte Versicherungsgesellschaften. Der Gemeinsame Meldestandard ist den Regelungen des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) sehr ähnlich. Er enthält umfangreiche Sorgfaltspflichten, die die Finanzinstitute mit Blick auf die Identifizierung und Mitteilung dieser Konten und spätere Meldung gegenüber ihrer nationalen Steuerverwaltung einzuhalten haben.

Der Gemeinsame Meldestandard muss von den einzelnen Staaten in nationales

Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Recht transferiert werden. Im Falle der Bundesrepublik werden dementsprechend ein Zustimmungsgesetz sowie anwendungsrechtliche Regelungen für den automatischen Informationsaustausch geschaffen werden. Dabei werden auch Vorgaben für die Durchführung damit zusammenhängender Betriebsprüfungen erforderlich sein.

Die enge inhaltliche Anlehnung des CRS an FATCA bietet für alle Beteiligten maßgeblich die Chance auf Synergieeffekte bei der Einführung des neuen Standards. Gegenüber FATCA bietet der CRS den Vorteil, dass Letzterer bei der Ermittlung der steuerlichen Ansässigkeit nicht auf die Staatsangehörigkeit abstellt.

Der automatische Informationsaustausch von Informationen nach dem CRS ist hochgradig standardisiert, ermöglicht es gleichzeitig aber dennoch, bestimmte Besonderheiten vor Ort ausreichend zu berücksichtigen. Das technische Übertragungs-Schema zum CRS wurde ebenfalls auf OECD-Ebene entwickelt. Es definiert die einzuhaltenden Datenformate sowie Übertragungsstandards und stellt damit die erforderlichen EDV-technischen Informationen zur Verfügung, damit die betroffenen Finanzinstitute und die jeweiligen Finanzverwaltungen die erforderlichen Verfahren möglichst zügig und kostengünstig einführen können.

Die Sorgfaltspflichten des CRS unterscheiden bei bestehenden Konten natürlicher Personen zwischen Konten von geringerem Wert und Konten von hohem Wert. Ein bestehendes Konto von hohem Wert muss zum 31. Dezember eines Jahres einen Saldo oder Wert von mehr als 1 Mio. US-Dollar aufweisen. Bei Konten von geringerem Wert kann sich das meldende Finanzinstitut anhand erfasster Belege auf eine aktuelle Hausanschrift hinsichtlich der Ermittlung der steuerlichen Ansässigkeit stützen. Sofern sich das meldende Finanzinstitut hierauf nicht verlässt, muss es seine elektronisch durchsuchbaren Daten mit Blick auf die Ermittlung der steuerlichen

Ansässigkeit überprüfen. Zu diesen gehören u. a. aktuelle Post- oder Hausanschriften (einschließlich einer Postfachanschrift) in einem meldepflichtigen Staat, eine oder mehrere Telefonnummern in einem meldepflichtigen Staat; keine Telefonnummer im Staat des meldenden Finanzinstituts, Daueraufträge (ausgenommen bei Einlagekonten) für Überweisungen auf ein in einem meldepflichtigen Staat geführtes Konto. Sofern bei dieser elektronischen Suche keine Indizien festgestellt werden, die eine Meldepflicht ergeben, sind nur weitere Maßnahmen erforderlich, wenn sich die Gegebenheiten ändern.

Hinsichtlich bestehender Konten von hohem Wert besteht neben dem Erfordernis der Suche in durchsuchbaren elektronischen Datensätzen gegebenenfalls die Notwendigkeit, u. a. auch aktuelle Kundenstammakten zu durchsuchen. Neben der Suche in elektronischen Datensätzen und Papierunterlagen muss ein meldendes Finanzinstitut das einem Kundenbetreuer zugewiesene Konto von hohem Wert (einschließlich der mit diesem Konto von hohem Wert zusammengefassten Finanzkonten) als meldepflichtiges Konto betrachten, wenn dem Kundenbetreuer tatsächlich bekannt ist, dass der Kontoinhaber eine meldepflichtige Person ist. Werden bei der Ausübung der Sorgfaltspflichten Indizien festgestellt, dass es sich um ein meldepflichtiges Konto handelt, muss das meldende Finanzinstitut vom Kontoinhaber eine Selbstauskunft beschaffen, um die steuerliche Ansässigkeit des Kontoinhabers festzustellen.

Diese nur ausschnittweise erwähnten Sorgfaltspflichten zeigen, dass auf die Praxis erhebliche steuerliche Mitwirkungspflichten zukommen, um dem steuerpolitisch gebotenen Ziel der Schaffung von mehr Transparenz bei Auslandssachverhalten entsprechen zu können. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass bei all den vorliegenden Regelungen und Modellen die notwendigen Datenschutzmaßnahmen ergriffen werden. Dementsprechend

Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung

wird Deutschland nur dann mit solchen Ländern nach dem CRS steuerliche Daten austauschen, wenn das hohe deutsche Datenschutzniveau Berücksichtigung findet. Dieses rechtsstaatliche hohe Gut ist bei einer Eingriffsverwaltung, zu der die Steuerverwaltung gehört, wichtig und aufgrund des Rechtsrahmens in Deutschland wesentlicher Bestandteil des Verwaltungsalltags.

Auf dem Gebiet des steuerlichen Informationsaustauschs wurden in den vergangenen Jahren gewaltige Fortschritte erzielt. Mit der am 29. Oktober 2014 unterzeichneten multilateralen Vereinbarung tritt die weltweite Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen in eine Phase der verstärkten Kooperation ein und wird damit den Erfordernissen der Globalisierung gerecht. Dabei wird sich neben der Etablierung des Informationsaustauschs auf Ersuchen die weltweite Implementierung des Standards für den automatischen Informationsaustausch in Zukunft als wirksames Werkzeug im Kampf gegen die Steuerhinterziehung erweisen.

IWF-Jahrestagung 2014 in Washington D.C.

IWF-Jahrestagung 2014 in Washington D.C.

Treffen der Deauville-Partnerschaft, der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie des Lenkungsausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF)

- Vom 9. bis 11. Oktober 2014 trafen sich anlässlich der Jahrestagung des IWF und der Weltbank in Washington D.C. die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20, der Lenkungsausschuss des IWF sowie Vertreter der Deauville-Partnerschaft.
- Schwerpunkte der Diskussion waren vor allem die Lage der Weltwirtschaft und die Reform des IWF.

1	Einleitung	40
2	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 9. und 10. Oktober 2014	
3	IWF-Jahrestagung mit Sitzung des IMFC am 11. Oktober 2014	40
4	Treffen der Deauville-Partnerschaft am 9. Oktober 2014	11

1 Einleitung

Vom 10. bis 11. Oktober 2014 trafen sich anlässlich der Jahrestagung des IWF und der Weltbank in Washington D.C. die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20, der Lenkungsausschuss des IWF (IMFC) sowie Vertreter der Deauville-Partnerschaft. Das Treffen der Deauville-Partnerschaft fand unter deutschem Vorsitz statt. Schwerpunkt der Diskussionen war der Austausch über die Lage der Weltwirtschaft und die Reform des IWF.

Treffen der G20 Finanzminister und
 -Notenbankgouverneure
 am 9. und 10. Oktober 2014

Auf der Agenda des G20-Treffens stand das Thema Investitionen. Dabei ging es konkret um die Ausgestaltung der beim G20Treffen in Cairns (Australien) im September beschlossenen Globalen Infrastruktur-Initiative (Global Infrastructure Initiative, GII). Ziel dieser Initiative ist, vermehrt global verfügbares Anlagekapital in Infrastrukturinvestitionen zu lenken. Zur konkreten Ausgestaltung wurde bis zum G20-Gipfel in Brisbane am 15. und 16. November 2014 von einer Untergruppe der Stellvertreter der G20-Finanzminister unter deutscher Beteiligung ein Vorschlag erarbeitet. Die Diskussionen zur Lage der Weltwirtschaft erfolgten bei dieser Jahrestagung weitgehend im IMFC.

3 IWF-Jahrestagung mit Sitzung des IMFC am 11. Oktober 2014

Mit Blick auf die Lage der Weltwirtschaft berieten die Finanzminister und Notenbankgouverneure über die leicht nach unten korrigierte Wachstumsperspektiven. Der IWF hat seine Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2014 von 3,6% im April 2014 auf jetzt 3,3%

IWF-Jahrestagung 2014 in Washington D.C.

gesenkt. Die Prognose für 2015 hat der IWF von 3,9% auf 3,8% reduziert. Die Erholung der Weltwirtschaft verlaufe ungleich, mit einer deutlichen Erholung in den USA und dem Vereinigten Königreich und einem abflauenden Wachstum im Euroraum. Abwärtsrisiken sieht der IWF in Verbindung mit einem Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik, in einer anhaltend niedrigen Inflation, in der erhöhten Risikobereitschaft bei niedriger Volatilität an den Finanzmärkten und in den aktuellen geopolitischen Spannungen. Es bestand Konsens über die Weiterführung von Strukturreformen und darüber, die Staatsverschuldung auf einen nachhaltigen Pfad zu bringen.

Der Bundesfinanzminister hat dargelegt, dass es für nachhaltiges Wachstum drei Voraussetzungen gäbe, und zwar gut funktionierende, wachstumsfreundliche institutionelle Rahmenbedingungen, nachhaltig stabile öffentliche Haushalte und ein gesundes Finanzsystem. Die Diskussion betraf auch die Frage, ob derzeit eine weitere Stimulierung der Nachfrage angebracht ist. Deutschland lehnt eine solche Stimulierung durch schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme ab.

Ein weiteres Thema war die Umsetzung der 2010 beschlossenen Reformen der IWF-Leitungsstruktur und der IWF-Quoten. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure brachten ihre Enttäuschung zum Ausdruck, dass die bereits 2010 beschlossenen Reformen nach wie vor nicht in Kraft getreten sind. Die Reform kann nicht in Kraft treten, weil die USA diese bisher nicht im Kongress ratifizieren konnten. Ob und wann die USA die Reform umsetzen, ist zurzeit unklar. Die Mitglieder des IMFC bestätigten ihren Beschluss vom April 2014, dass die Umsetzung der Reform oberste Priorität sei, und forderten erneut die USA auf, diese so schnell wie möglich zu ratifizieren. Sollte bis Ende des Jahres keine Umsetzung erfolgt sein, haben sich die Finanzminister und Notenbankgouverneure darauf verständigt, mögliche Zwischenschritte zu diskutieren.

Zur Kreditvergabepolitik des IWF begrüßten die Mitgliedstaaten die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für die besonders von Ebola betroffenen afrikanischen Länder (Liberia, Sierra Leone und Guinea). Zur Überwachungspolitik ("Surveillance") würdigten die IMFC-Mitglieder die Ergebnisse der vor kurzem abgeschlossenen Überprüfung der Überwachungstätigkeit des IWF im Rahmen des "Triennial Surveillance Review". Ziel der Überprüfung war eine bessere Analyse von Übertragungseffekten ("spillover") und eine bessere Integration der bi- und multilateralen Überwachungstätigkeit des IWF. Weiterhin begrüßten die Mitglieder die Arbeiten des IWF zur Verwendung von "collective action clauses" (CAC) bei der Ausgabe von Staatsanleihen nach internationalem Recht. Darüber hinaus erwarten die Mitgliedstaaten weitere Analysen zum Thema Schuldenrestrukturierung und Kreditvergabe sowie den Abschluss der Überprüfung der "Debt Limit Policy" des IWF. Die Mitgliedstaaten betonten erneut die Herausforderungen, denen die arabischen Transformationsländer und die Länder des Mittleren Ostens gegenüberstehen, und forderten den IWF auf, diese Länder weiter zu unterstützen. Darüber hinaus begrüßten die Mitgliedstaaten das Engagement des IWF in fragilen Staaten.

4 Treffen der Deauville-Partnerschaft am 9. Oktober 2014

Im Frühjahr 2011 wurde als Reaktion auf die Umbrüche im nordafrikanisch-arabischen Raum auf dem G8-Gipfel in Deauville die sogenannte Deauville-Partnerschaft (DP) gegründet, die sich dem Ziel widmet, den Aufbau demokratischer Strukturen sowie die Entwicklung der Wirtschaft in dieser Region zu unterstützen. Am Rande der diesjährigen Herbsttagung fand ein Treffen der DP – derzeit unter deutschem Vorsitz – statt, an dem neben den G7-Finanzministern die Finanzminister der nordafrikanisch-

IWF-Jahrestagung 2014 in Washington D.C.

arabischen Transformationsländer und einiger Geberländer aus dem arabischen Raum sowie Vertreter verschiedener internationaler Finanzinstitutionen teilnahmen. Das letzte Treffen der DP fand unter britischem Vorsitz im Oktober 2013 statt. Die diesjährige Sitzung diente daher vor allem dazu, sich über die Situation und die bisher erzielten (Reform-)Fortschritte in Ägypten, Tunesien, Jordanien, Marokko, Libyen und Jemen auszutauschen und das weitere Vorgehen zu diskutieren. Es bestand Einigkeit darüber, dass die DP trotz der zum Teil schwierigen Lage in einigen Transformationsländern eine sinnvolle und effektive Plattform für den politischen Austausch und die angestrebte wirtschaftliche Stabilisierung sei. Im Fokus stünden dabei vor allem

nachhaltiges Wachstum, Strukturreformen, die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, Frauen und Jugend, die Verbesserung des Kapitalmarktzugangs für die Transformationsländer sowie der Zugang zu Finanzdienstleistungen (Financial Inclusion) in diesen Ländern. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble skizzierte bei dem Treffen das im Rahmen der deutschen Präsidentschaft geplante Arbeitsprogramm, das neben einer effizienter zu gestaltenden Geberkoordinierung insbesondere den Zugang zu Finanzdienstleistungen sowie die entsprechende Bildung der Bevölkerung (Financial Literacy) beinhaltet. Zudem soll der "Transition Fund" fortgeführt werden und insbesondere auch für neue Geber offenstehen.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im 3. Quartal geringfügig an. Positive Impulse kamen vom privaten Konsum und dem Außenbeitrag.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin außerordentlich gut: Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit zeigt von Juli bis Oktober einen Abwärtstrend von monatsdurchschnittlich 6 000 Personen. Die saisonbereinigte Erwerbstätigkeit überschritt im 3. Quartal das Niveau des Vorquartals um rund 82 000 Personen.
- Im Oktober blieb die j\u00e4hrliche Inflationsrate den vierten Monat in Folge bei 0,8 %. Vor allem die r\u00fcckl\u00e4ufigen Preise f\u00fcr Roh\u00f6l auf dem Weltmarkt d\u00e4mpften die Energiepreise auf der Verbraucherstufe.

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität expandierte in den Sommermonaten geringfügig. Damit stellt sich die Lage etwas besser dar, als es die rückläufigen Stimmungsindikatoren hatten erwarten lassen.

Gemäß Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes stieg das BIP im 3. Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,1% gegenüber dem Vorquartal an. Stützend wirkte dabei eine kräftige Ausweitung der privaten Konsumausgaben. Auch ein positiver Wachstumsbeitrag der Nettoexporte begünstigte rein rechnerisch die BIP-Entwicklung. Die Exporte nahmen dabei merklich stärker zu als die Importe. Dagegen wurde in Ausrüstungen und Bauten weniger investiert als im Vorquartal. Darüber hinaus kam es zu einem deutlichen Vorratsabbau.

Mit der Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das 3. Quartal wurden auch die ersten beiden Quartale überarbeitet und jeweils um 0,1 Prozentpunkte auf + 0,8 % beziehungsweise - 0,1% nach oben revidiert.

Die vorläufigen Ergebnisse zur Entwicklung des BIP im bisherigen Jahresverlauf stehen im Einklang mit der Herbstprojektion der Bundesregierung, die für dieses Jahr von einem realen Wachstum um 1,2 % ausgeht. Die Projektion der Bundesregierung, deren gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlagen der jüngsten Steuerschätzung zugrunde gelegt wurden, ist damit gut nach unten abgesichert.

Ausführliche Ergebnisse zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im 3. Quartal veröffentlicht das Statistische Bundesamt am 25. November 2014. Anhand der monatlichen Konjunkturindikatoren lässt sich jedoch bereits jetzt eine Entwicklungstendenz wichtiger Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erkennen.

Eine deutliche Belebung der Ausfuhrtätigkeit zeichnete sich bei der Entwicklung der nominalen Warenausfuhren des Spezialhandels ab. So stiegen die nominalen Warenexporte in saisonbereinigter Betrachtung im 3. Quartal um 2,8 % an. Mit einer kräftigen Zunahme im September gegenüber dem Vormonat zeigen auch die nominalen Warenimporte eine Aufwärtsbewegung, nachdem sie zuvor zwei Monate in Folge rückläufig waren. Im Durchschnitt der Sommermonate fiel jedoch der Exportanstieg deutlich höher aus als der der Importe. Dies spricht für den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Positivimpuls vom Außenbeitrag.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Im Zeitraum Januar bis September wurden die Ausfuhren um 3,5 % und die Einfuhren um 2,3% gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet. Nach Regionen war eine Erhöhung der Handelstätigkeit mit den EU-Ländern außerhalb des Euroraums zu verzeichnen. So stiegen die Importe und Exporte (Ursprungslandprinzip Januar bis August 2014) aus diesen beziehungsweise in diese Länder kräftig an (+7,0%, +9,3%). Auch der Handel mit den Ländern des Euroraums verbesserte sich (Importe: +1,9%, Exporte: +2,7%). Exporte in Drittländer zeigten eine Stabilisierungstendenz, während Importe aus diesem Wirtschaftsgebiet leicht rückläufig waren (-1,0%).

Der Leistungsbilanzüberschuss lag im 3. Quartal bei 52,6 Mrd. €. Das Vorjahresniveau wurde damit um 13,7 Mrd. € überschritten. Dies resultierte vor allem aus einem höheren Überschuss im Warenhandel (+10,2 Mrd. €).

Für das Jahresende ist mit einer moderaten Ausweitung der Exporttätigkeit zu rechnen. Die globalen Wachstumserwartungen für dieses und nächstes Jahr wurden gegenüber dem Frühjahr in den jüngsten Prognosen merklich nach unten revidiert. Der Internationale Währungsfonds ging im Oktober von einem Weltwirtschaftswachstum von 3,3 % im Jahr 2014 (2015 + 3,8 %) aus. Im April waren es noch +3.7% (+4.0%) gewesen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erwartet eine Zunahme der globalen Wirtschaftsaktivität in etwa gleicher Größenordnung. Die Entwicklung der Länder ist jedoch sehr heterogen. So verbesserte sich im bisherigen Jahresverlauf die Wirtschaftslage in Ländern wie Spanien, Großbritannien, China und den Vereinigten Staaten, während Länder wie Italien und Frankreich noch zur Schwäche neigen. Zudem dämpfen die geopolitischen Konflikte weiterhin die Stimmung der Unternehmer. Die Zunahme der Auslandsbestellungen im 3. Quartal, insbesondere aufgrund einer höheren Nachfrage nach Gütern des Maschinenbaus (saisonbereinigt + 4,0 % gegenüber

dem Vorquartal), etwas optimistischere Exporterwartungen (ifo Umfrage) im Oktober sowie die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit infolge der aktuellen Euroabwertung gegenüber dem US-Dollar stützen die Erwartungen einer moderaten Ausweitung der deutschen Ausfuhren im Schlussquartal. Der Anstieg der Auslandsnachfrage dürfte auch die industrielle Produktion begünstigen.

Im 3. Quartal ging die Industrieproduktion noch etwas zurück (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal). Die leichte Zunahme der industriellen Umsätze in diesem Zeitraum, insbesondere auf ausländischen Märkten, deutet auf einen Lagerabbau hin. Die Industrieproduktion wurde im Durchschnitt des 3. Vierteljahrs durch eine leichte Erholung der Investitionsgütererzeugung gestützt. Hierzu trug vor allem eine Ausweitung der Produktion im Maschinenbau bei (saisonbereinigt + 3,3 % gegenüber dem Vorquartal), während die Herstellung von Kfz und Kraftwagenteilen dämpfend wirkte; dieser Bereich war besonders von den Schwankungen aufgrund der späten Lage der Sommerferien betroffen. Die Herstellung von Vorleistungs- und Konsumgütern setzte die Abwärtsbewegung aus dem 2. Quartal in den Sommermonaten fort.

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe zeigte im 3. Quartal in saisonbereinigter Betrachtung eine Seitwärtsbewegung. Dabei wurde der Rückgang der Inlandsaufträge und der Bestellungen aus dem Euroraum durch eine Ausweitung der Auslandsorder für Investitions- und Vorleistungsgüter aus den Ländern außerhalb des Eurowährungsgebiets kompensiert. Die ungünstige Lage im Euroraum, der wichtigsten Handelsregion Deutschlands, hat offenbar auch negativ auf die inländische Nachfrage - vor allem nach Investitionsgütern – zurückgewirkt. Hinzu kommen Vertrauenseinbußen aufgrund der geopolitischen Krisen. Beides trug zur Verunsicherung hinsichtlich der Absatzperspektiven der Unternehmen bei, was die Investitionszurückhaltung erklären könnte.

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2013	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjahı	r		
	bzw. Index	Vorjahr in %	1. Q. 14	2. Q. 14	3. Q. 14	1. Q. 14	2. Q. 14	3. Q. 14		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,1	+0,1	+0,8	-0,1	+0,1	+2,6	+1,0	+1,2		
jeweilige Preise	2 809	+2,2	+1,2	+0,5	+0,1	+4,6	+2,9	+3,0		
Einkommen ¹										
Volkseinkommen	2 100	+2,2	+1,6	-0,3		+4,9	+2,1			
Arbeitnehmerentgelte	1 428	+2,8	+1,1	+0,7		+3,8	+3,6			
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	672	+0,9	+2,7	-2,2		+7,0	-1,2			
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 682	+1,8	+0,6	+0,7		+2,3	+2,1			
Bruttolöhne und -gehälter	1 166	+3,0	+1,2	+0,7		+3,9	+3,7			
Sparen der privaten Haushalte	157	-1,3	+2,9	-0,0		+3,5	+2,9			
		2013			Veränderung ir	n % gegenüb	er			
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	Mrd.€ gegenüber		eriode saisor	nbereinigt		Vorjahr	2		
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Aug 14	Sep 14	Dreimonats- durchschnitt	Aug 14	Sep 14	Dreimonats durchschnit		
in jeweiligen Preisen										
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1 093	-0,2	-5,8	+5,5	+2,8	-0,9	+8,5	+5,6		
Waren-Importe	898	-0,9	-1,3	+5,4	+1,0	-2,4	+8,4	+2,3		
in konstanten Preisen von 2010										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	106,4	+0,1	-3,1	+1,4	-0,3	-1,9	-0,1	+0,3		
Industrie ³	107,8	+0,3	-4,2	+1,7	-0,4	-1,6	+0,6	+1,2		
Bauhauptgewerbe	105,6	-0,2	-0,9	-1,2	-0,2	-1,5	-1,5	-1,2		
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)										
Industrie ³	105,8	-0,0	-1,4	-0,1	+0,1	+1,4	+1,1	+2,4		
Inland	103,2	-1,5	-3,2	+0,6	-0,8	-1,5	-0,8	+0,3		
Ausland	108,5	+1,4	+0,4	-0,7	+0,9	+4,5	+3,2	+4,5		
Auftragseingang (Index 2010 = 100)										
Industrie ³	106,1	+2,8	-4,2	+0,8	+0,1	+0,8	-1,0	+1,9		
Inland	101,8	+0,9	-1,0	-2,8	-2,1	-1,3	-3,9	-1,2		
Ausland	109,5	+4,2	-6,5	+3,7	+1,7	+2,6	+1,1	+4,4		
Bauhauptgewerbe	108,8	+4,4	-2,2		-5,5	-2,9		-6,2		
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)										
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	101,3	+0,1	+1,3	-2,8	-0,4	-1,0	+2,4	+0,8		
Handel mit Kfz	103,2	-2,6	+1,5		+0,2	-0,5		+0,5		

 $Konjunkturentwicklung\,aus\,finanzpol\,itischer\,Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2013	Veränderung in Tausend gegenüber							
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorp	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr						
	Mio.	Vorjahr in %	Aug 14	Sep 14	Okt 14	Aug 14	Sep 14	Okt 14		
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,95	+1,8	-1	+9	-22	-44	-41	-68		
Erwerbstätige, Inland	42,28	+0,6	+6	+19		+377	+381			
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,62	+1,1	-1			+479				
		2013	Veränderung in % gegenüber							
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber	Vorperiode Vorjahr							
2010 - 100	maex	Vorjahr in %	Aug 14	Sep 14	Okt 14	Aug 14	Sep 14	Okt 14		
Importpreise	105,9	-2,6	-0,1	+0,3		-1,9	-1,6			
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	106,9	-0,1	-0,1	+0,0		-0,8	-1,0			
Verbraucherpreise	105,7	+1,5	+0,0	+0,0	-0,3	+0,8	+0,8	+0,8		
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden					
gewerbliche Wirtschaft	Mrz 14	Apr 14	Mai 14	Jun 14	Jul 14	Aug 14	Sep 14	Okt 14		
Klima	+13,7	+14,7	+13,1	+11,7	+8,5	+5,2	+2,2	-0,6		
Geschäftslage	+18,6	+18,8	+17,8	+17,7	+14,1	+10,8	+9,6	+5,8		
Geschäftserwartungen	+8,9	+10,7	+8,5	+5,8	+3,0	-0,2	-4,9	-6,8		

¹Stand September 2014.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

In der Folge ging die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe im 3. Quartal marginal zurück. Sie liegt aber weiterhin leicht über dem langjährigen Durchschnitt.

Die rückläufigen Inlandsaufträge und die bis zuletzt anhaltende Stimmungsverschlechterung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (ifo Geschäftsklima, Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags) deuten derzeit auf eine verhaltene wirtschaftliche Aktivität der Industrie auch für das Schlussquartal hin. Einen Lichtblick stellt dabei die Ausweitung der Auslandsnachfrage dar, die sich in einer steigenden Produktion widerspiegeln dürfte. Insgesamt ist eine Einschätzung der konjunkturellen Aussichten für die Industrie schwierig, da das außenwirtschaftliche Umfeld weiterhin von den geopolitischen Krisen sowie der damit verbundenen Verunsicherung der Marktteilnehmer geprägt ist und der Erholungsprozess im Euroraum nur schleppend vorankommt.

Die Bauproduktion zeigte in den Sommermonaten eine Stabilisierungstendenz. Damit dürfte sie - nach dem Auslaufen der witterungsbedingten Sondereffekte aus dem Winterhalbjahr 2013/2014 - nun wieder ihr Normalniveau erreicht haben. Die Produktion im Tiefbau nahm in den Sommermonaten geringfügig zu, während das Ausbaugewerbe und der Hochbau leicht rückläufig waren. Die vorlaufenden Indikatoren deuten auf eine verhaltene Bauproduktion in den kommenden Monaten hin. So ist zwar der Auftragseingang im Tiefbau und im Hochbau ohne Wohnungsbau im Juli/August gegenüber dem Mai/Juni saisonbereinigt leicht (+1,9%) beziehungsweise kräftig (+7,9%) gestiegen. Aber der Auftragseingang im Wohnungsbau ließ erheblich nach (-10,4%). Allerdings zeigen die Baugenehmigungen für den

² Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

³Ohne Energie.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Wohnungsbau im Juli/August einen leichten Aufwärtstrend. Die ifo-Geschäftserwartungen gaben im Oktober den zweiten Monat in Folge nach. Dagegen verbesserte sich die Lageeinschätzung zuletzt auf einem für die Bauwirtschaft hohen Niveau.

Der private Konsum stützte laut vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im 3. Quartal die gesamtwirtschaftliche Aktivität. Die privaten Haushalte haben ihren Konsum kräftig erhöht. Der Einzelhandel ohne Kfz war im 3. Quartal mit 0,4% zwar leicht rückläufig, aber die Zulassungen für private Kfz stiegen um 1,2% an. Auch im Oktober konnte eine Zunahme von 1,8 % beobachtet werden. Darüber hinaus verbesserte sich laut Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) die Verbraucherstimmung im 3. Quartal spürbar. Nach einem leichten Rückgang des Stimmungsindikators im Oktober wird für November wieder ein Anstieg erwartet. So stabilisierten sich die Konjunkturaussichten der Verbraucher trotz anhaltender geopolitischer Krisen und rückläufiger Wirtschaftsdaten. Die Einkommenserwartungen und die Anschaffungsneigung sind im Oktober leicht gestiegen. Beide Indikatoren liegen deutlich über ihrem Vorjahresniveau. Sie werden gestützt durch die unverändert sehr gute Lage auf dem Arbeitsmarkt, das hohe Beschäftigungsniveau und die Einkommensverbesserungen. Infolge der moderaten Inflationsentwicklung kommt es auch zu realen Einkommenszuwächsen. Das sehr niedrige Zinsniveau führte laut GfK-Umfrage bei den Verbrauchern zu einem niedrigen Niveau der Sparneigung. Im Gegenzug ist die Anschaffungsneigung auch im Oktober wieder sehr hoch.

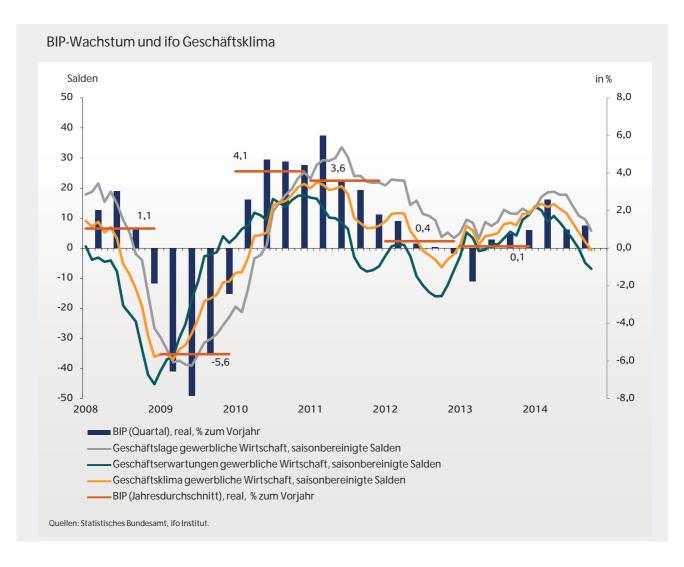
Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzte sich im Oktober trotz der konjunkturellen Verlangsamung im 2. und 3. Vierteljahr fort. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen saisonbereinigt weiter zu. Die saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl stieg im September gegenüber dem Vormonat um 19 000 Personen. Nach Ursprungswerten lag die Erwerbstätigkeit bei 42,99 Millionen Personen. Das waren + 0,9% oder 381 000 Personen mehr als im Vorjahr.

Im August belief sich sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf 30,32 Millionen Personen. Das waren 1,6 % oder 479 000 Personen mehr als vor einem Jahr. Die größten Zuwächse verzeichneten die Wirtschaftszweige Immobilien, wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen, Heime und Sozialwesen sowie Metall- und Elektroindustrie. Insbesondere bei Finanzund Versicherungsdienstleistern sowie im Bereich Bergbau, Energie-, Wasserversorgung und Entsorgungswirtschaft wurde dagegen Beschäftigung abgebaut. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt blieb, aufgrund der späten Lage der Ferien, im Vergleich zum Vormonat, saisonbereinigt nahezu unverändert (-1000 Personen).

Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verzeichnete im Oktober einen Rückgang von 22 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Damit wurde der leichte Anstieg vom September mehr als ausgeglichen. Seit Juli zeigt sich ein Abwärtstrend der Arbeitslosigkeit von monatsdurchschnittlich 6 000 Personen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach Ursprungswerten belief sich im Oktober auf 2,73 Millionen Personen. Im Vergleich zum Vorjahr waren damit 68 000 Personen weniger arbeitslos. Die Arbeitslosenquote sank gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau um 0,2 Prozentpunkte auf 6,3 %.

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich auf einem inzwischen erreichten Rekordniveau fortsetzen. So stieg der BA-X-Stellenindex (ohne geförderte und Saisonstellen) im Oktober zum wiederholten Mal an und signalisiert damit weiterhin eine hohe Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen. Auch das ifo Beschäftigungsbarometer zeigte im

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



Oktober einen weiteren Beschäftigungsaufbau an. Insbesondere die Einstellungsbereitschaft im Dienstleistungssektor hat sich erhöht, während sie im Verarbeitenden Gewerbe sank. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer blieb stabil. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit dürfte sich daher in den nächsten drei Monaten kaum verändern.

Im Oktober lag die jährliche Inflationsrate auf der Verbraucherstufe den vierten Monat in Folge bei 0,8 %. Der Rückgang der Energiepreise setzte sich zwar fort, aber ein leicht beschleunigter Anstieg der Preise für Dienstleistungen wirkte einer weiteren Abflachung des Verbraucherpreisanstiegs entgegen. Die Verbilligung von Energieprodukten dürfte vor allem auf die rück-

läufigen Preise für Rohöl auf dem Weltmarkt zurückzuführen sein. So ist der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent in US-Dollar im Oktober um 20 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau zurückgegangen. Sowohl die moderate globale Weltkonjunktur als auch die Angebotsausweitung trugen hierzu bei.

Die Preisniveauentwicklung auf der Verbraucherstufe dürfte auch in den kommenden Monaten in ruhigen Bahnen verlaufen. Dafür spricht der bis zum September anhaltende Rückgang der Import- und Erzeugerpreisniveaus gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstand (-1,6 % und -1,0 %). Den höchsten Einfluss hatte wiederum die rückläufige Preisniveau-

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

entwicklung für Energiegüter. Ohne Berücksichtigung von Energie wurde das Erzeuger- sowie Importpreisniveau des Vorjahres jeweils um 0,1% überschritten. Der insgesamt sehr moderate Preisniveauanstieg stärkt die Kaufkraft der Verbraucher und begünstigt damit den privaten Konsum auch im Schlussquartal.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2014

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2014

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Oktober 2014 im Vorjahresvergleich insgesamt um 3,1% gestiegen. Dieses Ergebnis bestätigt den positiven Trend des bisher abgelaufenen Jahres. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im Vergleich zum Oktober 2013 um 3,8 % zu. Der Zuwachs wurde angetrieben durch die anhaltend gute Entwicklung des Lohnsteueraufkommens und den durch einen großen Einzelfall verursachten sehr starken Anstieg der Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Die Einnahmen aus den Bundessteuern liegen im Oktober 2014 auf Vorjahresniveau, wohingegen das Aufkommen der Ländersteuern um 4,7% zulegen konnte. Die Zölle – als reine EU-Einnahmen – lagen um 8,6 % über dem Vorjahreswert.

Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im Oktober 2014 um 3,3 % über dem Vorjahresniveau. Getragen wurde dieser Anstieg durch die Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern. Daneben trugen hierzu auch geringere EU-Eigenmittelabrufe bei – sie waren im Vorjahresvergleich um 7,9 % geringer. Die auf Vorjahresniveau liegenden Bundessteuern dämpften den Anstieg der Einnahmen des Bundes.

Die Steuereinnahmen der Länder legten im Monat Oktober 2014 um 3,2% zu. Auch hier zeigt sich die positive Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern. Zudem stiegen die reinen Ländersteuern im Vorjahresvergleich um +4,7% an – ihr Aufkommen beträgt allerdings weniger als 10% der gesamten Steuereinnahmen der Länder. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 4,8% an.

Entwicklung im Zeitraum Januar bis Oktober

In den Monaten Januar bis Oktober 2014 stieg das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne reine Gemeindesteuern) um 3,0 %. Die gemeinschaftlichen Steuern konnten sich bis Oktober 2014 um 3,8 % verbessern. Die Bundessteuern verringerten sich um 2,1 %, und zwar insbesondere aufgrund der Auswirkungen der den Unternehmen gewährten Aussetzung der Vollziehung bei der Kernbrennstoffsteuer nach Beschluss des Finanzgerichts Hamburg. Die Ländersteuern legten um 11,4 % zu; die Zölle stiegen um 7,0 %.

Gemeinschaftliche Steuern

Die anhaltend gute Beschäftigungslage und steigende Löhne sorgen bei der Lohnsteuer weiterhin für wachsende Einnahmen. Im Berichtsmonat ergab sich ein Plus von 6,5 % gegenüber dem Vorjahr. Das aus dem Aufkommen der Lohnsteuer gezahlte Kindergeld verzeichnete einen Zuwachs von 2,1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum; nach Hinzurechnung des Kindergelds ergibt sich ein Bruttoaufkommen von + 5,6 %. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2014 sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 6,2% gestiegen.

Bei der veranlagten Einkommensteuer bestimmte im Oktober das Ergebnis der laufenden Veranlagungen die Einnahmeentwicklung. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum waren hier keine größeren Veränderungen zu verzeichnen. Das Bruttoaufkommen stieg gegenüber Oktober 2013 um 2,2%. Die vom Bruttoaufkommen abzuziehenden Arbeitnehmererstattungen stiegen um 4,9%. Die Auszahlungsbeträge von Investitionszulage und Eigenheimzulage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2014

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2014	Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2014 ⁴	Veränderur ggü. Vorjal
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12876	+6,5	133 217	+6,2	167 850	+6,1
veranlagte Einkommensteuer	-323	Х	33 469	+6,7	44 750	+5,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 278	+85,2	14820	-2,2	16 610	-3,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	439	-11,7	6784	-8,3	7 943	-8,3
Körperschaftsteuer	-1 203	Х	13 789	+1,0	19 270	-1,2
Steuern vom Umsatz	16 083	-0,3	166 929	+2,8	202 900	+3,1
Gewerbesteuerumlage	755	+0,1	2 849	+0,9	3 896	+2,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	721	+0,6	2 457	+0,5	3 296	+1,4
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 625	+3,8	374 314	+3,8	466 515	+3,7
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 3 1 9	-3,0	27 892	+0,8	39 900	+1,4
Tabaksteuer	1 3 4 2	+1,8	11 262	+4,1	14 470	+4,7
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	148	-6,6	1 673	-2,5	2 050	-2,5
Versicherungsteuer	535	+3,1	10 695	+4,3	12 060	+4,4
Stromsteuer	578	+3,6	5 563	-6,8	6 650	-5,1
Kraftfahrzeugsteuer	676	-1,7	7318	-0,2	8 490	+0,0
Luftverkehrsteuer	97	-6,3	780	-0,4	980	+0,2
Kernbrennstoffsteuer	114	-14,0	-1 762	Х	1 060	-17,5
Solidaritätszuschlag	826	+9,2	11 857	+4,1	14 850	+3,3
übrige Bundessteuern	120	-3,0	1 190	-1,6	1 458	-1,1
Bundessteuern insgesamt	7 754	-0,3	76 467	-2,1	101 968	+1,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	417	-1,9	4563	+19,1	5 3 8 9	+16,3
Grunderwerbsteuer	815	+11,0	7736	+10,2	9 150	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	139	-4,9	1 414	+2,1	1 682	+2,9
Biersteuer	58	-1,2	579	+1,5	682	+2,0
Sonstige Ländersteuern	18	+0,2	349	+3,7	405	+3,5
Ländersteuern insgesamt	1 448	+4,7	14 642	+11,4	17 308	+10,1
EU-Eigenmittel						
Zölle	431	+8,6	3 769	+7,0	4 500	+6,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	168	X	3 402	+81,0	4 040	+94,0
BNE-Eigenmittel	876	-22,8	17 691	-13,8	23 130	-6,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 475	-3,7	24 862	-4,1	31 670	+1,8
Bund ³	18 929	+3,3	210 666	+2,9	268 939	+3,5
Länder ³	17 598	+3,2	204 516	+3,7	252 789	+3,5
EU	1 475	-3,7	24 862	-4,1	31 670	+1,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 257	+4,8	29 149	+5,4	36 893	+5,3

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

 $^{^4\,\}mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$ "Steuerschätzungen" vom November 2014.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2014

beeinflussen das Aufkommen nur noch unerheblich. Saldiert ergeben sich im Veranlagungsmonat Oktober 2014 Nettoauszahlungen bei der veranlagten Einkommensteuer von rund 0,3 Mrd. €. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2014 ist nunmehr eine Erhöhung der Kasseneinnahmen von insgesamt 6,7% zu verbuchen.

Auch das Aufkommen der Körperschaftsteuer wurde durch die Veranlagungstätigkeit geprägt. Während hierbei ebenso wie bei der veranlagten Einkommensteuer keine nennenswerten Veränderungen gegenüber dem Vorjahresmonat auftraten, führte der Anstieg der Erstattungen von Körperschaftsteuerguthaben um circa 0,1 Mrd. € zu einem leichten Anstieg des negativen Einnahmesaldos auf 1,2 Mrd. € in diesem Monat. Kumuliert stieg das Aufkommen im Zeitraum Januar bis Oktober 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 % auf rund 13,8 Mrd. €.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag konnten im Berichtsmonat einen starken Einnahmenzuwachs von +85,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnen. Allerdings war dieses Ergebnis gänzlich auf einen Sondereffekt in Höhe von 0,6 Mrd. € zurückzuführen. Ohne diesen Sondereffekt läge das Aufkommen lediglich auf Vorjahresniveau. Die aus dem Aufkommen geleisteten Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern mit 98 Mio. € (Vorjahr: 79 Mio. €) beeinflussen dieses Ergebnis nur unmerklich. In kumulierter Betrachtung liegt das Gesamtaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im bisherigen Jahresverlauf um 2,2% unter dem Vorjahresniveau.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge bleiben im Oktober 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 11,7% zurück. Für den Zeitraum Januar bis Oktober 2014 ergibt sich ein Minus von 8,3%. Das anhaltend niedrige Zinsniveau führt zu einem allmählichen Rückgang des Durchschnittszinses im Bestand an

festverzinslichen Wertpapieren und in der Folge zu einer deutlichen Dämpfung des Aufkommens der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge.

Die Einnahmen der Steuern vom Umsatz liegen im Berichtsmonat Oktober 2014 mit 16,1 Mrd. € (-0,3 %) nahezu auf Höhe des Vorjahres. Während die (Binnen-)Umsatzsteuer um 2,7 % zurückblieb, entwickelte sich die Einfuhrumsatzsteuer mit 6,9 % deutlich expansiv. Die Steuern vom Umsatz weisen nun im Zeitraum Januar bis Oktober 2014 kumuliert einen Zuwachs von 2,8 % gegenüber dem Vorjahr aus.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern verharrte im Oktober 2014 auf dem Niveau des Vorjahres (-0,3 %). In kumulierter Betrachtung bis Oktober 2014 liegen die Bundessteuern in Folge der Rückzahlung von Kernbrennstoffsteuer aufgrund des Beschlusses des Finanzgerichts Hamburg jedoch um 2,1% unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Im Oktober 2014 waren Einnahmezuwächse insbesondere bei der Tabaksteuer (+ 1,8 %), der Versicherungsteuer (+ 3,1%) und dem Solidaritätszuschlag (+ 9,2 %) zu verzeichnen. Der Rückgang der Energiesteuer um 3 % liegt im Rahmen der gewöhnlichen monatlichen Aufkommensschwankungen – das kumulierte Ergebnis Januar bis Oktober beträgt + 0,8 %. Größere Aufkommensrückgänge ergaben sich im Oktober bei der Schaumweinsteuer (- 24,5 %) und der Luftverkehrsteuer (- 6,3 %).

Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat Oktober 2014 einen Zuwachs von 4,7%. Dieser Anstieg basiert auf der anhaltend positiven Entwicklung der Grunderwerbsteuer mit einem Plus von 11,0% im Monat Oktober 2014 und +10,2% kumuliert bis Oktober 2014. In kumulierter Betrachtung bis einschließlich Oktober 2014 entwickelten

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2014

sich die Ländersteuern mit +11,4% weiterhin deutlich besser als die Bundessteuern.

Die Gemeinden profitierten – ebenso wie Bund und Länder – von der guten Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern. Ihr Aufkommen aus diesen Steuern wuchs im Oktober 2014 um 4,8 % und hat damit im bisherigen Jahresverlauf 2014 einen Zuwachs von 5,4 % erreicht.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2014

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2014

Ausgabenentwicklung

Mit 251,1 Mrd. € liegt das Ergebnis bis einschließlich Oktober 2014 um 9,6 Mrd. € (-3,7%) erheblich unter dem des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Wesentlicher Grund für die gegenüber dem bisherigen Verlauf günstigere Entwicklung der Ausgaben im Vorjahresvergleich ist die im Oktober 2013 erfolgte Zuweisung an das Sondervermögen "Aufbauhilfe" für die Betroffenen der Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013 in Höhe von 8,0 Mrd. €, die die Ausgabenentwicklung 2013 unvorhersehbar belastete.

Einnahmeentwicklung

Bis einschließlich Oktober 2014 beliefen sich die Einnahmen des Bundes auf 229,7 Mrd. €. Sie lagen damit um 5,9 Mrd. € (+ 2,7%) über den Einnahmen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen lagen mit 208,6 Mrd. € um 5,1 Mrd. € (+ 2,5%) über dem Ergebnis vom Oktober 2013. Die Verwaltungseinnahmen stiegen im Betrachtungszeitraum um 0,9 Mrd. € (+ 4,3%) gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis auf 21,1 Mrd. € an.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo betrug Ende Oktober -21,4 Mrd. €. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und in Erwartung des erfahrungsgemäß aufkommensstarken Dezember-Ergebnisses ist davon auszugehen, dass die für das Jahr 2014 geplante Nettokreditaufnahme in Höhe von 6,5 Mrd. € sicher eingehalten wird.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2013	Soll 2014	Ist - Entwicklung ¹ Oktober 2014
Ausgaben (Mrd. €)	307,8	296,5	251,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-3,7
Einnahmen (Mrd. €)	285,5	289,8	229,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,7
Steuereinnahmen (Mrd. €)	259,8	268,2	208,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,3	-6,7	-21,4
Finanzierung durch:	22,3	6,7	21,4
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	29,0
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,2	0,1
$Net to kreditauf nahme/unter jähriger Kapital marktsaldo^2 (Mrd. E)$	22,1	6,5	-7,8

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2014

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

					Ist-Entv	vicklung	Unterjährige
		st 013		oll 013	Januar bis Oktober 2013	Januar bis Oktober 2014	Veränderung
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in N	lio.€	in%
Allgemeine Dienste	72 647	23,6	69 602	22,6	56 310	56 781	+0,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 899	1,9	6324	2,1	4 459	4353	-2,4
Verteidigung	32 269	10,5	32 366	10,5	25 964	26 138	+0,7
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 205	4,3	13 949	4,5	11 411	11 948	+4,7
Finanzverwaltung	3 865	1,3	4 0 0 4	1,3	3 101	3 198	+3,1
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 684	6,1	19 304	6,3	14 635	14 629	-0,0
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 686	0,9	2 708	0,9	2 287	2 199	-3,9
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 150	3,3	10 598	3,4	7 3 5 6	7 382	+0,3
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 706	47,3	147 876	48,0	127 592	130 309	+2,1
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	98 701	32,1	99 691	32,4	89 048	89 923	+1,0
Arbeitsmarktpolitik	32 680	10,6	31 400	10,2	27 064	26 833	-0,9
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 484	6,3	19 200	6,2	16527	16 776	+1,5
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 685	1,5	3 900	1,3	3 921	3 405	-13,2
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 5 4 8	2,1	7 3 4 3	2,4	5 504	6 2 6 5	+13,8
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 340	0,8	2 300	0,7	2 007	1 846	-8,0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 633	0,5	2 008	0,7	1 208	1 292	+6,9
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 304	0,7	2 192	0,7	1 738	1 540	-11,4
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 660	0,5	1 680	0,5	1 498	1 361	-9,1
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	904	0,3	960	0,3	518	485	-6,2
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 900	1,3	4 180	1,4	3 020	3 280	+8,6
Regionale Förderungsmaßnahmen	796	0,3	603	0,2	478	447	-6,5
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 492	0,5	1 621	0,5	1 372	1 483	+8,1
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 406	5,3	16 421	5,3	12 151	12 154	+0,0
Straßen	7 399	2,4	7 435	2,4	5 463	6 001	+9,8
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 597	1,5	4 553	1,5	3 407	3 137	-7,9
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 017	14,9	33 957	11,0	43 803	30 955	-29,3
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,0	30 202	24816	-17,8
Ausgaben zusammen	307 843	100,0	296 500	96,3	260 699	251 113	-3,7

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2014

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

					Ist - Entw	/icklung	Lintoriöhrino
		st 013	20 20		Januar bis Oktober 2013	Januar bis Oktober 2014	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	io. €	in %
Konsumtive Ausgaben	274 366	89,1	268 544	90,6	238 796	228 985	-4,1
Personalausgaben	28 575	9,3	28 907	9,7	24 414	24 943	+2,2
Aktivbezüge	20 938	6,8	21 119	7,1	17 699	17 952	+1,4
Versorgung	7 637	2,5	7788	2,6	6715	6 9 9 1	+4,1
Laufender Sachaufwand	23 152	7,5	24 196	8,2	17 059	17 008	-0,3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 453	0,5	1 289	0,4	1 042	998	-4,2
Militärische Beschaffungen	8 550	2,8	9 989	3,4	5 851	5 947	+1,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	13 148	4,3	12918	4,4	10166	10 063	-1,0
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,3	30 202	24 816	-17,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	190 781	62,0	187 196	63,1	166 642	161 692	-3,0
an Verwaltungen	27 273	8,9	20718	7,0	23 497	16 641	-29,2
an andere Bereiche	163 508	53,1	166 478	56,1	142 363	145 051	+1,9
darunter:							
Unternehmen	25 024	8,1	26707	9,0	20 953	21 210	+1,2
Renten, Unterstützungen u. a.	27 055	8,8	27 471	9,3	22 991	23 878	+3,9
Sozialversicherungen	103 693	33,7	104320	35,2	92 108	94 023	+2,1
Sonstige Vermögensübertragungen	555	0,2	628	0,2	478	526	+10,0
Investive Ausgaben	33 477	10,9	29 853	10,1	21 903	22 128	+1,0
Finanzierungshilfen	25 582	8,3	22 044	7,4	16 588	16 508	-0,5
Zuweisungen und Zuschüsse	14772	4,8	16 264	5,5	10 894	11 329	+4,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 032	0,7	1 294	0,4	1 294	779	-39,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	8 778	2,9	4 486	1,5	4 400	4 401	+0,0
Sachinvestitionen	7 895	2,6	7 809	2,6	5 315	5 620	+5,7
Baumaßnahmen	6 2 6 4	2,0	6 273	2,1	4 5 2 9	4900	+8,2
Erwerb von beweglichen Sachen	1 020	0,3	996	0,3	581	570	-1,9
Grunderwerb	611	0,2	541	0,2	205	150	-26,8
Globalansätze	-	Х	-1 897	-0,6	-	-	Х
Ausgaben insgesamt	307 843	100,0	296 500	100,0	260 699	251 113	-3,7

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2014

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

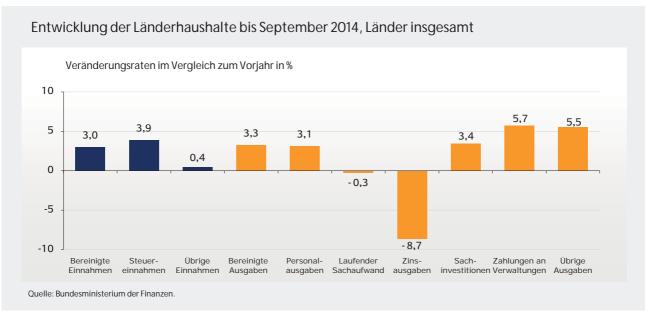
					Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	ls 20		Sc 20		Januar bis Oktober 2013	Januar bis Oktober 2014	Veränderung ggü. Vorjahı
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	259 807	91,0	268 197	92,6	203 582	208 649	+2,5
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	213 199	74,7	220 890	76,2	169 639	175 980	+3,7
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	107 340	37,6	111310	38,4	82 633	86 445	+4,6
davon:							
Lohnsteuer	67 174	23,5	71 273	24,6	51 642	54989	+6,5
veranlagte Einkommensteuer	17 969	6,3	19316	6,7	13 329	14224	+6,7
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 631	3,0	8 000	2,8	7 581	7 352	-3,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 812	1,3	3 696	1,3	3 256	2 985	-8,3
Körperschaftsteuer	9 754	3,4	9 025	3,1	6 825	6894	+1,0
Steuern vom Umsatz	104283	36,5	107 951	37,3	85 924	88 436	+2,9
Gewerbesteuerumlage	1 575	0,6	1 629	0,6	1 083	1 099	+1,5
Energiesteuer	39 364	13,8	39 450	13,6	27 668	27 892	+0,8
Tabaksteuer	13 820	4,8	14300	4,9	10822	11 262	+4,1
Solidaritätszuschlag	14378	5,0	14900	5,1	11 386	11 857	+4,1
Versicherungsteuer	11 553	4,0	11 950	4,1	10 253	10 695	+4,3
Stromsteuer	7 009	2,5	6850	2,4	5 9 6 7	5 563	-6,8
Kraftfahrzeugsteuer	8 490	3,0	8 400	2,9	7 3 2 9	7318	-0,2
Kernbrennstoffsteuer	1285	0,5	1 300	0,4	983	-1 762	Х
Branntweinabgaben	2 104	0,7	2 062	0,7	1718	1 674	-2,6
Kaffeesteuer	1 021	0,4	1 040	0,4	829	832	+0,4
Luftverkehrsteuer	978	0,3	980	0,3	783	780	-0,4
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 792	-3,8	-10 450	-3,6	-8 050	-8 000	-0,6
BNE-Eigenmittel der EU	-24787	-8,7	-23 480	-8,1	-21 424	-19 267	-10,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 083	-0,7	-4 140	-1,4	-1 965	-3 705	+88,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 191	-2,5	-7 299	-2,5	-5 992	-6082	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,1	-6 744	-6 744	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	25 645	9,0	21 585	7,4	20 186	21 058	+4,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4886	1,7	6847	2,4	4064	6 0 6 4	+49,2
Zinseinnahmen	191	0,1	245	0,1	175	183	+4,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 978	2,1	2 380	0,8	3 883	2 437	-37,2
Einnahmen zusammen	285 452	100,0	289 782	100,0	223 768	229 707	+2,7

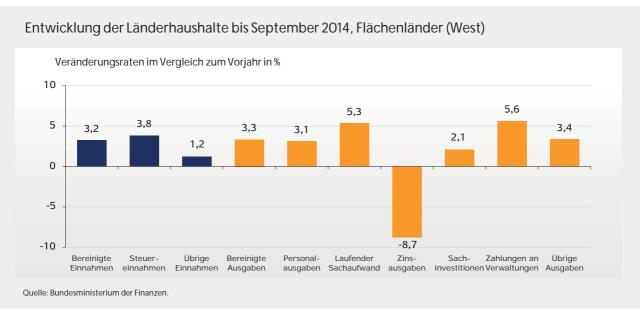
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2014

Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2014

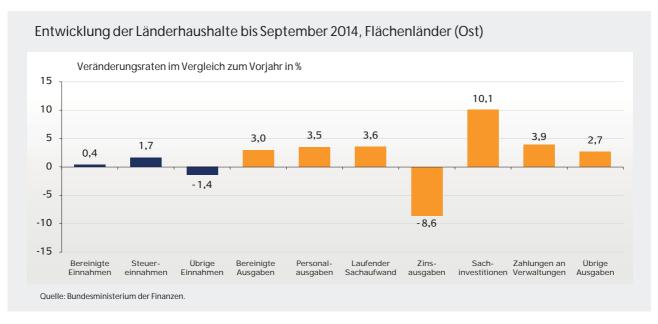
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich September 2014 vor.

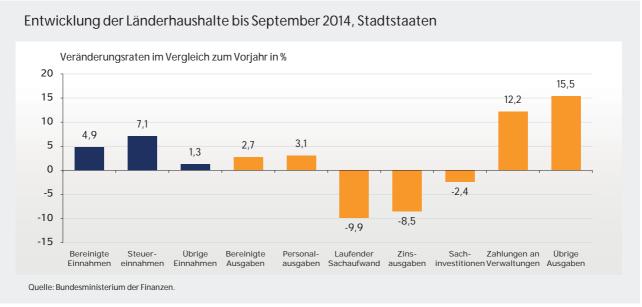
Die Einnahmen der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,0 %, während sich die Ausgaben um 3,3 % erhöhten. Die Steuereinnahmen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 % zu. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug Ende September rund 1,4 Mrd. € und liegt damit rund 0,6 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Derzeit planen die Länder für das Haushaltsjahr 2014 ein Defizit von knapp 11 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2014





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Oktober durchschnittlich 1,59% (1,64% im September).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Oktober 0,84% (0,95% Ende September).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Oktober auf 0,09 % (0,08 % Ende September).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 6. November 2014 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 9 327 Punkte am 31. Oktober (9 474 Punkte am 30. September). Der Euro Stoxx 50 sank von 3 226 Punkten am 30. September auf 3 113 Punkte am 31. Oktober.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im September bei 2,5 % nach 2,1 % im August und 1,8 % im Juli. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Juli bis September 2014 bei 2,1 %, verglichen mit 1,8 % in der Zeit von Juni bis August 2014.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat September auf - 1,8% (- 1,9% im Vormonat). In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung



Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

an Unternehmen und Privatpersonen im September 1,37 % gegenüber 1,23 % im August.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

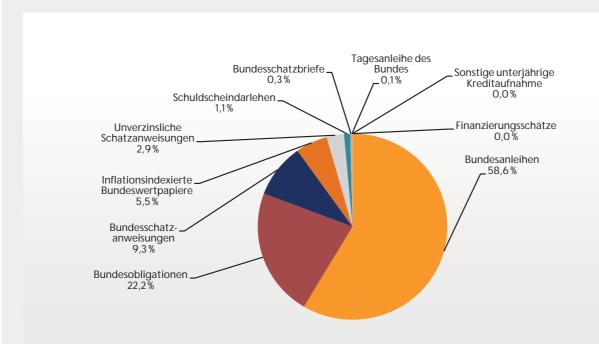
Im September 2014 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 168,3 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 156,0 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 9,0 Mrd. € emittiert, am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 2,7 Mrd. € verkauft und 0,6 Mrd. € sonstige Kreditaufnahme getätigt.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 191,8 Mrd. € (davon 166,2 Mrd. € Tilgungen und 25,6 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 23,5 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 165,1 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushaltes und von 3,0 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und 0,1 Mrd. € für die Finanzierung des Investitionsund Tilgungsfonds eingesetzt.





 $Kreditmarktmittel\,des\,Bundes\,einschließlich\,der\,Eigenbestände:\,1155,2\,Mrd.\,\, \\ \in;\,darunter\,Eigenbestände:\,44,0\,Mrd.\,\,\\ \in;\,darunter\,Eigenbestände:\,44,0\,Mrd.\,\\ \in;\,darunter\,Eigen$

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. €						
Inflations indexierte Bundeswert papiere	-	-	-	-	-	-	-	-	-				-
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	25,0	-	-				49,0
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-	-	-				19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0				45,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	6,0	6,0	6,0	3,0	5,0	5,0	5,0				50,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3				1,4
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				0,1
Tagesanleihe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	-	0,0	-	0,1	-	-	-				0,1
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,0	-	-	0,1	-	-	0,4				1,5
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,2	7,2	22,1	25,2	6,1	18,3	30,2	5,2	20,7				166,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen	9,5	1,1	-0,1	2,4	0,1	0,2	11,1	0,2	1,0				25,6
Entschädigungsfonds		,				,	•		, -				

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	1. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	8. Oktober 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DEOO01137479 WKN 113747	Aufstockung	15. Oktober 2014	2 Jahre/fällig 16. Septemer 2016 Zinslaufbeginn 22. August 2014 erster Zinstermin 16. Septem- ber 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Aufstockung	22. Oktober 2014	30 Jahre/fällig 15. Mai 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	29. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	ca. 4 Mrd. €	
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	5. November 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	ca. 4 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DEOO01137487 WKN113748	Neuemission	12. November 2014	2 Jahre/fällig 16. Dezember 2016 Zinslaufbeginn 14. November 2014 erster Zinstermin 16. Dezem- ber 2015	ca. 5 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	26. November 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	ca. 4 Mrd. €	
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	3. Dezember 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	ca. 3 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137487 WKN113748	Aufstockung	10. Dezember 2014	2 Jahre/fällig 16. Dezember 2016 Zinslaufbeginn 14. November 2014 erster Zinstermin 16. Dezem- ber 2015	ca. 4 Mrd. €	
			4. Quartal 2014 insgesamt	ca. 39 Mrd. €	

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119345 WKN 111934	Neuemission	13. Oktober 2014	6 Monate/fällig 15. April 2015	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119352 WKN 111935	Neuemission	27. Oktober 2014	12 Monate/fällig 28. Oktober 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
			4. Quartal 2014 insgesamt	4 Mrd. €	4 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpaiere insgesamt 2014	Neuemission oder Aufstockung	Am zweiten Dienstag eines Monats außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
davon im 4. Quartal					
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542 WKN 1030541	Aufstockung	14. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	1Mrd.€	1Mrd.€

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rats am 13. und 14. Oktober 2014 in Luxemburg und am 6. und 7. November 2014 in Brüssel

Die Eurogruppe am 13. Oktober und am 6. November 2014 befasste sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Finanzpolitik im Euroraum, der Lage in den Programmländern Zypern und Griechenland sowie der Bankenunion. Darüber hinaus beriet die Eurogruppe am 13. Oktober 2014 den Zusammenhang von Strukturreformen mit der Förderung von Investitionen.

Gemäß der gesamtwirtschaftlichen Herbstprojektion der Europäischen Kommission, die diese am 4. November 2014 veröffentlicht hat, hat die Erholung in diesem Jahr gegenüber den Erwartungen in der Frühjahrsprognose an Schwung verloren. Nach zweijähriger Rezession wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in diesem Jahr zwar erstmals wieder steigen (+ 0,8 %), jedoch schwächer als zunächst erwartet. In den nächsten Jahren wird sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik sukzessive verstärken (2015: +1,1%; 2016: +1,7%).

Die Minister bekräftigten, dass alle Mitgliedstaaten für mehr Wachstum eine glaubwürdige Politik betreiben müssten, wobei die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fortzusetzen sei, notwendige Strukturreformen umzusetzen seien und ein positives Investitionsklima geschaffen werden müsse.

Mit der Beratung zu Strukturreformen zur Förderung von Investitionen setzten die Minister im Oktober ihre breitangelegte Diskussion zu den Empfehlungen an den Euroraum fort. Die Minister waren sich darin einig, dass die Beseitigung regulatorischer Investitionshindernisse im Unternehmensbereich und die Schaffung eines unternehmensfreundlichen Umfelds

entscheidend sind für mehr private
Investitionen und damit für ein höheres
Potentialwachstum und einen hohen
Beschäftigungsstand. Handlungsbedarf
bestehe sowohl auf nationaler als auch auf
EU-Ebene. In diesem Zusammenhang verwies
Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble
in der November-Sitzung auf die deutsche
Investitionsinitiative mit einem Volumen
von 10 Mrd. € als Beitrag der Bundesregierung
zum europäischen Investitionsplan der neuen
Europäischen Kommission.

Die Herbstprojektion der Europäischen Kommission ist auch Grundlage für die Bewertung der von den Mitgliedstaaten gemäß Two-Pack-Verordnung 473/2011 übermittelten Übersichten zu den Haushaltsplanungen. Die Kommission hatte bereits vorab begrüßt, dass die Mitgliedstaaten, zu deren Haushaltsplanungen sie Rückfragen hatte, konstruktiv reagiert hätten. Sie behalte sich jedoch vor, in ihren detaillierten Stellungnahmen, die sie Ende November 2014 vorlegen wird, auf mögliche Risiken hinzuweisen. Die Eurogruppe wird diese Stellungnahmen in der Folge erörtern.

Der Vorsitzende der Eurogruppe berichtete den Ministern vom Eurogipfel am 24. Oktober 2014. Die Eurogruppe im November bekräftigte, sich aktiv an den Arbeiten zu den von den Staats- und Regierungschefs angeforderten Vorschlägen für weitere Schritte zu einer besseren wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euro-Währungsgebiet zu beteiligen.

Zur Lage der Programmländer begrüßte die Eurogruppe im November die Fortschritte Zyperns, insbesondere die Erfüllung der sogenannten Prior Actions (Insolvenz- und Zwangsvollstreckungsreform), nachdem die Troika deren Umsetzung zuvor bestätigt hatte. Die fünfte Programmüberprüfung kann nun zum Abschluss gebracht werden.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Zu Griechenland sind wichtige Teile der vereinbarten Reformen noch nicht umgesetzt. Die Minister appellierten an Griechenland, hier die notwendigen Schritte zügig in die Wege zu leiten. Der erfolgreiche Abschluss der aktuellen Programmüberprüfung ist eine notwendige Basis, um über das weitere Vorgehen zu sprechen. Entscheidungen hierzu standen deshalb in den vergangenen Sitzungen der Eurogruppe noch nicht an.

Zur Bankenunion berichtete die Vorsitzende des Aufsichtsgremiums des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus, Danièle Nouy, über den erfolgreichen Abschluss der Bilanzprüfung und der Stresstests. Am 4. November 2014 hatte die EZB die Aufsicht über die wichtigsten Banken im Euroraum übernommen.

Im Zentrum der Beratungen des ECOFIN-Rats sowohl am 14. Oktober 2014 in Luxemburg als auch am 7. November 2014 in Brüssel standen verschiedene Steuerthemen sowie Fragen zum EU-Haushalt.

Die Minister erzielten im Oktober eine politische Einigung zu einer Änderung der Amtshilferichtlinie. Diese sieht die Übernahme des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten Standards zum automatischen steuerlichen Austausch von Informationen zu Finanzkonten in die Amtshilferichtlinie vor. Das erzielte Ergebnis ist ein großer steuerpolitischer Erfolg, an dem viele politische Akteure in den zurückliegenden Jahren intensiv gearbeitet haben.

Ein weiterer steuerpolitischer Fortschritt konnte mit der Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung zur Unternehmensbesteuerung mit der Schweiz im Rahmen des EFTA-Treffens am Rande des ECOFIN im Oktober erreicht werden. Darin verpflichtet sich die Schweiz zur Abschaffung von fünf steuerlichen Regelungen, die als schädlich für den Steuerwettbewerb eingestuft werden. Im Gegenzug verpflichten sich die EU- Mitgliedstaaten, keine gesetzlichen Schritte gegen diese Regelungen einzuleiten.

Ebenfalls konstruktiv verlief die Debatte zur Revision der Mutter-Tochter-Richtlinie im Oktober. Darin ging es darum, die Richtlinie durch eine allgemeine Missbrauchsklausel als EU-Mindeststandard zu ergänzen und damit eine Nichtbesteuerung grenzüberschreitend gezahlter Dividenden zu vermeiden. Zwar konnte noch keine politische Einigung herbeigeführt werden, da Großbritannien und die Niederlande hier einen parlamentarischen Prüfvorbehalt geltend machten. Die italienische Präsidentschaft äußerte sich aber angesichts der von allen Mitgliedstaaten zugesagten konstruktiven Unterstützung für das Vorhaben zuversichtlich, das Dossier beim ECOFIN-Rat im Dezember 2014 abschließen zu können.

Die italienische Ratspräsidentschaft berichtete im November auch über den Stand der Diskussion der Finanztransaktionsteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit. Sie zeigte sich aufgrund der bisherigen Diskussionen zuversichtlich, dass die an der Verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten zu einem Ergebnis kommen werden. Die Bundesregierung ist weiterhin fest entschlossen, dieses Projekt voranzutreiben. Hierzu betonte Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, dass das Momentum der Fortschritte in anderen steuerlichen Bereichen – wie die Einigung auf den automatischen Informationsaustausch genutzt werden sollte.

Die Präsidentschaft und die Kommission unterrichteten außerdem über den Stand der Verhandlungen zum Richtlinienvorschlag für eine rechtlich verbindliche EU-weit standardisierte Mehrwertsteuererklärung. Aufgabe bei den weiteren Schritten in diesem Dossier sei es, die richtige Balance zwischen der Harmonisierung einerseits und der notwendigen Flexibilität für die Mitgliedstaaten andererseits zu finden.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Bundesregierung und Bundesrat stehen dem Vorschlag allerdings kritisch gegenüber, zumal es mit Blick auf das Verfahrensrecht an einem primärrechtlichen Harmonisierungsauftrag mangelt.

Zur Novellierung der Energiesteuerrichtlinie, für deren Änderung Einstimmigkeit notwendig ist, war das Meinungsbild bei der Beratung im Oktober gespalten. Einige Mitgliedstaaten, so auch Deutschland, befürworteten eine Beendigung der Verhandlungen über die Novellierung der Richtlinie. Aus Sicht der Bundesregierung würde die Übernahme des aktuellen Diskussionsstands keinen Vorteil gegenüber dem Status quo herbeiführen. Angesichts des insgesamt gemischten Meinungsbilds der Mitgliedstaaten ist der weitere Fortgang der Verhandlungen über den Energiesteuerrichtlinienentwurf offen.

In informellem Rahmen wurde im Oktober zudem über weitere Schritte – auch im Rahmen des OECD-Projekts Base Erosion and Profit Shifting (BEPS, Erosion der Besteuerungsgrundlagen und Verlagerung von Gewinnen) hin zu einem fairen Steuerwettbewerb zwischen den Staaten beraten. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble sprach sich neben anderen Ministern im Hinblick auf die BEPS-Problematik klar für ein paralleles Vorgehen aus, das zum einen das Richtlinienvorhaben der EU zur gemeinsamen (konsolidierten) Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage und zum anderen die Beseitigung von Regelungen im EU- beziehungsweise nationalen Recht von EU-Mitgliedstaaten, welche zu BEPS beitragen, weiter befördert.

Auch zum EU-Haushalt fanden in beiden Sitzungen Beratungen statt. Im Oktober informierte die Kommission zum aktuellen Stand der Verhandlungen zum Berichtigungshaushalt 3/2014 und zum Jahreshaushalt 2015 der EU. Nach Angaben der Kommission bedürfe es im laufenden EU-Haushaltsjahr noch weiterer Zahlungsermächtigungen, um die hohen Erstattungsansprüche der Mitgliedstaaten im Bereich der Strukturund Kohäsionsfonds zu bedienen. Zu dieser Thematik zeigte sich unter den Mitgliedstaaten ein geteiltes Meinungsbild: Während einige Mitgliedstaaten für die Bereitstellung zusätzlicher Zahlungsermächtigungen waren, mahnten andere an, dass die Obergrenzen des im letzten Jahr verabschiedeten Mehrjährigen Finanzrahmens einzuhalten seien.

Im November berichtete die Kommission über die Neuberechnung des Saldenausgleichs der von den Mitgliedstaaten an die EU gezahlten Bruttonationaleinkommen (BNE)- und Mehrwertsteuereigenmittel. Die Präsidentschaft fasste die Diskussion der Finanzminister dahingehend zusammen, dass die Kommission gebeten wird, einen Vorschlag vorzulegen, wonach das Eigenmittelrecht so geändert werden soll, dass bei Vorliegen außergewöhnlich hoher Nachzahlungen im Rahmen des Saldenausgleichs – wie es in diesem Jahr der Fall ist – alle Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, ihre Zahlung bis zum 1. September des Folgejahres leisten zu dürfen.

Zum Thema Bankenunion/Bankenabgabe für den Einheitlichen Abwicklungsfonds informierte die Kommission im Oktober über den Sachstand. Die Kommission hat Ende Oktober den delegierten Rechtsakt verabschiedet und den Entwurf für den ergänzenden Durchführungsrechtsakt des Rates vorgelegt.

Der ECOFIN-Rat billigte nach eingehender
Diskussion im Oktober Schlussfolgerungen
zu Maßnahmen zur Förderung von
Investitionen. Dabei wurde der Dreiklang aus
der Fortsetzung der wachstumsfreundlichen
Konsolidierung, der Umsetzung weiterer
Strukturreformen und damit der Verbesserung
der Rahmenbedingungen für Investitionen
betont. Die Minister begrüßten auch die
Aufnahme der Arbeiten der als Ergebnis des
informellen ECOFIN-Treffens in Mailand im
September 2014 ins Leben gerufenen Taskforce.
Die Taskforce soll konkrete, rentable und
schnell durchführbare Investitionsprojekte

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

von europäischer Relevanz identifizieren und damit einen konstruktiven Beitrag zu mehr Investitionen leisten.

Der ECOFIN-Rat nahm zudem die Mitteilung der Kommission zu Forschung und Innovation als Voraussetzung für zukünftiges Wachstum zur Kenntnis. Die italienische Präsidentschaft kündigte an, dass sich der Wettbewerbsfähigkeitsrat mit diesem Thema weiter beschäftigen werde.

Im informellen Rahmen des ECOFIN-Rats im Oktober wurde über den Klima- und Energierahmen 2030 diskutiert, dessen wesentliche Eckpunkte beim Europäischen Rat am 23. und 24. Oktober 2014 festgelegt wurden.

Der ECOFIN-Rat im November nahm Schlussfolgerungen zur Klimaschutzfinanzierung und zu den EU-Statistiken an. Die Schlussfolgerungen zur Klimafinanzierung beinhalten die im Jahr 2013 in der EU geleisteten Beiträge zur Klimaschutzfinanzierung und dienen als Beitrag des ECOFIN-Rats zur internationalen Klimakonferenz in Lima im Dezember 2014. Im diesjährigen Herbststatistik-Paket geht es u. a. um die Sicherstellung der Qualität der Daten und die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Statistikbehörden und der EU.

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

2. Dezember 2014	Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsrat in Berlin
8./9. Dezember 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
18./19. Dezember 2014	Europäischer Rat in Brüssel
20. Januar 2015	Deutsch-Französischer Ministerrat in Berlin
26./27. Januar 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
9./10. Februar 2015	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Istanbul
12./13. Februar 2015	Europäischer Rat in Brüssel
16./17. Februar 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
9./10. März 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
19./20. März 2015	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2015 und des Finanzplans bis 2018

12. März 2014	Kabinettbeschluss zu den Eckwerten Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
6 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
28. Mai 2014	Stabilitätsrat
2. Juli 2014	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
8. August 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
9 12. September 2014	1. Lesung Bundestag
19. September 2014	1. Beratung Bundesrat
4 6. November 2014	Steuerschätzung in Wismar
25 28. November 2014	2./3. Lesung Bundestag
Anfang Dezember 2014	Stabilitätsrat
19. Dezember 2014	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2014	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014
Januar 2015	Dezember 2014	30. Januar 2015
Februar 2015	Januar 2015	20. Februar 2015
März 2015	Februar 2015	24. März 2015
April 2015	März 2015	23. April 2015
Mai 2015	April 2015	22. Mai 2015
Juni 2015	Mai 2015	22. Juni 2015
Juli 2015	Juni 2015	20. Juli 2015
August 2015	Juli 2015	20. August 2015
September 2015	August 2015	21. September 2015
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015

¹ Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS), siehe http://dsbb.imf.org.

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Datensammlung zur Steuerpolitik – Ausgabe 2013

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

 $Bundes ministerium\, der\, Finanzen$

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721 Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Über	rsichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	73
1	Kreditmarktmittel	73
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2013 bis 2018.	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015	
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktioner	n,
	Soll 2014	82
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014	86
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	88
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	90
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	92
12	Entwicklung der Staatsquote	93
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	94
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	96
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	97
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	98
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	99
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	100
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	101
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	102
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	103
Über	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	104
Abb.	.1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014	104
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2014 im Vergleich zum Jahressoll 20	014.104
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes	
	und der Länder bis September 2014	105
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2014	107

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$

Ges	amtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	111
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	112
2	Produktionspotenzial und -lücken	113
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	114
4	Bruttoinlandsprodukt	115
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	117
6	Kapitalstock und Investitionen	121
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	122
8	Preise und Löhne	123
Ken	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	125
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	125
2	Preisentwicklung	126
3	Außenwirtschaft	127
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	129
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	130
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	131
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	132
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	133
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	134
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden,	
	Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	138

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 31. August 2014	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. September 2014					
Gliederung nach Schuldenarten									
Inflations indexier te Bundes wert papiere	62 000	1 000	-	63 000					
Bundesanleihen	671 405	5 000	-	676 405					
Bundesobligationen	252 000	5 000	-	257 000					
Bundesschatzbriefe	3 331	-	263	3 068					
Bundesschatzanweisungen	119 000	4000	15 000	108 000					
Unverzinsliche Schatzanweisungen	36 975	2 001	4996	33 981					
Finanzierungsschätze	4	-	1	3					
Tagesanleihe	1 241	0	22	1 2 1 9					
Schuldscheindarlehen	12 137	-	-	12 137					
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	665	116	386	395					
Kreditmarktmittel insgesamt	1 158 758			1 155 207					

	Stand: 31. August 2014			Stand: 30. September 2014					
Gliederung nach Restlaufzeiten									
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	197 551			194113					
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	375 060			363 965					
langfristig (mehr als 4 Jahre)	586 148			597 130					
Kreditmarktmittel insgesamt	1 158 758			1 155 207					

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

¹10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. September 2014	Belegung am 30. September 2013
		in Mrd. €	
Ausfuhren	165,0	140,5	132,2
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	65,0	44,3	42,2
FZ-Vorhaben	16,7	9,7	5,7
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	107,6	107,7
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,2
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governr	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2014 [Dezember	-	-	-	-	-	-
1	November	-	-	-	-	-	-
(Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
	September	227810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
,	August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 5 7 9
J	luli	184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
J	luni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
1	Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
,	April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	- 18	10 028
	März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	- 126	7 040
F	Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 179
J	lanuar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534
	Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
	November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
	Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4245
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
	luli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
	luni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 3 6 7
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213
	Vlärz	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168
	lanuar	37510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222
	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
	luli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
	luni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
		127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
	Mai April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 2 9 8
	April	82 673	58 613	-24 040	-21711	-77	-2 406
	März	62 345	35 423	-24 040	-16750	- 77	-10 254
	Februar						
J	lanuar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	- 250

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	ment Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	- 41	-16 554
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	- 93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74930	-32 137	-2 388	- 38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	- 653	-115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

		Central Government Debt								
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Carriibalaiatrusasas					
		Outsta	nding debt		Gewährleistungen					
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed					
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt						
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn					
2014 Dezember	-	-	-	-	-					
November	-	-	-	-	-					
Oktober	-	-	-	-	-					
September	194 113	363 965	597 130	1 155 207	459					
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-					
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-					
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452					
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-					
April	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-					
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449					
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-					
Januar	194906	361 641	587 112	1 143 659	-					
2013 Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443					
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-					
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-					
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470					
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-					
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-					
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474					
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	_					
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-					
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472					
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-					
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-					
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470					
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	_					
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	_					
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508					
·	221 918	369 000	540 581	1 131 499						
August	221 482	364 665	532 694	1 118 841	_					
Juli	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459					
Juni	226511	367 003	535 842	1 129 356						
Mai	226 581	362 000	524 423	1 113 004						
April				1112084	/E/					
März	214 444	351 945	545 695		454					
Februar	217 655	364983	535 836	1 118 475	-					
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-					

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			Central Government D	ebt				
	Kr	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten						
		Outstanding debt						
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed			
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt				
		in M	lio. €/€ m		in Mrd. €/€ bn			
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378			
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-			
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-			
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376			
August	237 224	357 519	534543	1 129 286	-			
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-			
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361			
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-			
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-			
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348			
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-			
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-			
2010 Dezember	234986	335 073	534991	1 105 505	343			
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-			
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-			
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336			
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-			
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-			
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335			
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-			
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-			
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311			
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-			
Januar	245 822	328 119	480 327	1054 268				

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2013 bis 2018 Gesamtübersicht

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist Soll			Finanzplan	
			Mrd	d. €		
1. Ausgaben	307,8	296,5	299,5	310,6	319,9	329,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,3	- 3,7	+ 1,0	+ 3,7	+ 3,0	2,9
2. Einnahmen ¹	285,5	289,8	299,2	310,3	319,6	329,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 1,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,9
darunter:						
Steuereinnahmen	259,8	268,2	278,5	292,9	300,7	311,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,5	+ 3,2	+ 3,9	+ 5,2	+ 2,7	+ 3,7
3. Finanzierungssaldo	-22,4	-6,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	7,3	2,3	0,1	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	238,6	204,3	189,5	207,0	186,8	197,5
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	7,9	2,6	-1,0	-3,1	0,8	0,2
6. Tilgungen (+)	224,4	200,3	188,5	203,9	187,6	197,7
7. Nettokreditaufnahme	22,1	6,5	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	33,5	29,9	26,1	27,2	27,9	27,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,8	- 10,8	- 12,6	+ 4,3	+ 2,6	- 2,4
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Juli 2014.

¹Gemäß § 13 Abs. 4 Nr. 3 BHO.

 $^{^2\,} Nach\, Ber \ddot{u}ck sichtigung\, der\, Eigenbestandsver \ddot{a}nderung.$

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
Ausgabeart		Ist			Soll	RegEntwurf ¹		
			in Mi	o. €				
Ausgaben der laufenden Rechnung								
Personalausgaben	28 196	27 856	28 046	28 575	28 907	29 839		
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 119	21 943		
Ziviler Bereich	9 443	9 2 7 4	9 289	9 599	10974	11 993		
Militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	10 145	9 950		
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7 788	7 896		
Ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2619	2 694	2 737		
Militärischer Bereich	4 620	4682	4889	5018	5 094	5 159		
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 703	23 152	24 196	24 340		
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 384	1 453	1 289	1 3 6 7		
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	9 989	9 685		
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	12 918	13 288		
Zinsausgaben	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	26 969		
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31302	27 618	26 969		
Sonstige	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	26 969		
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42		
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	27 576	26 927		
an Ausland	8	- 0	-	-	-	-		
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	187 734	190 781	187 196	192 150		
an Verwaltungen	14 114	15 930	17 090	27 273	20 718	22 543		
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	13 976	15 663		
Gemeinden	17	12	8	8	7	6		
Sondervermögen	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	13 829	6734	6 873		
Zweckverbände	1	1	1	0	1	0		
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 478	169 607		
Unternehmen	24212	23 882	24 225	25 024	26 707	26 840		
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	26718	26307	27 055	27 471	27 826		
an Sozial versicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104320	107310		
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 960	1 955		
an Ausland	4216	3 958	5 017	6 075	6018	5 675		
an Sonstige	3	2	2	5	2	2		
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	269 971	273 811	267 916	273 299		

 $^{^1} Stand: Kabinett be schluss vom \, 2. \, Juli \, 2014.$

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart		Ist			Soll	RegEntwurf
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 760	7 895	7 809	7 766
Baumaßnahmen	6 242	5814	6147	6 2 6 4	6 273	6 241
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	996	1 040
Grunderwerb	503	492	629	611	541	486
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	16 005	15 327	16 892	17 446
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14589	15 524	14772	16 264	16 770
an Verwaltungen	5 209	5 2 4 3	5 789	4924	4805	4923
Länder	5 142	5 178	5 152	4873	4736	4836
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	69	86
Sondervermögen		-	581	-	1	1
an andere Bereiche	9 735	9346	9 735	9848	11 459	11 848
Sonstige - Inland	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6393	6 3 3 1	6 790
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 128	5 057
Sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	628	676
an andere Bereiche	406	695	480	555	628	676
Unternehmen - Inland	0	260	4	7	30	30
Sonstige - Inland	137	123	129	141	134	136
Ausland	269	311	348	406	464	510
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	3 613	13 040	10 810	5 780	1 552
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2736	2 032	1 294	1 551
an Verwaltungen	1	1	1	0	1	1
Länder	1	1	1	0	1	1
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 293	1 551
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	905	1 154
Ausland	1 587	1710	1 666	1 435	388	397
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10304	8 778	4 486	1
Inland	13	0	0	91	143	1
Ausland	797	788	10304	8 687	4343	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	36 804	34 032	30 481	26 764
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	25 378	36324	33 477	29 853	26 089
Globale Mehr-/Minderausgaben	-		-	-	-1 897	- 564
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 775	307 843	296 500	299 500

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 2. Juli 2014.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Ausgaben	Ausgaben der	Personal-	Laufender		Laufende
		zusammen	laufenden Rechnung	ausgaben	Sachaufwand	Zinsausgaben	Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	69 602	59 699	25 128	19 681	-	14 890
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 949	13 662	3 854	1 623	-	8 185
02	Auswärtige Angelegenheiten	14 451	5 557	549	199	-	4808
03	Verteidigung	32 366	32 173	15 239	15 836	-	1 098
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4355	3 968	2 482	1 220	-	267
05	Rechtsschutz	478	445	270	131	-	43
06	Finanzverwaltung	4 004	3 894	2 733	672	-	489
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	19 304	16 016	516	960	-	14 540
13	Hochschulen	4947	3 952	12	10	-	3 9 3 1
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	2 708	2 703	-	0	-	2 703
15	Sonstiges Bildungswesen	281	211	10	73	-	128
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 598	8 558	494	866	-	7 199
19	Übrige Bereiche aus 1	769	591	1	10	-	580
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	147 876	147 272	180	242	-	146 850
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	99 691	99 691	36	0	-	99 655
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 343	7 3 4 2	-	0	-	7 3 4 2
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 300	1 828	-	3	-	1 824
25	Arbeitsmarktpolitik	31 400	31 282	1	73	-	31 208
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	354	351	-	25	-	326
29	Übrige Bereiche aus 2	6 789	6 779	143	141	-	6 495
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 008	1 140	354	461	-	325
31	Gesundheitswesen	597	531	207	238	-	86
32	Sport und Erholung	135	119	0	4	-	116
33	Umwelt- und Naturschutz	671	311	89	160	-	62
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	605	179	58	59	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 192	819	-	12	-	807
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 680	809	-	2	-	807
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	508	10	-	10	-	0
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	0	-	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	960	543	15	225	-	302
52	Landwirtschaft und Ernährung	932	516	-	216	-	300
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	131	131	-	103	-	28
529	Übrige Bereiche aus 52	802	386	-	113	-	272
599	Übrige Bereiche aus 5	28	27	15	9	-	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	996	4 175	4 732	9 903	9 888
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	229	57	-	286	286
02	Auswärtige Angelegenheiten	123	4039	4732	8 894	8 893
03	Verteidigung	141	52	-	193	178
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	359	27	-	387	387
05	Rechtsschutz	33	-	-	33	33
06	Finanzverwaltung	110	0	-	110	110
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	140	3 148	-	3 288	3 288
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	5	-	5	5
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	137	1 902	-	2 040	2 040
19	Übrige Bereiche aus 1	1	178	-	179	179
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	8	596	1	604	22
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	-	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	470	1	473	8
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	-	10	10
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	481	386	-	868	868
31	Gesundheitswesen	57	9	-	66	66
32	Sport und Erholung	0	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	354	-	360	360
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	418	8	-	426	426
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 369	4	1 373	1 373
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	867	4	871	871
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	497	-	497	497
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	416	1	417	417
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	416	1	416	416
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	416	1	416	416
599	Übrige Bereiche aus 5	1	1	_	1	1

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 180	2 540	68	423	-	2 050
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 621	1 591	-	0	-	1 591
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	428	376	-	35	-	341
65	Handel und Tourismus	376	376	-	313	-	62
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 005	95	-	41	-	54
69	Regionale Fördermaßnahmen	603	11	-	10	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	80	79	68	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 421	4 071	1 019	1 952	-	1 101
72	Straßen	7 435	1 041	-	898	-	143
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 785	902	547	284	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 553	79	-	5	-	74
75	Luftfahrt	355	211	58	25	-	127
799	Übrige Bereiche aus 7	2 294	1 839	413	740	-	686
8	Finanzwirtschaft	33 957	35 815	1 627	240	27 618	6 330
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 675	5 675	-	-	-	5 675
82	Steuern und Finanzzuweisungen	693	655	-	-	-	655
83	Schulden	27 621	27 621	-	3	27618	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	577	577	577	-	-	-
88	Globalposten	-847	1 050	1 050	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	238	238	-	237	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	296 500	267 916	28 907	24 196	27 618	187 196

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	738	900	1 639	1 609
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	30	-	30	30
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	52	-	52	52
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	30	-	30	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	10	900	910	910
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 182	6 025	143	12 350	12 350
72	Straßen	4976	1 418	-	6 3 9 4	6 3 9 4
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	883	-	-	883	883
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4 474	-	4 474	4 474
75	Luftfahrt	1	-	143	144	144
799	Übrige Bereiche aus 7	322	133	-	455	455
8	Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	ıller Hauptfunktionen	7 809	16 892	5 780	30 481	29 853

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degenstand der Nachweisung				I	st-Ergebniss	е			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+ 12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	- 0,1	+7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	-0,1	-0,4	- 27,1	-0,2	-0,7	-0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-		-		-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
öffentlichen Gesamthaushalts ²		7.2	12.1	16.1	17.1	20.1	240	20.1	22.6
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen ³	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+ 1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47.2	0.0	44,9	42,5	42,
Steueraufkommen ⁴	70	54,0		40,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand ²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand del Nacriweisung			Is	t-Ergebnisse				Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	296,5	299
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	0,3	-3,7	1,
Einnahmen	Mrd.€	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	289,8	299
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	1,5	3
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	- 6,7	- 0
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	-22,1	- 6,5	0
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,3	-0,3	-0,3	- 0,3	-0,3	- 0,3	-0,2	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	-	-	-	-		-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-		-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	28,9	29
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,9	1,2	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,7	10
Anteil an den Personalausgaben des	0/	15.0	140	140	12.1	12.0	12.7	12.5	12
öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,5	12
Zinsausgaben	Mrd. €	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	27,6	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	-7,1	2,7	- 11,8	- 2
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	9,3	9
Anteil an den Zinsausgaben des öffentllichen Gesamthaushalts ²	%	59,7	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	47,6	48
Investive Ausgaben	Mrd. €	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,9	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-7,2	11,5	-3,8	- 2,7	43,1	- 7,8	- 10,8	- 12
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	10,1	8
Anteil an den investiven Ausgaben des									
öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	37,1	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	35,1	31
Steuereinnahmen ³	Mrd. €	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	268,2	278
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1,5	3,2	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	90,5	93
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	92,6	93
Anteil am gesamten	%	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	41,9	41
Steueraufkommen ⁴ Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	- 6,5	0
Anteil an den Bundesausgaben	wird. €	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	2,2	
Anteil an den investiven Ausgaben des									0
Bundes	%	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	21,8	0
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 111,2	- 38,0	- 55,9	- 67,0	-83,4	- 169,9	- 162,5	0
öffentlichen Gesamthaushalts ²	70	,	,5	,3	2.,3	,.	,5	,0	
nachrichtlich: Schuldenstand ²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0		
darunter: Bund	Mrd. €	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3		

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 2. Juli 2014.

 $^{^2}$ Stand Juli 2014; 2014 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 $^{^3\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Abzug}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Erg\ddot{a}nzung}\mathrm{szuwe}\mathrm{isungen}\,\mathrm{an}\,\mathrm{L\ddot{a}nder}.$

⁴ Ab 1991 Gesamtdeutschland.

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamth

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,9	780,2	786,3
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	751,9	753,1	772,6
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,6
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	45,8	51,4	68,4	55,3	80,9	70,0	75,3
Einnahmen	44,0	45,5	47,7	48,6	86,2	70,5	83,1
Finanzierungssaldo	-1,8	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	7,8
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	307,9	322,5	344,5	346,4	362,5	359,4	357,2
Einnahmen	291,3	304,8	289,3	295,3	350,1	337,1	342,6
Finanzierungssaldo	-16,5	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-14,5
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	48,4	44,2	46,3
Einnahmen	-	-	-	-	48,0	44,8	48,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-0,4	0,6	1,7
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,0	195,6
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	188,8	197,3
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	1,8	1,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,6	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4
Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	163,9	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7
Einnahmen	172,2	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8
Finanzierungssaldo	8,3	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			Veränderun	gen gegenübei	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,6	0,3	0,8
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,7	0,2	2,6
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-5,7	12,1	33,2	-19,1	46,2	-13,5	7,6
Einnahmen	0,9	3,5	4,7	1,9	77,5	-18,2	17,9
Bund insgesamt							
Ausgaben	1,4	4,7	6,8	0,5	4,6	-0,9	-0,6
Einnahmen	7,7	4,6	-5,1	2,1	18,6	-3,7	1,6
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-8,7	4,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-6,7	7,0
Länder insgesamt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	15,1	2,2	4,3
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1	4,7
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,3	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0
Einnahmen	2,6	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2
Gemeinden insgesamt	,		,		·	,	,
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2
Einnahmen	6,0	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Juli 2014.

 $Bis\,2010\,sind\,als\,Extra haushalte\,ausge w\"{a}hlte\,Sonderverm\"{o}gen\,der\,jeweiligen\,Ebene\,ausge wiesen.$

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

¹ Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
	inomonant		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	Incaccamt		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublil	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014 ²	640,9	333,2	307,7	52,0	48,0
2015 ²	660,2	344,8	315,4	52,2	47,8
2016 ²	683,7	360,9	322,8	52,8	47,2
2017 ²	707,8	379,0	328,8	53,5	46,5
2018 ²	734,6	398,3	336,3	54,2	45,8
2019 ²	760,3	416,3	343,9	54,8	45,2

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1977); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2014.

² Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der V	olkswirtschaftlicher	Gesamtrechnungen ²	Abgr	enzung der Finanzs	tatistik ³
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation 2	zum BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,8	21,4	15,4
1992	39,1	22,4	16,7	37,9	22,1	15,8
1993	39,5	22,3	17,2	38,2	21,9	16,3
1994	40,1	22,4	17,7	38,5	21,9	16,6
1995	40,1	22,0	18,1	38,8	22,0	16,8
1996	40,5	21,8	18,7	38,7	21,3	17,4
1997	40,5	21,5	19,0	38,5	20,8	17,7
1998	40,7	22,0	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,5	23,0	18,5	39,2	22,0	17,2
2000	41,3	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,5	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,9	21,0	17,9	36,6	20,0	16,6
2003	39,2	21,1	18,1	36,8	20,0	16,8
2004	38,3	20,6	17,7	35,9	19,5	16,4
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,7	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,1	20,4	15,7
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	36,9	21,3	15,6
2010	38,0	21,4	16,5	35,9	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,2
2012	39,1	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,3	22,7	16,6	38	22,6	15,4

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

³ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1, 2}

	Ausgaben des Staates								
labor.		darunter							
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³						
		in Relation zum BIP in %							
1960	32,9	21,7	11,2						
1965	37,1	25,4	11,6						
1970	38,5	26,1	12,4						
1975	48,8	31,2	17,7						
1980	46,9	29,6	17,3						
1985	45,2	27,8	17,4						
1990	43,6	27,3	16,4						
1991	46,0	28,5	17,5						
1992	47,0	28,3	18,7						
1993	47,8	28,5	19,4						
1994	47,9	28,4	19,5						
1995 ⁴	48,1	28,1	20,0						
1995	54,6	34,6	20,0						
1996	48,8	28,0	20,9						
1997	48,0	27,3	20,7						
1998	47,6	27,1	20,6						
1999	47,6	27,0	20,6						
2000 ⁵	47,1	26,5	20,6						
2000	44,7	24,1	20,6						
2001	46,9	26,3	20,6						
2002	47,3	26,2	21,0						
2003	47,8	26,4	21,4						
2004	46,3	25,7	20,6						
2005	46,1	25,9	20,2						
2006	44,6	25,3	19,3						
2007	42,7	24,3	18,4						
2008	43,5	25,0	18,4						
2009	47,4	27,1	20,4						
2010	47,2	27,5	19,7						
2011	44,6	25,8	18,8						
2012	44,2	25,4	18,8						
2013	44,3	25,4	19,0						

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

 $^{^5\,}Ohne\,Erl\"{o}se\,aus\,der\,Versteigerung\,von\,Mobilfunkfrequenzen.\,In\,der\,Systematik\,der\,VGR\,\,wirken\,diese\,Erl\"{o}se\,ausgabensenkend.$

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sch	nulden (in Mio. €)		
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959918	991 283
Kreditmarktmittel i. w. S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i. w. S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite		-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i. w. S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i. w. S.		-	-	986	1 124	1 3 2 5	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10		25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i. w. S.	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76381	76 386
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2771
Kreditmarktmittel i. w. S.	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 394 972	1 464 845	1 534 966	1 583 743	1 592 903	1 660 237	1 778 453
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357		-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650		-		-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse		-		16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin		-		-		8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds		_		_	-	_	7 49

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	
			Sc	hulden (in Mio. €	E)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56	
Kernhaushalte		-	-	-		-	53	
Kreditmarktmittel i. w. S.		-	-	-		-	53	
Kassenkredite		-	-	-		-		
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	3	
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	3	
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-		
			Anteila	an den Schulden	(in %)			
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62	
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58	
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3	
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31	
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6	
Gesetzliche Sozialversicherung		-	-	-	-	-	(
nachrichtlich:							(
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37	
			Anteil de	er Schulden am B	BIP (in %)			
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,1	64,8	64,7	61,8	61,7	69	
Bund	37,3	38,3	39,3	39,8	38,1	38,5	42	
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,5	37,5	37,5	40	
Extrahaushalte	2,7	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2	
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21	
Gemeinden	4,9	4,9	5,0	4,7	4,4	4,3	2	
Gesetziche Sozialversicherung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	C	
achrichtlich:								
Länder und Gemeinden	24,0	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26	
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,6	66,8	66,3	63,5	64,9	72	
	Schulden insgesamt (in €)							
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 6	
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 2 1 7	2 268	2 298	2 390	2 5 1 0	2 558	2 4	
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86	

 $^{^1 \,} Kredit markt schulden \, im \, weiteren \, Sinne \, zuzüglich \, Kassen kredite.$

 ${\it Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik ¹

	2010	2011	2012	2013
		in N	⁄lio.€	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 037 956
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6	72,5
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 293
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 257 284
Kassenkredite	16 256	7313	14338	20 009
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 085 775
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 518
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24328
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	39
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624914
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948
Kassenkredite	4930	3 748	6304	3 966
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 539
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 118
Wertpapierschulden und Kredite	84363	85 613	87 758	87 735
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383
Kernhaushalte	115 253	121 092	126331	125 904
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846	9 215
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625
Kassenkredite	0	58	4	6
Kernhaushalte	506	735	627	598
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33
Schulden insgesamt (in €)				
je Einwohner	24 607	25 215	25 685	25 289
Maastricht-Schuldenstand	2 067 441	2 095 625	2 173 639	2 159 468
in Relation zum BIP in %	80,3	77,6	79,0	76,9
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 576	2 699	2 750	2 809
Einwohner (30. Juni)	81 750 716	80 327 900	80 523 746	80 585 684

 $^{^{1}} Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, Bundesministerium \, der \, Finanzen, \, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2 \,} Einschließlich \, aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$

 $^{^3\,}Zweck verbände \,des\,Staatssektors\,unabhängig\,von\,der\,Art\,des\,Rechnungswesens.$

 $^{^4}$ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesamt	rechungen ²		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP ir	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-44,9	-55,8	10,9	-2,8	-3,5	0,7	-62,7	-4,0
1992	-41,9	-39,9	-2,0	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-51,6	-54,2	2,6	-3,0	-3,1	0,1	-70,5	-4,0
1994	-44,6	-46,1	1,5	-2,4	-2,5	0,1	-59,5	-3,2
1995	-177,2	-169,4	-7,8	-9,3	-8,9	-0,4	-	-
1995 ⁴	-57,6	-49,8	0,0	-3,0	-2,6	0,0	-55,9	-2,9
1996	-65,2	-57,9	-7,4	-3,4	-3,0	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-55,6	-55,8	0,2	-2,8	-2,8	0,0	-48,1	-2,4
1998	-48,9	-50,1	1,2	-2,4	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-31,7	-35,6	3,9	-1,5	-1,7	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-30,1	-28,8	0,0	-1,4	-1,4	0,0	-	-
2000	20,7	22,0	-1,3	1,0	1,0	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-66,5	-61,2	-5,3	-3,1	-2,8	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-85,8	-78,5	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-90,3	-83,0	-7,3	-4,1	-3,7	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-83,1	-82,0	-1,1	-3,7	-3,6	0,0	-65,5	-2,9
2005	-75,0	-69,8	-5,1	-3,3	-3,0	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,0	-41,3	4,3	-1,5	-1,7	0,2	-40,5	-1,7
2007	7,8	-2,5	10,2	0,3	-0,1	0,4	-0,6	0,0
2008	-0,5	-7,0	6,4	0,0	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-74,5	-60,1	-14,4	-3,0	-2,4	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-104,8	-108,7	3,9	-4,1	-4,2	0,2	-78,7	-3,1
2011	-23,3	-38,7	15,4	-0,9	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,6	-15,7	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	4,2	-1,9	6,1	0,1	-0,1	0,2	-13	- 1/2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 2010 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2011: Rechnungsergebnisse, 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen.

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land									
	1995	2000²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	-9,3	1,0	-3,3	-4,1	0,1	0,1	0,2	0,0	0,2
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,0	-2,8	-2,8
Estland	-	-	-	0,2	-0,3	-0,5	-0,4	-0,6	-0,5
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,4	-2,9	-2,6	-2,3
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,9	-4,1	-4,4	-4,5	-4,7
Griechenland	-	-	-	-11,1	-8,6	-12,2	-1,6	-0,1	1,3
Irland	-2,2	4,8	1,6	-32,4	-8,0	-5,7	-3,7	-2,9	-3,0
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,8	-3,0	-2,7	-2,2
Lettland	-1,4	-2,8	-0,4	-8,2	-0,8	-0,9	-1,1	-1,2	-0,9
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,6	0,1	0,6	0,2	-0,4	-0,6
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-3,7	-2,7	-2,5	-2,6	-2,0
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-4,0	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8
Österreich	-6,2	-2,1	-2,5	-4,5	-2,3	-1,5	-2,9	-1,8	-1,1
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,5	-4,9	-4,9	-3,3	-2,8
Slowakei	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-3,0	-2,6	-2,3
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,5	-5,7	-3,7	-14,6	-4,4	-2,9	-2,7
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,3	-6,8	-5,6	-4,6	-3,9
Zypern	-0,8	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4
Euroraum	-	-	-	-6,1	-3,6	-2,9	-2,6	-2,4	-2,1
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,5	-1,2	-3,6	-3,7	-3,8
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,9	-0,7	-1,0	-2,3	-2,0
Kroatien	-	-	-3,7	-6,0	-5,6	-5,2	-5,6	-5,5	-5,6
Litauen	-	-	-0,5	-6,9	-3,2	-2,6	-1,2	-1,4	-0,8
Polen	-	-	-	-7,6	-3,7	-4,0	-3,4	-2,9	-2,8
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-3,0	-2,2	-2,1	-2,8	-2,5
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,3	-2,4	-1,8	-1,2
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-4,0	-1,3	-1,4	-2,1	-1,7
Ungarn	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,3	-2,4	-2,9	-2,8	-2,5
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-8,3	-5,8	-5,4	-4,4	-3,4
EU	-	-	-	-6,4	-4,2	-3,2	-3,0	-2,7	-2,3
Japan	-4,1	0,8	-4,2	-12,0	-8,9	-5,6	-4,9	-4,3	-3,9
USA	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,8	-7,5	-6,4	-5,4

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95. Ab September 2014 ist für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der EU das ESVG 2010 maßgeblich.

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat. Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

 $^{^{2}\,\}mathrm{Alle}\,\mathrm{Angaben}$ ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land					in % des BIP				
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	58,7	66,8	80,3	79,0	76,9	74,5	72,4	69,6
Belgien	131,1	109,1	94,8	99,6	104,0	104,5	105,8	107,3	107,8
Estland	8,2	5,1	4,5	6,5	9,7	10,1	9,9	9,6	9,5
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	53,0	56,0	59,8	61,7	62,4
Frankreich	55,5	58,4	67,0	81,5	89,2	92,2	95,5	98,0	99,8
Griechenland	93,2	99,6	106,8	146,0	156,9	174,9	175,5	168,8	157,8
Irland	78,7	36,3	26,2	87,4	121,7	123,3	110,5	109,4	106,0
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	122,2	127,9	132,2	133,8	132,7
Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	40,9	38,2	40,3	36,6	35,1
Luxemburg	7,7	6,1	6,3	19,6	21,4	23,6	23,0	24,3	25,4
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,9	69,8	71,0	71,0	69,8
Niederlande	73,5	51,3	49,4	59,0	66,5	68,6	69,7	70,3	69,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,7	81,2	87,0	86,1	84,0
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	124,8	128,0	127,7	125,1	123,7
Slowakei	21,7	49,6	33,8	41,1	52,1	54,6	54,1	54,9	54,7
Slowenien	18,3	25,9	26,3	37,9	53,4	70,4	82,2	82,9	80,6
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	84,4	92,1	98,1	101,2	102,1
Zypern	47,9	55,2	63,4	56,5	79,5	102,2	107,5	115,2	111,6
Euroraum	70,6	67,9	69,1	83,8	90,8	93,1	94,5	94,8	93,8
Bulgarien	-	70,1	27,1	15,9	18,0	18,3	25,3	26,8	30,2
Dänemark	71,3	52,4	37,4	42,9	45,6	45,0	44,1	45,1	45,6
Kroatien	-		38,6	52,8	64,4	75,7	81,7	84,9	89,0
Litauen	11,5	23,6	18,3	36,3	39,9	39,0	41,3	41,6	41,3
Polen	48,4	36,4	46,6	53,6	54,4	55,7	49,1	50,2	50,1
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,3	37,9	39,4	40,4	41,1
Schweden	69,9	51,3	48,2	36,7	36,4	38,6	40,3	40,1	39,4
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,5	45,7	44,4	44,7	45,2
Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	78,5	77,3	76,9	76,4	75,2
Vereinigtes Königreich	48,3	39,1	41,5	76,4	85,5	87,2	89,0	89,5	89,9
EU	-	-	61,8	78,4	85,0	87,1	88,1	88,3	87,6
Japan	68,8	53,1	64,9	94,8	102,9	104,7	105,1	104,6	104,4
USA	95,1	143,8	186,4	216,0	237,3	244,0	246,1	248,0	248,8

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat. Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lond		Steuern in % des BIP											
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,7	23,2		
Belgien	21,3	27,5	30,3	29,2	30,8	30,1	30,1	28,7	29,5	29,9	30,8		
Dänemark	28,8	38,2	44,8	47,7	47,6	47,9	46,8	46,8	46,4	46,7	47,1		
Finnland	28,3	29,1	31,1	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,9	31,1	31,0		
Frankreich	22,5	21,1	24,3	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4	28,3		
Griechenland	12,3	13,8	16,6	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,5	21,6	23,1		
Irland	23,3	24,5	29,2	27,5	26,7	26,3	24,1	22,1	21,8	23,3	24,2		
Italien	16,8	13,7	22,0	27,4	30,0	30,3	29,6	29,7	29,5	29,6	30,9		
Japan	13,9	14,5	18,6	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	16,8	-		
Kanada	23,8	28,3	27,6	30,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,8	25,9		
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	27,3	29,1	25,8	26,7	27,3	26,5	26,0	26,8		
Niederlande	22,7	25,1	23,7	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,8	23,7	-		
Norwegen	26,1	29,5	33,8	31,3	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,0	32,6		
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,6	27,8	28,3		
Polen	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	20,9	-		
Portugal	12,4	12,5	18,1	21,5	22,9	24,0	23,7	21,7	22,3	23,7	23,5		
Schweden	29,2	33,2	35,6	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,1	34,0		
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,6	21,1		
Slowakei	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5	16,1		
Slowenien	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	23,0	22,1	22,2		
Spanien	10,5	9,7	16,3	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,3	20,1	21,1		
Tschechien	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	18,9	18,8	19,5	19,9		
Ungarn	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,1	24,1	26,2		
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	27,7	30,2	29,1	29,0	27,4	28,2	29,1	28,4		
Vereinigte Staaten	21,4	19,6	18,4	20,1	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9		

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

 $^{^3\,1970\,}bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Lond		Steuern und Sozialabgaben in % des BIP												
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012			
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,1	37,2	37,5	36,1	36,5	37,4	36,2	36,9	37,6			
Belgien	31,1	39,4	44,3	43,5	44,7	43,6	44,0	43,1	43,5	44,1	45,3			
Dänemark	30,0	38,4	46,1	48,8	49,4	48,9	47,8	47,8	47,4	47,7	48,0			
Finnland	30,4	36,6	39,8	45,7	47,2	43,0	42,9	42,8	42,5	43,7	44,1			
Frankreich	34,2	35,5	42,8	42,9	44,4	43,7	43,5	42,5	42,9	44,1	45,3			
Griechenland	18,0	19,6	25,8	29,1	34,3	32,5	32,1	30,5	31,6	32,2	33,8			
Irland	24,9	28,4	34,2	32,1	30,9	31,1	29,2	27,6	37,4	27,9	28,3			
Italien	25,5	25,4	33,6	39,9	42,0	43,2	43,0	43,4	43,0	43,0	44,4			
Japan	17,8	20,4	26,7	26,4	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	-			
Kanada	25,2	31,4	31,9	34,9	34,9	32,3	31,6	31,4	30,6	30,4	30,7			
Luxemburg	27,7	32,8	39,5	37,1	39,1	35,6	37,3	39,0	37,3	37,0	37,8			
Niederlande	32,8	40,7	42,4	41,5	39,6	38,7	39,2	38,2	38,9	38,6	-			
Norwegen	29,6	39,2	42,6	40,9	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,5	42,2			
Österreich	33,9	36,7	40,9	41,4	43,0	41,8	42,8	42,4	42,2	42,3	43,2			
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,8	34,2	31,7	31,7	32,3	-			
Portugal	15,9	19,1	24,5	29,3	30,9	32,5	32,5	30,7	31,2	33,0	32,5			
Schweden	33,3	41,3	47,4	47,5	51,4	47,4	46,4	46,6	45,4	44,2	44,3			
Schweiz	17,5	23,8	25,2	26,9	29,3	27,7	28,1	28,7	28,1	28,6	28,2			
Slowakei	-	-	-	40,3	34,1	29,5	29,5	29,1	28,3	28,7	28,5			
Slowenien	-	-	-	39,0	37,3	37,7	37,1	37,0	38,1	37,1	37,4			
Spanien	14,7	18,4	27,6	32,1	34,3	37,3	33,1	30,9	32,5	32,2	32,9			
Tschechien	-	-	-	35,9	34,0	35,9	35,0	33,8	33,9	34,9	35,5			
Ungarn	-	-	-	41,5	39,3	40,3	40,1	39,9	38,0	37,1	38,9			
Vereinigtes Königreich	30,4	34,9	37,0	33,6	36,4	35,7	35,8	34,2	34,9	35,7	35,2			
Vereinigte Staaten	24,7	24,6	24,6	26,7	28,4	26,9	25,4	23,3	23,8	24,0	24,3			

 $^{^{\}rm 1}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

		Gesamtausgaben des Staates in % des BIP												
Land	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	44,7	46,1	44,6	42,7	43,5	47,4	47,2	44,6	44,2	44,3	44,3	44,6	44,3
Belgien	52,0	48,7	50,9	47,7	47,6	49,4	53,2	52,3	53,2	54,8	54,4	53,8	53,4	53,3
Estland	-	-	-	-	-	-	-	40,4	38,0	39,7	38,9	38,9	39,5	39,4
Finnland	61,1	48,0	49,3	48,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,3	57,8	58,9	58,9	58,7
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,5	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,7	57,1	57,9	58,1	57,8
Griechenland	-	-	-	44,8	46,8	50,5	54,0	52,1	53,7	53,8	59,2	48,5	45,9	43,5
Irland	40,9	31,1	33,5	34,1	36,0	42,0	47,6	66,1	46,1	42,2	40,5	38,7	36,8	36,3
Italien	51,8	45,5	47,1	47,6	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,4	50,5	50,8	50,4	49,7
Lettland	35,7	37,7	34,2	36,0	33,9	37,0	43,4	44,2	38,9	36,6	35,7	35,4	34,9	34,0
Luxemburg	38,5	36,4	42,5	39,6	38,1	39,4	45,0	43,9	42,3	43,4	43,8	44,0	44,0	43,7
Malta	39,1	40,2	42,2	42,3	41,1	42,6	41,9	41,0	40,9	42,7	42,5	43,5	44,2	43,3
Niederlande	53,7	41,7	42,7	43,5	42,8	43,8	48,2	48,2	47,0	47,5	46,8	47,3	46,8	46,2
Österreich	54,9	50,3	51,0	50,2	49,1	49,8	54,1	52,8	50,9	51,0	50,9	52,8	51,9	51,3
Portugal	42,6	42,6	46,7	45,2	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	50,1	49,5	47,7	47,1
Slowakei	48,2	51,8	39,3	38,5	36,1	36,4	43,8	42,0	40,6	40,2	41,0	40,9	40,5	39,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	44,2	42,2	44,0	48,5	49,2	49,8	48,1	59,7	49,6	47,4	46,6
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,4	47,3	44,3	43,9	43,1	42,1
Zypern	30,9	34,3	39,5	39,0	38,0	38,7	42,5	42,5	42,8	42,1	41,4	42,1	41,5	39,9
Bulgarien	41,3	40,3	37,1	34,2	38,2	37,7	40,6	37,4	34,7	35,2	38,3	40,9	41,2	41,1
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,8	49,6	50,5	56,8	57,1	56,9	58,8	56,7	57,0	56,1	54,8
Kroatien	_	-	45,0	44,9	44,7	44,3	47,2	46,8	48,2	46,9	47,0	48,1	48,5	48,7
Litauen	_	-	34,1	34,3	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,5	35,8	34,8	34,2
Polen	_	-	-	-	-	-	-	45,9	43,9	42,9	42,2	41,6	41,5	41,1
Rumänien	34,1	38,4	33,4	35,3	38,3	38,9	40,6	39,6	39,2	36,4	35,1	35,2	35,1	35,1
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,3	49,7	50,3	53,1	52,0	51,4	52,6	53,2	52,9	52,5	52,1
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,5	43,8	42,0	41,7	42,4	41,7
Ungarn	55,4	47,3	49,8	51,9	50,2	48,9	50,8	49,7	49,9	48,7	49,7	50,2	49,2	46,4
Vereinigtes Königreich	41,9	37,9	42,5	42,7	42,6	46,2	49,3	48,3	46,5	46,7	45,3	43,9	42,8	41,8
Euroraum ¹	_	-		-		-	_	50,4	49,0	49,4	49,4	49,3	49,0	48,5
EU-28	-	-	-	-	-	_	-	49,9	48,5	48,9	48,5	48,2	47,8	47,1
USA	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,1	38,7	38,6	38,5	38,1
Japan	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	42,0	42,6	42,5	42,0	41,6

¹ Einschließlich Litauen.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: November 2014.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

		EU-Hausl	nalt 2013		EU-Haushalt 2014					
	Verpflichtu	ungen	Zahlun	Zahlungen		Verpflichtungen		ngen		
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Rubrik										
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2		
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6		
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2		
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0		
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26		
Gesamtbetrag	151 718,0	100,0	144 465,6	100,0	142 640,5	100,0	135 504,6	100,0		

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €				
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4			
	10	11	12	13			
Rubrik							
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4			
Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	-892,0	-1 609,1			
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	- 22,1	-38,2			
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	- 749,9			
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	- 25,2	-24,0			
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	- 46,4	-46,4			
Besondere Instrumente			456,2	350,0			
Gesamtbetrag	-6,0	-6,2	-9 077,6	-8 961,0			

 $Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan\,Nr.\,8/2013.$

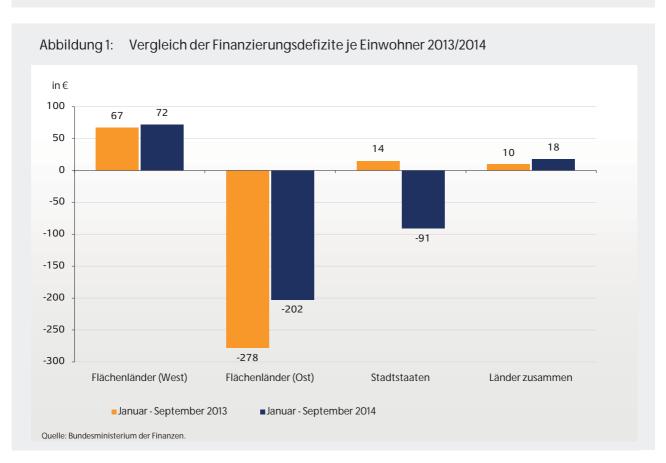
 $2014: Verabschiedeter\, Haushalt,\, Ratsdokument\, 16106/13\, ADD\, 1.$

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014

	Flächenlän	Flächenländer (West)		chenländer (Ost) S		aaten	Länder zusammen			
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist		
		in Mio. €								
Bereinigte Einnahmen	222 514	167 532	53 205	40 017	38 475	30 185	307 461	232 297		
darunter:										
Steuereinnahmen	174 054	130 552	31 099	23 539	24 635	19 006	229 788	173 096		
Übrige Einnahmen	48 461	36 980	22 105	16 477	13 841	11 180	77 674	59 201		
Bereinigte Ausgaben	231 656	172 035	54 119	37 486	39 383	29 656	318 425	233 741		
darunter:										
Personalausgaben	90 390	67 511	13 471	9 778	11 547	9 432	115 408	86 720		
Laufender Sachaufwand	15 114	10 625	3 907	2 682	8 806	6 237	27 826	19 544		
Zinsausgaben	12 034	8 797	2 445	1 641	3 734	2 642	18 213	13 080		
Sachinvestitionen	4 436	2 291	1 739	930	909	416	7 084	3 637		
Zahlungen an Verwaltungen	68 865	52 611	19018	13 656	818	758	81 968	61 588		
Übrige Ausgaben	40 817	30 201	13 539	8 799	13 569	10 172	67 925	49 172		
Finanzierungssaldo	-9 142	-4 503	-914	2 530	- 898	529	-10 954	-1 444		



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2014

		in Mio. €									
		Se	September 2013		August 2014			September 2014			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	202 085	225 582	412 603	180 504	201 960	369 317	208 955	232 297	425 827	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	198 537	217 458	415 995	178 034	194 230	372 264	206 243	223 989	430 233	
111	Steuereinnahmen	184682	166 646	351 328	163 240	150 392	313 632	190 101	173 096	363 197	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 815	42 082	43 897	1 792	36 389	38 181	2 032	42 892	44 924	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 246	2 2 4 6	-	1 667	1 667	-	2 552	2 552	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 548	8 124	11 672	2 470	7 730	10 199	2 711	8 308	11 019	
121	Veräußerungserlöse	1 846	221	2 067	1 088	789	1 877	1 100	796	1 89	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 717	70	1 786	886	674	1 561	886	675	1 56	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	472	4 433	4905	398	4038	4 436	387	4261	4 648	
_	Bereinigte Ausgaben ¹			420.440							
2	für das laufende Haushaltsjahr	228 296	226 378	439 610	205 597	205 299	397 749	227 810	233 741	446 125	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	209 014	207 762	416 775	187 789	188 398	376 188	208 174	214 149	422 323	
211	Personalausgaben	22 035	84 081	106 116	19 842	77 477	97319	22 430	86720	109 150	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	6517	25 250	31 767	5 950	23 821	29 772	6 755	26 668	33 42:	
212	Laufender Sachaufwand	14224	19 595	33 819	12 601	17385	29 986	14230	19 544	33 77	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	8 558	12 600	21 158	7 554	11 754	19 308	8 629	13 170	21 798	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	28 953	14322	43 275	23 300	11 886	35 186	24087	13 080	37 16	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	14221	51 692	65 914	12 072	46 205	58 277	14748	55 038	69 78	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 178	- 178	-	267	267	-	73	7:	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5	48 262	48 267	4	42 987	42 991	5	51 042	51 04	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	19 282	18 616	37 898	17 807	16 901	34708	19 636	19 591	39 22	
221	Sachinvestitionen	4388	3 5 1 5	7 904	4007	3 141	7 148	4736	3 637	8 37	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 921	6 5 7 6	9 496	2 794	5 402	8 196	2 892	6 551	9 442	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	18 886	18 076	36 961	17 402	16 406	33 807	19 120	19 074	38 19	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2014

		in Mio. €								
		September 2013				August 2014		September 2014		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-26 162 ²	- 796	-26 958	-25 052 ²	-3 340	-28 392	-18 809 ²	-1 444	-20 253
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	186 490	57 809	244 300	132 542	49 997 ³	182 539 ³	156 574	55 114	211 687
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	182 245	72 089	254335	137 121	61 900 ³	199 021 3	159 080	67 975	227 056
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	4 2 4 5	-14 280	-10 035	-4 579	-11 903 ³	-16 482 ³	-2 507	-12 862	-15 368
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	1 096	3 027	4124	857	8 390	9 247	-1 084	6 589	5 50
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 152	15 152	-	16937	16937	-	16372	1637
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 095	-3 735	-4831	- 857	-5 097	-5 954	1 085	-2 418	-1 33

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

 $^{^3 \,} Aufgrund \, von \, L\"{a}nderkorrekturmeldungen \, veränderte \, Werte \, gegen\"{u}ber \, BMF-Ver\"{o}ffentlichung \, f\"{u}r \, August \, 2014.$

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2014

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	30 822	36 810	7 789	16 757	5 391	20 047	43 942	10 539	2 650
11	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechung	29 827	35 800	7 327	16 409	5 073	19 250	42 567	10 201	2 607
111	Steuereinnahmen	23 595	29 445	4514	13 553	3 120	15 085 ⁴	34 121	7514	1 878
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4786	3 547	2 287	1 999	1 728	2 438	6 155	2 035	649
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	183	-	-	44	359	112	54
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	420	-	363	135	627	184	116
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	995	1 010	462	348	318	797	1 3 7 5	339	43
121	Veräußerungserlöse	406	0	8	11	4	215	12	39	3
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	405	-	0	-	-	214	0	38	2
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	453	740	192	326	120	490	735	163	32
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	31 340	35 974 ª	7 370	17 203	5 032	20 117	46 827	11 600	2 930
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	28 654	32 635 a	6 571	15 975	4 439	19 104	43 063	10 688	2713
211	Personalausgaben	12 604	15 283	1 870	6 4 3 6	1 345	7 885 ²	16 697 ²	4522	1 168
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 2 5 9	4 598	193	2 196	103	2 700	6 044	1 541	485
212	Laufender Sachaufwand	1 479	2 588	430	1318	329	1 304	2 579	841	137
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 332	2 042	364	1 043	278	1 027	1 864	639	121
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 323	761 a	299	1 059	214	1 195	2 752	755	387
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 175	10 806	2 711	4 664	1 721	5 481	13 248	3 038	452
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1916	3 698	-	1110	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7 189	6 972	2 308	3 407	1 454	5 3 2 8	12388	2 990	445
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 686	3 339	799	1 228	593	1014	3 764	912	217
221	Sachinvestitionen	467	983	49	368	166	144	200	42	24
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	876	1 246	284	494	260	171	1 542	279	43
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 646	3 191	799	1 176	593	1 014	3 609	883	204

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2014

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 518	836 b	419	- 446	359	- 70	-2 884	-1 061	- 280
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 633	1 571 °	1 238	3 290	855	5 154	12 886	4822	1 232
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 942	2 748 °	3 132	4404	1 020	6 707	12 705	5 685	1 152
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 309	-1 177	-1 894	-1 113	- 165	-1 553	180	-863	80
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	905	-	-	-	407	-
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 265	509	20	1 428	581	2310	2 761	3	214
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	23	0	-726	- 132	1 011	63	2 977	- 407	14

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne Oktober-Bezüge.

 $^{^3}$ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 287,2 Mio. \in , b -287,2 Mio. \in , c 92,0 Mio. \in

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2014

					in M	io. €			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	12 786 11 754	7 281 6 986	7 179 7 006	6 771 6 452	17 545 16 921	3 506 3 417	9 168 9 077	232 297 223 989
111	Rechung Steuereinnahmen	7644	4 147	5 3 6 1	4115	9 635	1 880	7 491	173 096
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 6 6 0	2 410	1 232	2 064	5 772	1 239	892	42 892
1121	darunter: Allgemeine BEZ	328	183	90	178	833	151	38	2 552
1122	Länderfinanzausgleich ¹	850	440	153	429	2 463	507	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 032	295	172	319	624	90	91	8 308
121	Veräußerungserlöse	0	2	2	10	80	0	5	796
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	4	10	-	-	675
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	240	226	98	164	164	62	57	4 2 6 1
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	11 744	7 017	7 259	6 324	17 126	3 693	8 871	233 741
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	10 184	6371	6 967	5 682	16 287	3 235	8 268	214 149
211	Personalausgaben	2 946	1810	2916	1 806	5 586	1 094	2 752	86720
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	202	168	1 088	146	1516	385	1 046	26 668
212	Laufender Sachaufwand	738	740	380	446	4 2 7 5	582	1 380	19 544
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	518	213	317	269	1 837	263	1 043	13 170
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	207	499	566	423	1614	454	574	13 080
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 862	1 944	2 202	1 891	253	110	164	55 038
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	34	73
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 269	1 585	2 115	1 577	3	10	3	51 042
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 560	646	292	642	839	458	603	19 591
221	Sachinvestitionen	431	116	63	169	165	37	214	3 637
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	555	227	109	202	106	85	73	6 5 5 1
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 560	646	291	642	769	449	603	19 074

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2014

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 041	264	- 80	447	419	- 187	297	-1 444
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	4229	1 561	782	5 830	4096	2 935	55 114
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	705	3 439	2 242	1 048	7 863	4380	2 803	67 975
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 705	790	- 681	- 267	-2 033	- 284	132	-12 862
	Zum Ende des Monats bestehende								
	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	3 416	-	-	749	961	150	6 5 8 9
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4864	94	-	200	465	597	1 061	16372
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-3 612	- 754	451	-739	-1 019	429	-2 418

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Oktober-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 287,2 Mio. \in , b -287,2 Mio. \in , c 92,0 Mio. \in

 $^{^4}$ NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) i. H. v. 0,1 Mio. \in .

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2014

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa. eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclicallyadjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung

- des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahrsprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment, NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2014 der Bundesregierung.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

 Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern können auch dazu genutzt werden, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Voraus-

schätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt in Mrd. € (nominal)	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente¹ in Mrd. € (nominal)
2015	3 015,8	2 991,4	-24,4	0,205	-5,0
2016	3 104,4	3 084,8	-19,6	0,205	-4,0
2017	3 193,8	3 181,2	-12,6	0,205	-2,6
2018	3 287,6	3 280,5	-7,1	0,205	-1,4
2019	3 383,0	3 383,0	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	nspotenzial			Produktio	nslücken	
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisbere	einigt	nom	ninal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 504,9		859,8		35,0	2,3	20,0	2,3
1981	1 538,4	+2,2	915,7	+6,5	9,7	0,6	5,8	0,6
1982	1 569,6	+2,0	977,0	+6,7	-27,6	-1,8	-17,2	-1,8
1983	1 601,1	+2,0	1 024,6	+4,9	-34,8	-2,2	-22,3	-2,2
1984	1 633,9	+2,0	1 066,4	+4,1	-23,4	-1,4	-15,3	-1,4
1985	1 667,8	+2,1	1 111,7	+4,2	-19,8	-1,2	-13,2	-1,2
1986	1 705,5	+2,3	1 170,9	+5,3	-19,9	-1,2	-13,6	-1,2
1987	1 745,3	+2,3	1 213,5	+3,6	-36,0	-2,1	-25,0	-2,1
1988	1 788,7	+2,5	1 264,7	+4,2	-16,0	-0,9	-11,3	-0,9
1989	1 838,3	+2,8	1 337,3	+5,7	3,4	0,2	2,5	0,2
1990	1 892,9	+3,0	1 423,8	+6,5	45,6	2,4	34,3	2,4
1991	1 950,9	+3,1	1 512,6	+6,2	86,6	4,4	67,2	4,4
1992	2 009,9	+3,0	1 640,8	+8,5	66,8	3,3	54,5	3,3
1993	2 062,8	+2,6	1 753,6	+6,9	-6,0	-0,3	-5,1	-0,3
1994	2 106,5	+2,1	1 829,5	+4,3	0,9	0,0	0,8	0,0
1995	2 144,8	+1,8	1 899,5	+3,8	-1,6	-0,1	-1,5	-0,1
1996	2 179,9	+1,6	1 942,5	+2,3	-20,0	-0,9	-17,8	-0,9
1997	2 213,1	+1,5	1 977,0	+1,8	-13,8	-0,6	-12,3	-0,6
1998	2 246,1	+1,5	2 018,4	+2,1	-3,5	-0,2	-3,2	-0,2
1999	2 281,5	+1,6	2 056,7	+1,9	5,7	0,2	5,1	0,2
2000	2 318,3	+1,6	2 080,2	+1,1	37,1	1,6	33,3	1,6
2001	2 354,8	+1,6	2 139,9	+2,9	40,6	1,7	36,9	1,7
2002	2 389,1	+1,5	2 200,3	+2,8	6,5	0,3	6,0	0,3
2003	2 420,4	+1,3	2 256,3	+2,5	-42,1	-1,7	-39,2	-1,7
2004	2 451,6	+1,3	2 310,1	+2,4	-45,1	-1,8	-42,5	-1,8
2005	2 482,7	+1,3	2 354,0	+1,9	-59,2	-2,4	-56,2	-2,4
2006	2 515,3	+1,3	2 392,0	+1,6	-1,9	-0,1	-1,8	-0,1
2007	2 547,1	+1,3	2 463,3	+3,0	48,4	1,9	46,8	1,9
2008	2 575,0	+1,1	2 5 1 1, 3	+1,9	47,9	1,9	46,7	1,9
2009	2 593,8	+0,7	2 574,6	+2,5	-118,8	-4,6	-117,9	-4,6
2010	2 614,4	+0,8	2 614,4	+1,5	-38,2	-1,5	-38,2	-1,5
2011	2 640,5	+1,0	2 670,6	+2,1	28,2	1,1	28,5	1,1
2012	2 670,9	+1,1	2 741,8	+2,7	7,9	0,3	8,1	0,3
2013	2 703,3	+1,2	2 832,2	+3,3	-21,7	-0,8	-22,8	-0,8
2014	2 738,0	+1,3	2 924,1	+3,2	-23,2	-0,8	-24,8	-0,8
2015	2 773,1	+1,3	3 015,8	+3,1	-22,5	-0,8	-24,4	-0,8
2016	2 805,2	+1,2	3 104,4	+2,9	-17,7	-0,6	-19,6	-0,6
2017	2 836,1	+1,1	3 193,8	+2,9	-11,2	-0,4	-12,6	-0,4
2018	2 868,9	+1,2	3 287,6	+2,9	-6,2	-0,2	-7,1	-0,2
2019	2 901,0	+1,1	3 383,0	+2,9	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % gegenüber Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,1	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	0,0	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,7	0,2	1,1
1993	+2,6	1,5	0,1	1,0
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	0,9
1996	+1,6	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,1	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,6
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,5
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,3	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,1	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,4	0,2	0,4
2012	+1,1	0,4	0,3	0,4
2013	+1,2	0,4	0,4	0,4
2014	+1,3	0,5	0,5	0,3
2015	+1,3	0,5	0,4	0,4
2016	+1,2	0,6	0,2	0,4
2017	+1,1	0,6	0,1	0,4
2018	+1,2	0,7	0,1	0,4
2019	+1,1	0,7	0,0	0,4

 $^{^{1}} Abweichungen \ des \ ausgewiesen en \ Potenzial wachstums \ von \ der \ Summe \ der \ Wachstums beiträge \ sind \ rundungsbedingt.$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	einigt ¹	nom	ninal
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
1960	750,2		171,7	
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,0
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,7
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,!
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 037,5	+5,1	1 579,8	+8,4
1992	2 076,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 056,9	-1,0	1 748,6	+3,
1994	2 107,3	+2,5	1 830,3	+4,
1995	2 143,2	+1,7	1 898,1	+3,
1996	2 159,9	+0,8	1 924,7	+1,4
1997	2 199,3	+1,8	1 964,7	+2,
1998	2 242,6	+2,0	2 015,3	+2,6
1999	2 287,2	+2,0	2 061,8	+2,3

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	reinigt ¹	nom	inal
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
2000	2 355,4	+3,0	2 113,5	+2,5
2001	2 395,4	+1,7	2 176,8	+3,0
2002	2 395,6	+0,0	2 206,3	+1,4
2003	2 378,4	-0,7	2 217,1	+0,5
2004	2 406,4	+1,2	2 267,6	+2,3
2005	2 423,5	+0,7	2 297,8	+1,3
2006	2 513,4	+3,7	2 390,2	+4,0
2007	2 595,5	+3,3	2 510,1	+5,0
2008	2 622,8	+1,1	2 558,0	+1,9
2009	2 475,0	-5,6	2 456,7	-4,0
2010	2 576,2	+4,1	2 576,2	+4,9
2011	2 668,7	+3,6	2 699,1	+4,8
2012	2 678,8	+0,4	2 749,9	+1,9
2013	2 681,6	+0,1	2 809,5	+2,2
2014	2 714,8	+1,2	2 899,3	+3,2
2015	2 750,7	+1,3	2 991,4	+3,2
2016	2 787,5	+1,3	3 084,8	+3,1
2017	2 824,8	+1,3	3 181,2	+3,1
2018	2 862,7	+1,3	3 280,5	+3,1
2019	2 901,0	+1,3	3 383,0	+3,1

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa ⁻	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
960	53 556			61,2	32 340	
1961	53 590	+0,1		61,8	32 791	+1,4
1962	53 724	+0,2		61,7	32 905	+0,3
1963	53 951	+0,4		61,7	32 983	+0,2
1964	54 131	+0,3		61,5	33 011	+0,1
1965	54 406	+0,5	61,1	61,5	33 199	+0,6
1966	54 694	+0,5	60,7	61,0	33 097	-0,3
1967	54 745	+0,1	60,3	59,9	32 019	-3,3
1968	54 849	+0,2	60,0	59,4	32 046	+0,1
1969	55 267	+0,8	59,8	59,4	32 545	+1,6
1970	55 471	+0,4	59,8	59,8	32 993	+1,4
1971	55 611	+0,3	59,8	60,0	33 143	+0,5
1972	56 000	+0,7	59,8	60,0	33 325	+0,6
1973	56386	+0,7	59,8	60,4	33 727	+1,2
1974	56 638	+0,4	59,6	60,0	33 408	-0,9
1975	56 675	+0,1	59,4	59,3	32 570	-2,5
1976	56 731	+0,1	59,3	59,1	32 434	-0,4
1977	56 913	+0,3	59,2	58,9	32 508	+0,2
1978	57 199	+0,5	59,4	59,1	32 829	+1,0
1979	57 581	+0,7				
			59,7	59,5	33 463	+1,9
1980	58 030	+0,8	60,1	60,1	34 024	+1,7
1981	58 421	+0,7	60,7	60,6	34 065	+0,1
1982	58 644	+0,4	61,5	61,4	33 802	-0,8
1983	58 751	+0,2	62,2	62,4	33 494	-0,9
1984	58 776	+0,0	63,0	63,1	33 783	+0,9
1985	58 799	+0,0	63,8	64,0	34 257	+1,4
1986	58 911	+0,2	64,5	64,5	34915	+1,9
1987	59 008	+0,2	65,2	65,1	35 402	+1,4
1988	59 112	+0,2	65,8	65,8	35 906	+1,4
1989	59 374	+0,4	66,4	66,2	36 580	+1,9
1990	59 754	+0,6	66,8	67,2	37 733	+3,2
1991	60 217	+0,8	67,0	68,0	38 790	+2,8
1992	60 845	+1,0	67,0	67,1	38 283	-1,3
1993	61 445	+1,0	66,9	66,5	37 786	-1,3
1994	61 780	+0,5	66,9	66,6	37 798	+0,0
1995	61 966	+0,3	66,9	66,5	37 958	+0,4
1996	62 092	+0,2	67,1	66,8	37 969	+0,0
1997	62 134	+0,1	67,4	67,2	37 947	-0,1
1998	62 133	-0,0	67,8	67,8	38 407	+1,2
1999	62 181	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 264	+0,1	68,5	69,1	39917	+2,3
2001	62 390	+0,2	68,8	68,9	39 809	-0,3
2002	62 562	+0,3	69,0	69,0	39 630	-0,4
2003	62 682	+0,2	69,2	68,8	39 200	-1,1
2004	62 737	+0,1	69,4	69,3	39 337	+0,3
2005	62 771	+0,1	69,7	69,9	39 326	-0,0
2006	62 767	-0,0	69,9	69,9	39 635	+0,8
2007	62 722	-0,1	70,1	70,0	40 325	+1,7
2008	62 622	-0,2	70,3	70,2	40 856	+1,3
2009	62 396	-0,4	70,6	70,7	40 892	+0,1
2010	62 132	-0,4	70,9	70,8	41 020	+0,3
2011	61 972	-0,3	71,2	71,1	41 570	+1,3
2012	61 930	-0,1	71,6	71,6	42 033	+1,1
2013	61 918	-0,0	71,9	72,0	42 281	+0,6
2014	61 906	-0,0	72,2	72,3	42 606	+0,8
2015	61 800	-0,2	72,6	72,6	42 776	+0,4
2016	61 633	-0,3	72,9	72,9	42 869	+0,2
2017	61 486	-0,2	73,2	73,2	42 963	+0,2
2018	61 337	-0,2	73,5	73,4	43 056	+0,2
2019	61 114	-0,4	73,7	73,8	43 150	+0,2
2020	60 989	-0,2	74,0	74,0		
2021	60 904	-0,1	74,3	74,3		
2022	60 736	-0,3	74,6	74,6		

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw	1 3			in % der Erwerbs-	NAWRU [:]
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 167		25 152		1,4	
961			2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	
962			2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	
963			2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	
1964			2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	
1965	2 067		2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	1,
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26364	+0,6	1,7	1,
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,
972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,
1973	1872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,
974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,
975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	1,
976	1 807	-1,0	1813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,
977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,
978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,
979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,
981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,
982	1713	-0,9	1712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,
983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	6,
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,
985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	7,
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	7,
988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,
990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34212	+3,4	6,0	7,
991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,
992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,2	7,
993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,
994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,1	7,
995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,
996	1512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,5	7,
997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,1	7,
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,9	8,
 1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	8,0	8,

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	mer, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzv	v. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAWKU
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,3	8,3
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,4	8,4
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	8,2	8,5
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	9,1	8,6
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,6	8,5
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34916	-0,5	10,4	8,5
2006	1 416	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,7	8,3
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	8,2	8,0
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	7,1	7,6
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,3	7,2
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,7	6,8
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 024	+1,3	5,7	6,3
2012	1 377	-0,4	1 374	-1,4	37 489	+1,3	5,2	5,8
2013	1 372	-0,3	1 362	-0,9	37 824	+0,9	5,1	5,3
2014	1 3 6 9	-0,2	1 368	+0,4	38 177	+0,9	4,8	4,9
2015	1368	-0,1	1 3 6 9	+0,1	38 318	+0,4	4,7	4,4
2016	1366	-0,1	1 368	-0,1	38 393	+0,2	4,6	4,1
2017	1366	-0,1	1 367	-0,1	38 469	+0,2	4,5	4,1
2018	1 3 6 5	-0,0	1 366	-0,1	38 545	+0,2	4,4	4,1
2019	1 3 6 5	-0,0	1 365	-0,1	38 621	+0,2	4,3	4,1
2020	1364	-0,0	1 364	-0,1				
2021	1 363	-0,0	1 363	-0,1				
2022	1 3 6 3	-0,0	1 363	-0,1				

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $^{^2\,\}mbox{NAWRU}\colon\mbox{Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment}.$

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	reinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 3 7 3, 5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 908,9	+3,0	444,9	+5,3	1,6
1992	10 225,8	+3,2	461,8	+3,8	1,5
1993	10 531,1	+3,0	442,5	-4,2	1,3
1994	10 824,7	+2,8	458,3	+3,6	1,6
1995	11 117,6	+2,7	457,7	-0,1	1,5
1996	11 398,7	+2,5	455,1	-0,6	1,6
1997	11 670,4	+2,4	458,6	+0,8	1,6
1998	11 942,8	+2,3	476,8	+4,0	1,8
1999	12 225,4	+2,4	499,4	+4,7	1,8
2000	12 515,4	+2,4	511,6	+2,4	1,8
2001	12 792,9	+2,2	499,2	-2,4	1,8
2002	13 031,0	+1,9	470,6	-5,7	1,8
2003	13 235,5	+1,6	464,0	-1,4	2,0
2004	13 425,3	+1,4	463,9	-0,0	2,1
2005	13 603,5	+1,3	465,2	+0,3	2,1
2006	13 789,8	+1,4	497,9	+7,0	2,3
2007	13 995,0	+1,5	519,8	+4,4	2,3
2008	14 204,6	+1,5	526,2	+1,2	2,3
2009	14379,9	+1,2	474,0	-9,9	2,1
2010	14528,8	+1,0	497,2	+4,9	2,4
2011	14 691,0	+1,1	533,0	+7,2	2,6
2012	14 861,9	+1,2	529,5	-0,7	2,4
2013	15 024,0	+1,1	525,8	-0,7	2,4
2014	15 174,0	+1,0	542,4	+3,2	2,6
2015	15 328,6	+1,0	560,3	+3,3	2,7
2016	15 496,5	+1,1	574,8	+2,6	2,7
2017	15 676,4	+1,2	589,6	+2,6	2,6
2018	15 866,5	+1,2	604,8	+2,6	2,6
2019	16 066,9	+1,3	620,4	+2,6	2,6

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4272
1981	-7,4149	-7,4173
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3958
1984	-7,3840	-7,3835
1985	-7,3693	-7,3703
1986	-7,3597	-7,3562
1987	-7,3541	-7,3410
1988	-7,3329	-7,3244
1989	-7,3059	-7,3067
1990	-7,2745	-7,2884
1991	-7,2451	-7,2703
1992	-7,2332	-7,2536
1993	-7,2350	-7,2387
1994	-7,2187	-7,2256
1995	-7,2100	-7,2140
1996	-7,2037	-7,2035
1997	-7,1888	-7,1932
1998	-7,1826	-7,1831
1999	-7,1751	-7,1729
2000	-7,1566	-7,1623
2001	-7,1412	-7,1520
2002	-7,1396	-7,1427
2003	-7,1424	-7,1345
2004	-7,1367	-7,1270
2005	-7,1291	-7,1201
2006	-7,1087	-7,1135
2007	-7,0927	-7,1076
2008	-7,0933	-7,1026
2009	-7,1349	-7,0987
2010	-7,1085	-7,0942
2011	-7,0873	-7,0898
2012	-7,0859	-7,0856
2013	-7,0869	-7,0814
2014	-7,0858	-7,0769
2015	-7,0792	-7,0719
2016	-7,0706	-7,0663
2017	-7,0623	-7,0601
2018	-7,0541	-7,0536
2019	-7,0461	-7,0467

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	22,9		26,3		83,5	
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
 1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
 1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,1	75,4	+2,9	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,5	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,9	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,6	+2,0	84,2	+1,2	1012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,0	+1,0	1 012,0	+0,9
1996	89,3	+0,8	86,1	+1,2	1 021,9	+0,9
1998	89,9	+0,2	86,5	+0,5	1 048,3	+2,1
1996	90,1	+0,8	86,9	+0,4	1 048,3	+2,1

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	89,7	-0,5	87,5	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,0	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,3	90,2	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	91,8	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,8	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,2	+1,6	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,4	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,3	+1,8	98,0	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,7	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	101,9	+1,9	1 336,7	+4,3
2012	102,7	+1,5	103,4	+1,5	1 387,6	+3,8
2013	104,8	+2,1	104,7	+1,3	1 426,2	+2,8
2014	106,8	+1,9	105,9	+1,1	1 477,8	+3,6
2015	108,8	+1,8	107,8	+1,7	1 531,5	+3,6
2016	110,7	+1,8	109,8	+1,9	1 576,6	+2,9
2017	112,6	+1,8	112,0	+1,9	1 623,1	+3,0
2018	114,6	+1,8	114,1	+1,9	1 671,1	+3,0
2019	116,6	+1,8	116,3	+1,9	1 720,3	+2,9

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbsta	ätige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	25,0
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,1	+2,5	+2,4	+2,7	23,9
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+1,9	23,3
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,5	+0,8	+0,8	+1,9	22,8
1997	37,9	-0,1	50,8	3,8	9,1	+1,8	+1,9	+2,6	22,4
1998	38,4	+1,2	51,3	3,7	8,9	+2,0	+0,7	+1,1	22,6
1999	39,0	+1,6	51,6	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0
2001	39,8	-0,3	52,1	3,2	7,4	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,2	3,5	8,2	+0,0	+0,5	+1,2	20,1
2003	39,2	-1,1	52,1	3,9	9,1	-0,7	+0,4	+0,8	19,6
2004	39,3	+0,3	52,6	4,2	9,6	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,1	4,6	10,4	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,2	4,2	9,7	+3,7	+2,9	+1,9	19,7
2007	40,3	+1,7	53,3	3,6	8,2	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,5	3,1	7,1	+1,1	-0,3	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,8	3,2	7,3	-5,6	-5,7	-2,6	19,1
2010	41,0	+0,3	53,7	2,9	6,7	+4,1	+3,8	+2,5	19,3
2011	41,6	+1,3	53,8	2,5	5,7	+3,6	+2,2	+2,0	20,1
2012	42,0	+1,1	54,1	2,3	5,2	+0,4	-0,7	+0,6	20,0
2013	42,3	+0,6	54,2	2,3	5,1	+0,1	-0,5	+0,4	19,7
2008/03	39,8	+0,8	53,0	3,9	9,0	+1,6	1,3	+1,4	19,7
2013/08	41,4	+0,7	53,9	2,7	6,2	+0,4	-0,2	+0,6	19,8

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2 \,} Erwerbspersonen \, (inländische \, Erwerbst \"{a}tige + Erwerbslose \, [ILO]) \, in \, \% \, der \, Wohnbev\"{o}lkerung \, nach \, ESVG \, 2010.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

 $^{^4\,}Anteil\,der\,Bruttoanlage investitionen\,am\,Bruttoinlandsprodukt\,(nominal).$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2008/03	+2,9	+0,9	-1,0	+1,3	+1,4	+1,9	-0,3
2013/08	+1,9	+1,4	+0,1	+1,4	+1,2	+1,4	+2,2

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).\\$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p. a.	in Mr	rd. €		Anteile	am BIP in %	
1991			-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0
2008/03	+9,0	+8,4	126,4	118,2	39,0	33,7	5,3	4,9
2013/08	+2,8	+3,1	143,8	167,8	43,3	37,9	5,4	6,3

¹ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	-	Arbeitnehmer- entgelte	Lohno	quote	Bruttolöhne und -gehälter (je	Reallöhne (je	
		einkommen	(Inländer)	unbereinigt ¹	bereinigt ²	Arbeitnehmer)	Arbeitnehmer) ³	
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	1.	in	%	Veränderung in % p. a.		
1991				70,0	70,0			
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2	
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9	
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9	
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6	
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5	
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5	
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5	
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4	
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5	
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7	
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1	
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5	
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1	
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3	
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,8	-1,3	
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6	
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,3	+0,1	
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	+0,0	+0,5	
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9	
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5	
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1	
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6	
2008/03	+3,4	+7,1	+1,7	66,5	67,8	+1,1	-0,4	
2013/08	+2,0	+0,4	+2,8	67,0	68,3	+2,1	+0,9	

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Lond				jährlich	ie Veränderung	gen in %			
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	1,7	3,0	0,7	4,1	0,4	0,1	1,3	1,1	1,8
Belgien	2,4	3,6	1,9	2,5	0,1	0,3	0,9	0,9	1,1
Estland	4,5	9,7	9,5	2,5	4,7	1,6	1,9	2,0	2,7
Finnland	4,2	5,6	2,8	3,0	-1,5	-1,2	-0,4	0,6	1,1
Frankreich	2,1	3,9	1,6	2,0	0,3	0,3	0,3	0,7	1,5
Griechenland	2,1	4,0	0,9	-5,4	-6,6	-3,3	0,6	2,9	3,7
Irland	9,8	9,5	5,7	-0,3	-0,3	0,2	4,6	3,6	3,7
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,3	-1,9	-0,4	0,6	1,1
Lettland	-0,9	5,3	10,2	-2,9	4,8	4,2	2,6	2,9	3,6
Luxemburg	1,4	8,4	4,1	5,1	-0,2	2,0	3,0	2,4	2,9
Malta	6,2	6,4	3,8	3,5	2,0	2,5	3,0	2,9	2,7
Niederlande	3,1	4,4	2,3	1,1	-1,6	-0,7	0,9	1,4	1,7
Österreich	2,7	3,4	2,1	1,9	0,9	0,2	0,7	1,2	1,5
Portugal	2,3	3,8	0,8	1,9	-3,3	-1,4	0,9	1,3	1,7
Slowakei	5,8	1,2	6,5	4,8	1,6	1,4	2,4	2,5	3,3
Slowenien	4,1	4,2	4,0	1,2	-2,6	-1,0	2,4	1,7	2,5
Spanien	2,8	5,3	3,7	0,0	-2,1	-1,2	1,2	1,7	2,2
Zypern	9,9	5,7	3,9	1,4	-2,4	-5,4	-2,8	0,4	1,6
Euroraum	2,4	3,8	1,7	2,0	-0,7	-0,5	0,8	1,1	1,7
Bulgarien	2,9	6,0	6,0	0,7	0,5	1,1	1,2	0,6	1,0
Dänemark	3,0	3,7	2,4	1,6	-0,8	-0,1	0,8	1,7	2,0
Kroatien	-	3,8	4,2	-1,7	-2,2	-0,9	-0,7	0,2	1,1
Litauen	3,3	3,6	7,7	1,6	3,8	3,3	2,7	3,1	3,4
Polen	7,0	4,3	3,5	3,7	1,8	1,7	3,0	2,8	3,3
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-0,8	0,6	3,5	2,0	2,4	2,8
Schweden	4,0	4,7	2,8	6,0	-0,3	1,5	2,0	2,4	2,7
Tschechien	6,2	4,3	6,4	2,3	-0,8	-0,7	2,5	2,7	2,7
Ungarn	1,5	4,2	4,3	0,8	-1,5	1,5	3,2	2,5	2,0
Vereinigtes Königreich	3,5	3,8	2,8	1,9	0,7	1,7	3,1	2,7	2,5
EU	-	3,9	2,0	2,1	-0,4	0,0	1,3	1,5	2,0
Japan	2,7	4,1	3,3	2,5	2,3	2,2	2,2	3,1	3,2
USA	1,9	2,3	1,3	4,7	1,5	1,5	1,1	1,0	1,0

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat. Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Lord			jährlic	he Veränderunge	en in %		
Land	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+1,2	+2,5	+2,1	+1,6	+0,9	+1,2	+1,6
Belgien	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,6	+0,9	+1,3
Estland	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+0,7	+1,6	+2,2
Finnland	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	+1,3	+1,6
Frankreich	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,7	+1,1
Griechenland	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-1,0	+0,3	+1,1
Irland	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,4	+0,9	+1,4
Italien	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	+0,5	+2,0
Lettland	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+0,8	+1,8	+2,5
Luxemburg	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+1,0	+2,1	+1,9
Malta	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+0,7	+1,5	+2,0
Niederlande	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,4	+0,8	+1,1
Österreich	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+1,7	+1,8
Portugal	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	+0,0	+0,6	+0,9
Slowakei	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	+0,7	+1,4
Slowenien	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	+1,0	+1,5
Spanien	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	-0,1	+0,5	+1,2
Zypern	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	-0,2	+0,7	+1,2
Euroraum	+1,6	+2,7	+2,5	+1,4	+0,5	+0,8	+1,5
Bulgarien	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-1,4	+0,4	+1,0
Dänemark	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+0,4	+1,1	+1,7
Kroatien	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	+0,6	+1,1
Litauen	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+0,3	+1,3	+1,9
Polen	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+0,2	+1,1	+1,9
Rumänien	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+1,5	+2,1	+2,7
Schweden	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+1,2	+1,5
Tschechien	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,5	+1,4	+1,8
Ungarn	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+0,1	+2,5	+3,0
Vereinigtes Königreich	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+1,6	+1,9
EU	+2,1	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+1,0	+1,6
Japan	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,8	+2,0	+2,3
USA	-0,7	-0,3	+0,0	+0,4	+2,8	+1,6	+1,4

 $\label{thm:condition} Quelle: \ EU-Kommission, Herbstprognose, November\ 2014.$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Level				in % der ziv	ilen Erwerbsbe	evölkerung			
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	8,3	8,0	11,3	7,1	5,5	5,3	5,1	5,1	4,8
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,4	8,2
Estland	9,5	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,8	7,1	6,3
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,6	8,5	8,3
Frankreich	12,0	9,5	8,9	9,3	9,8	10,3	10,4	10,4	10,2
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,8	25,0	22,0
Irland	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	13,1	11,1	9,6	8,5
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,2	12,6	12,6	12,4
Lettland	18,9	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	11,0	10,2	9,2
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	6,1	6,2	6,1
Malta	5,0	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	6,1	6,1	6,2
Niederlande	7,1	3,1	5,3	4,5	5,3	6,7	6,9	6,8	6,7
Österreich	3,9	3,6	5,2	4,4	4,3	4,9	5,3	5,4	5,0
Portugal	7,2	4,5	8,5	12,0	15,8	16,4	14,5	13,6	12,8
Slowakei	13,3	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,4	12,8	12,1
Slowenien	6,9	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,8	9,2	8,4
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,8	23,5	22,2
Zypern	2,6	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,2	15,8	14,8
Euroraum	11,0	9,0	9,1	10,2	11,3	11,9	11,6	11,3	10,8
Bulgarien	12,0	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	12,0	11,4	11,0
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,7	6,6	6,4
Kroatien	-	15,8	13,0	12,3	16,1	17,3	17,7	17,7	17,3
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	11,2	10,4	9,5
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,5	9,3	8,8
Rumänien	6,2	6,8	7,2	7,3	7,0	7,3	7,0	6,9	6,7
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,9	7,8	7,6
Tschechien	4,1	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,3	6,2	6,1
Ungarn	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	10,2	8,0	7,8	7,8
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,5	6,2	5,7	5,5
EU	-	9,0	9,0	9,6	10,4	10,8	10,3	10,0	9,5
Japan	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,3	5,7	5,3
USA	3,1	4,7	4,4	5,1	4,3	4,0	3,9	3,8	3,8

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat. Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoiı	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise		Leistungsbilanz				
			Verände	erung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des no Bruttoinlan		5	
	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+3,4	+2,2	+0,8	+1,6	+6,2	+6,4	+7,9	+7,9	2,5	0,6	1,9	2,	
darunter													
Russische Föderation	+3,4	+1,3	+0,2	+0,5	+5,1	+6,8	+7,4	+7,3	3,5	1,6	2,7	3,	
Ukraine	+0,3	-0,0	-6,5	+1,0	+0,6	-0,3	+11,4	+14,0	-8,1	-9,2	-2,5	-2,	
Asien	+6,7	+6,6	+6,5	+6,6	+4,7	+4,7	+4,1	+4,2	1,0	1,0	1,0	1,	
darunter													
China	+7,7	+7,7	+7,4	+7,1	+2,6	+2,6	+2,3	+2,5	2,6	1,9	1,8	2,	
Indien	+4,7	+5,0	+5,6	+6,4	+10,2	+9,5	+7,8	+7,5	-4,7	-1,7	-2,1	-2,	
Indonesien	+6,3	+5,8	+5,2	+5,5	+4,0	+6,4	+6,0	+6,7	-2,8	-3,3	-3,2	-2,	
Malaysia	+5,6	+4,7	+5,9	+5,2	+1,7	+2,1	+2,9	+4,1	5,8	3,9	4,3	4,2	
Thailand	+6,5	+2,9	+1,0	+4,6	+3,0	+2,2	+2,1	+2,0	-0,4	-0,6	2,9	2,	
Lateinamerika	+2,9	+2,7	+1,3	+2,2	+6,1	+7,1			-1,9	-2,7	-2,5	-2,	
darunter													
Argentinien	+0,9	+2,9	-1,7	-1,5	+10,0	+10,6			-0,2	-0,8	-0,8	-1,	
Brasilien	+1,0	+2,5	+0,3	+1,4	+5,4	+6,2	+6,3	+5,9	-2,4	-3,6	-3,5	-3,	
Chile	+5,5	+4,2	+2,0	+3,3	+3,0	+1,8	+4,4	+3,2	-3,4	-3,4	-1,8	-1,	
Mexiko	+4,0	+1,1	+2,4	+3,5	+4,1	+3,8	+3,9	+3,6	-1,3	-2,1	-1,9	-2,	
Sonstige													
Türkei	+2,1	+4,1	+3,0	+3,0	+8,9	+7,5	+9,0	+7,0	-6,2	-7,9	-5,8	-6,	
Südafrika	+2,5	+1,9	+1,4	+2,3	+5,7	+5,8	+6,3	+5,8	-5,2	-5,8	-5,7	-5,	

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2014.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Taballa O.	Übersieht Weltfinen zusärlete
Tabelle 9:	Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell 14.11. 2014	Ende 2013	Änderung in % zu Ende 2013	Tief 2013/2014	Hoch 2013/2014
Dow Jones	17 635	16 577	6,38	13 329	17 653
Euro Stoxx 50	3 0 6 0	3 109	-1,58	2 512	3 315
Dax	9 253	9 552	-3,13	7 460	10 029
CAC 40	4 202	4296	-2,18	3 5 9 6	4 595
Nikkei	17 491	16 291	7,36	10 487	17 491
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen 10 Jahre	Aktuell 14.11. 2014	Ende 2013	Spread zu US-Bond	Tief 2013/2014	Hoch 2013/2014
USA	2,33	3,05	-	1,63	3,05
Deutschland	0,79	1,95	-1,54	0,76	2,01
Japan	0,49	0,74	-1,84	0,44	0,94
Vereinigtes Königreich	2,13	3,07	-0,20	1,64	3,08
Währungen	Aktuell 14.11. 2014	Ende 2013	Änderung in %	Tief 2013/2014	Hoch 2013/2014
US-Dollar/Euro	1,24	1,38	-9,83	1,24	1,40
Yen/US-Dollar	116,55	105,30	10,68	87,03	116,55
Yen/Euro	144,94	144,72	0,15	113,93	145,02
Pfund/Euro	0,79	0,83	-4,71	0,78	0,88

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Deutschland													
EU-KOM	+0,1	+1,3	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,6	5,3	5,1	5,1	4,8	
OECD	+0,5	+1,7	+2,0	-	+1,6	+1,1	+1,8	-	5,3	5,0	4,9	-	
IWF	+0,5	+1,4	+1,5	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,5	5,3	5,3	5,3	5,3	
USA													
EU-KOM	+2,2	+2,2	+3,1	+3,2	+1,5	+1,8	+2,0	+2,3	7,4	6,3	5,8	5,4	
OECD	+1,7	+2,9	+3,4	-	+1,5	+1,5	+1,7	-	7,4	6,5	6,0		
IWF	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+2,0	+2,1	+2,1	7,4	6,3	5,9	5,8	
Japan													
EU-KOM	+1,5	+1,1	+1,0	+1,0	+0,4	+2,8	+1,6	+1,4	4,0	3,8	3,8	3,8	
OECD	+1,8	+1,5	+1,0	-	+0,4	+2,6	+2,0	-	4,0	3,8	3,7		
IWF	+1,5	+0,9	+0,8	+0,8	+0,4	+2,7	+2,0	+2,6	4,0	3,7	3,8	3,8	
Frankreich													
EU-KOM	+0,3	+0,3	+0,7	+1,5	+1,0	+0,6	+0,7	+1,1	10,3	10,4	10,4	10,2	
OECD	+0,2	+1,0	+1,6	-	+1,0	+0,9	+1,1	-	9,9	9,9	9,8		
IWF	+0,3	+0,4	+1,0	+1,6	+1,0	+0,7	+0,9	+1,0	10,3	10,0	10,0	9,9	
Italien													
EU-KOM	-1,9	-0,4	+0,6	+1,1	+1,3	+0,2	+0,5	+2,0	12,2	12,6	12,6	12,4	
OECD	-1,9	+0,6	+1,4	-	+1,3	+0,5	+0,9	-	12,2	12,8	12,5		
IWF	-1,9	-0,2	+0,9	+1,3	+1,3	+0,1	+0,5	+1,1	12,2	12,6	12,0	11,3	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	+1,7	+3,1	+2,7	+2,5	+2,6	+1,5	+1,6	+1,9	7,5	6,2	5,7	5,5	
OECD	+1,4	+2,4	+2,5	-	+2,6	+2,0	+2,1	-	7,6	6,9	6,5		
IWF	+1,7	+3,2	+2,7	+2,4	+2,6	+1,6	+1,8	+2,0	7,6	6,3	5,8	5,5	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
OECD	+1,7	+2,3	+2,6	-	+1,0	+1,6	+1,8	-	7,1	6,9	6,6		
IWF	+2,0	+2,3	+2,4	+2,4	+1,0	+1,9	+2,0	+2,0	7,1	7,0	6,9	6,8	
Euroraum													
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,1	+1,7	+1,4	+0,5	+0,8	+1,5	11,9	11,6	11,3	10,8	
OECD	-0,4	+1,0	+1,6	-	+1,3	+0,7	+1,1	-	11,9	11,7	11,4		
IWF	-0,4	+0,8	+1,3	+1,7	+1,3	+0,5	+0,9	+1,2	11,9	11,6	11,2	10,7	
EU-28													
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,5	+2,0	+1,5	+0,6	+1,0	+1,6	10,8	10,3	10,0	9,5	
IWF	+0,2	+1,4	+1,8	+2,0	+1,5	+0,7	+1,1	+1,5	-	-	-		

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014 . IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Belgien													
EU-KOM	+0,3	+0,9	+0,9	+1,1	+1,2	+0,6	+0,9	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,2	
OECD	+0,1	+1,1	+1,5	-	+1,2	+0,8	+1,0	-	8,4	8,4	8,2	-	
IWF	+0,2	+1,0	+1,4	+1,5	+1,2	+0,7	+1,0	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,2	
Estland													
EU-KOM	+1,6	+1,9	+2,0	+2,7	+3,2	+0,7	+1,6	+2,2	8,6	7,8	7,1	6,3	
OECD	+1,0	+2,4	+4,0	-	+3,2	+0,7	+1,7	-	8,6	8,9	8,5	-	
IWF	+1,6	+1,2	+2,5	+3,5	+3,2	+0,8	+1,5	+2,1	8,6	7,0	7,0	6,8	
Finnland													
EU-KOM	-1,2	-0,4	+0,6	+1,1	+2,2	+1,2	+1,3	+1,6	8,2	8,6	8,5	8,3	
OECD	-1,0	+1,3	+1,9	-	+2,2	+1,4	+1,4	-	8,2	8,4	8,4	-	
IWF	-1,2	-0,2	+0,9	+1,6	+2,2	+1,2	+1,5	+1,7	8,2	8,5	8,3	7,7	
Griechenland													
EU-KOM	-3,3	+0,6	+2,9	+3,7	-0,9	-1,0	+0,3	+1,1	27,5	26,8	25,0	22,0	
OECD	-3,5	-0,4	+1,8	-	-0,9	-1,1	-1,0	-	27,3	27,1	26,7	-	
IWF	-3,9	+0,6	+2,9	+3,7	-0,9	-0,8	+0,3	+1,1	27,3	25,8	23,8	20,9	
Irland													
EU-KOM	+0,2	+4,6	+3,6	+3,7	+0,5	+0,4	+0,9	+1,4	13,1	11,1	9,6	8,5	
OECD	+0,1	+1,9	+2,2	-	+0,5	+0,3	+0,7	-	13,0	11,4	10,4	-	
IWF	+0,2	+3,6	+3,0	+2,5	+0,5	+0,6	+0,9	+1,2	13,0	11,2	10,5	10,1	
Lettland													
EU-KOM	+4,2	+2,6	+2,9	+3,6	+0,0	+0,8	+1,8	+2,5	11,9	11,0	10,2	9,2	
OECD	-	-	-	-	_	-	_	-	-	-	-	-	
IWF	+4,1	+2,7	+3,2	+3,4	+0,0	+0,7	+1,6	+1,9	11,9	10,3	9,7	9,3	
Luxemburg													
EU-KOM	+2,0	+3,0	+2,4	+2,9	+1,7	+1,0	+2,1	+1,9	5,9	6,1	6,2	6,1	
OECD	+1,8	+2,3	+2,3	-	+1,7	+1,0	+2,2	-	6,9	7,1	7,1	-	
IWF	+2,1	+2,7	+1,9	+2,1	+1,7	+1,1	+2,1	+1,8	6,9	7,1	6,9	6,7	
Malta													
EU-KOM	+2,5	+3,0	+2,9	+2,7	+1,0	+0,7	+1,5	+2,0	6,4	6,1	6,1	6,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+2,9	+2,2	+2,2	+2,0	+1,0	+1,0	+1,2	+1,4	6,4	6,0	6,1	6,2	
Niederlande													
EU-KOM	-0,7	+0,9	+1,4	+1,7	+2,6	+0,4	+0,8	+1,1	6,7	6,9	6,8	6,7	
OECD	-1,1	-0,1	+0,9	-	+2,6	+0,5	+0,8	-	6,6	7,6	7,6	-	
IWF	-0,7	+0,6	+1,4	+1,6	+2,6	+0,5	+0,7	+1,0	6,7	7,3	6,9	6,6	
Österreich													
EU-KOM	+0,2	+0,7	+1,2	+1,5	+2,1	+1,5	+1,7	+1,8	4,9	5,3	5,4	5,0	
OECD	+0,4	+1,7	+2,2	-	+2,1	+1,4	+1,6	-	5,0	5,0	4,6	-	
IWF	+0,3	+1,0	+1,9	+1,7	+2,1	+1,7	+1,7	+1,7	4,9	5,0	4,9	4,8	

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP (real)				Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Portugal												
EU-KOM	-1,4	+0,9	+1,3	+1,7	+0,4	+0,0	+0,6	+0,9	16,4	14,5	13,6	12,8
OECD	-1,7	+0,4	+1,1	-	+0,4	-0,3	+0,4	-	16,3	15,1	14,8	-
IWF	-1,4	+1,0	+1,5	+1,7	+0,4	+0,0	+1,1	+1,5	16,2	14,2	13,5	13,0
Slowakei												
EU-KOM	+1,4	+2,4	+2,5	+3,3	+1,5	-0,1	+0,7	+1,4	14,2	13,4	12,8	12,1
OECD	+0,8	+1,9	+2,9	-	+1,5	+0,4	+1,0	-	14,2	13,9	13,2	-
IWF	+0,9	+2,4	+2,7	+2,9	+1,5	+0,1	+1,3	+1,5	14,2	13,9	13,2	12,8
Slowenien												
EU-KOM	-1,0	+2,4	+1,7	+2,5	+1,9	+0,4	+1,0	+1,5	10,1	9,8	9,2	8,4
OECD	-2,3	-0,9	+0,6	-	+1,9	+0,7	+0,9	-	10,1	10,2	10,2	-
IWF	-1,0	+1,4	+1,4	+1,5	+1,8	+0,5	+1,0	+1,7	10,1	9,9	9,5	8,9
Spanien												
EU-KOM	-1,2	+1,2	+1,7	+2,2	+1,5	-0,1	+0,5	+1,2	26,1	24,8	23,5	22,2
OECD	-1,3	+0,5	+1,0	-	+1,5	+0,1	+0,5	-	26,4	25,4	24,4	-
IWF	-1,2	+1,3	+1,7	+1,8	+1,5	-0,0	+0,6	+0,9	26,1	24,6	23,5	22,4
Zypern												
EU-KOM	-5,4	-2,8	+0,4	+1,6	+0,4	-0,2	+0,7	+1,2	15,9	16,2	15,8	14,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-3,2	+0,4	+1,6	+0,4	+0,0	+0,7	+1,3	15,9	16,6	16,1	15,0

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	+1,1	+1,2	+0,6	+1,0	+0,4	-1,4	+0,4	+1,0	13,0	12,0	11,4	11,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,9	+1,4	+2,0	+2,5	+0,4	-1,2	+0,7	+1,8	13,0	12,5	11,9	11,3
Dänemark												
EU-KOM	-0,1	+0,8	+1,7	+2,0	+0,5	+0,4	+1,1	+1,7	7,0	6,7	6,6	6,4
OECD	+0,3	+1,6	+1,9	-	+0,8	+0,7	+1,3	-	7,0	6,8	6,7	-
IWF	+0,4	+1,5	+1,8	+1,9	+0,8	+0,6	+1,6	+1,8	7,0	6,9	6,6	6,2
Kroatien												
EU-KOM	-0,9	-0,7	+0,2	+1,1	+2,3	+0,2	+0,6	+1,1	17,3	17,7	17,7	17,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-0,8	+0,5	+1,4	+2,2	-0,3	+0,2	+1,0	16,6	16,8	17,1	16,8
Litauen												
EU-KOM	+3,3	+2,7	+3,1	+3,4	+1,2	+0,3	+1,3	+1,9	11,8	11,2	10,4	9,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,3	+3,0	+3,3	+3,7	+1,2	+0,3	+1,3	+2,0	11,8	11,0	10,7	10,5
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,0	+2,8	+3,3	+0,8	+0,2	+1,1	+1,9	10,3	9,5	9,3	8,8
OECD	+1,4	+2,7	+3,3	-	+1,0	+1,1	+1,9	-	10,3	9,8	9,5	-
IWF	+1,6	+3,2	+3,3	+3,5	+0,9	+0,1	+0,8	+2,0	10,3	9,5	9,5	9,3
Rumänien												
EU-KOM	+3,5	+2,0	+2,4	+2,8	+3,2	+1,5	+2,1	+2,7	7,3	7,0	6,9	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,5	+2,4	+2,5	+2,8	+4,0	+1,5	+2,9	+2,9	7,3	7,2	7,1	7,1
Schweden												
EU-KOM	+1,5	+2,0	+2,4	+2,7	+0,4	+0,2	+1,2	+1,5	8,0	7,9	7,8	7,6
OECD	+0,7	+2,3	+3,0	-	-0,0	+0,1	+1,4	-	8,0	7,9	7,4	-
IWF	+1,6	+2,1	+2,7	+2,7	-0,0	+0,1	+1,4	+1,9	8,0	8,0	7,8	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-0,7	+2,5	+2,7	+2,7	+1,4	+0,5	+1,4	+1,8	7,0	6,3	6,2	6,1
OECD	-1,5	+1,1	+2,3	-	+1,4	+0,1	+2,0	-	6,9	6,9	6,8	-
IWF	-0,9	+2,5	+2,5	+2,4	+1,4	+0,6	+1,9	+2,0	7,0	6,4	6,0	5,6
Ungarn												
EU-KOM	+1,5	+3,2	+2,5	+2,0	+1,7	+0,1	+2,5	+3,0	10,2	8,0	7,8	7,8
OECD	+1,2	+2,0	+1,7	-	+1,7	+0,5	+2,8	-	10,2	8,7	8,9	-
IWF	+1,1	+2,8	+2,3	+1,8	+1,7	+0,3	+2,3	+3,0	10,3	8,2	7,8	7,6

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \, (WEO), \, Oktober \, 2014.$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Öl	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Deutschland													
EU-KOM	0,1	0,2	0,0	0,2	76,9	74,5	72,4	69,6	6,9	7,1	7,1	6,7	
OECD	0,0	-0,2	0,2	-	78,3	76,3	72,3	-	7,6	7,9	7,4	-	
IWF	0,2	0,3	0,2	0,3	78,4	75,5	72,5	69,3	7,0	6,2	5,8	5,5	
USA													
EU-KOM	-5,6	-4,9	-4,3	-3,9	104,7	105,1	104,6	104,4	-2,5	-2,6	-2,7	-2,8	
OECD	-6,4	-5,8	-4,6	-	104,3	106,2	106,5	0,0	-2,3	-2,5	-2,9	-	
IWF	-5,8	-5,5	-4,3	-4,2	104,2	105,6	105,1	104,9	-2,4	-2,5	-2,6	-2,8	
Japan													
EU-KOM	-8,8	-7,5	-6,4	-5,4	244,0	246,1	248,0	248,8	0,8	0,6	0,8	1,2	
OECD	-9,3	-8,4	-6,7	-	224,6	229,6	232,5	0,0	0,7	0,2	0,7	-	
IWF	-8,2	-7,1	-5,8	-4,6	243,2	245,1	245,5	243,9	0,7	1,0	1,1	1,2	
Frankreich													
EU-KOM	-4,1	-4,4	-4,5	-4,7	92,2	95,5	98,1	99,8	-2,0	-1,9	-1,9	-2,2	
OECD	-4,3	-3,8	-3,1	-	93,4	95,9	96,9	-	-1,6	-1,6	-1,4	-	
IWF	-4,2	-4,4	-4,3	-3,7	91,8	95,2	97,7	98,9	-1,3	-1,4	-1,0	-0,7	
Italien													
EU-KOM	-2,8	-3,0	-2,7	-2,2	127,9	132,2	133,8	132,7	1,0	1,5	1,5	1,8	
OECD	-2,8	-2,7	-2,1	-	132,6	134,3	134,5	-	0,6	1,2	1,3	-	
IWF	-3,0	-3,0	-2,3	-1,2	132,5	136,7	136,4	134,1	1,0	1,2	1,2	0,9	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-5,8	-5,4	-4,4	-3,4	87,2	89,0	89,5	89,9	-4,2	-4,0	-3,7	-3,2	
OECD	-5,9	-5,3	-4,1	-	90,6	91,5	93,1	-	-4,4	-3,7	-3,1	-	
IWF	-5,8	-5,3	-4,1	-2,9	90,6	92,0	93,1	92,9	-4,5	-4,2	-3,8	-3,3	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-3,0	-2,1	-1,2	-	93,6	94,2	93,6	0,0	-3,2	-3,2	-2,9	-	
IWF	-3,0	-2,6	-2,1	-1,7	88,8	88,1	86,8	85,4	-3,2	-2,7	-2,5	-2,4	
Euroraum													
EU-KOM	-2,9	-2,6	-2,4	-2,1	93,1	94,5	94,8	93,8	2,4	2,5	2,6	2,5	
OECD	-3,0	-2,5	-1,8	-	95,1	96,0	95,2	-	2,8	3,1	3,2	-	
IWF	-3,0	-2,9	-2,5	-1,9	95,2	96,4	96,1	94,7	2,4	2,0	1,9	1,9	
EU-28													
EU-KOM	-3,2	-3,0	-2,7	-2,3	87,1	88,1	88,3	87,6	1,4	1,4	1,5	1,5	
IWF	-3,2	-3,0	-2,5	-1,8	88,0	89,1	88,9	87,7	1,7	1,4	1,4	1,4	

Quellen

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Öİ	ffentlicher	Haushaltss	shaltssaldo Staatsschuldenquote						Leistung	sbilanzsaldo)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	-2,9	-3,0	-2,8	-2,8	104,5	105,8	107,3	107,8	-1,5	-0,3	-0,5	-0,7
OECD	-2,7	-2,1	-1,2	-	101,6	101,7	100,3	-	-1,7	-0,8	-0,2	-
IWF	-2,7	-2,6	-2,2	-1,6	101,2	101,9	101,7	100,5	-1,9	-1,3	-1,0	-0,7
Estland												
EU-KOM	-0,5	-0,4	-0,6	-0,5	10,1	9,9	9,6	9,5	-0,9	-2,8	-3,1	-3,7
OECD	-0,2	-0,2	-0,1	-	10,0	9,9	9,7	-	-0,5	-2,8	-3,2	-
IWF	-0,2	-0,3	-0,3	-0,1	9,8	10,2	10,4	10,3	-1,4	-2,2	-2,4	-2,5
Finnland												
EU-KOM	-2,4	-2,9	-2,6	-2,3	56,0	59,8	61,7	62,4	-2,0	-1,9	-1,7	-1,4
OECD	-2,5	-2,2	-0,9	-	57,0	59,9	60,7	-	-0,8	-1,1	-0,5	-
IWF	-2,3	-2,4	-1,4	-0,9	54,7	57,9	59,3	59,7	-0,9	-0,6	-0,5	-0,4
Griechenland												
EU-KOM	-12,2	-1,6	-0,1	1,3	174,9	175,5	168,8	157,8	-2,7	-2,8	-2,5	-2,2
OECD	-12,7	-2,5	-1,4	-	175,1	177,7	177,2	-	0,7	0,2	0,8	-
IWF	-3,2	-2,7	-1,9	-0,6	175,1	174,2	171,0	160,5	0,7	0,7	0,1	0,1
Irland												
EU-KOM	-5,7	-3,7	-2,9	-3,0	123,3	110,5	109,4	106,0	3,8	5,5	5,5	5,3
OECD	-7,0	-4,7	-3,1	-	123,7	121,9	121,1	-	6,6	6,6	7,6	-
IWF	-6,7	-4,2	-2,8	-1,7	116,1	112,4	111,7	108,7	4,4	3,3	2,4	2,9
Lettland												
EU-KOM	-0,9	-1,1	-1,2	-0,9	38,2	40,3	36,6	35,1	-2,2	-2,2	-2,3	-2,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,8	-0,7	-1,2	35,0	36,0	35,3	34,1	-0,8	-0,1	-1,5	-1,8
Luxemburg												
EU-KOM	0,6	0,2	-0,4	-0,6	23,6	23,0	24,3	25,4	5,2	5,2	5,2	5,8
OECD	0,1	0,3	-0,9	-	23,1	24,4	26,3	-	5,2	7,0	6,5	-
IWF	0,1	0,4	-1,5	-1,3	23,1	24,2	26,5	28,4	5,2	5,1	4,0	4,3
Malta												
EU-KOM	-2,7	-2,5	-2,6	-2,0	69,8	71,0	71,0	69,8	3,1	2,5	2,5	3,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,8	-2,7	-2,4	-1,8	72,2	71,9	71,3	70,3	0,9	0,3	0,3	0,4
Niederlande												
EU-KOM	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8	68,6	69,7	70,3	69,9	8,5	7,8	7,7	7,7
OECD	-2,4	-2,7	-2,0	_	73,4	74,7	74,9	-	10,4	8,9	9,8	-
IWF	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8	68,6	69,4	69,6	68,8	10,2	9,9	9,6	9,2
Österreich												
EU-KOM	-1,5	-2,9	-1,8	-1,1	81,2	87,0	86,1	84,0	2,3	2,4	2,7	2,8
OECD	-1,5	-2,8	-1,3	-	74,6	81,2	80,7	-	2,7	2,9	3,0	-
IWF	-1,5	-3,0	-1,5	-0,8	74,5	80,1	78,6	76,9	2,7	3,0	3,2	3,2

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Portugal												
EU-KOM	-4,9	-4,9	-3,3	-2,8	128,0	127,7	125,1	123,7	-0,3	-0,2	0,1	0,3
OECD	-5,0	-4,0	-2,4	-	129,0	130,8	131,8	-	0,5	0,8	1,1	-
IWF	-5,0	-4,0	-2,5	-2,3	128,9	131,3	128,7	126,5	0,5	0,6	0,8	0,9
Slowakei												
EU-KOM	-2,6	-3,0	-2,6	-2,3	54,6	54,1	54,9	54,7	0,8	0,5	0,2	0,3
OECD	-2,8	-2,7	-2,6	-	55,4	55,2	56,2	-	2,1	1,6	2,2	-
IWF	-2,8	-2,9	-2,3	-1,3	55,4	55,7	55,7	54,5	2,1	1,9	2,2	2,4
Slowenien												
EU-KOM	-14,6	-4,4	-2,9	-2,7	70,4	82,2	82,9	80,6	4,8	6,2	6,1	5,9
OECD	-14,7	-4,1	-2,6	-	71,7	77,2	80,9	-	6,5	6,3	7,4	-
IWF	-13,8	-5,0	-3,9	-3,5	70,0	77,4	75,6	77,3	6,8	5,9	5,8	5,5
Spanien												
EU-KOM	-6,8	-5,6	-4,6	-3,9	92,1	98,1	101,2	102,1	1,5	0,5	0,7	0,9
OECD	-7,1	-5,5	-4,5	-	93,9	98,3	101,4	-	0,7	1,6	2,0	-
IWF	-7,1	-5,7	-4,7	-3,8	93,9	98,6	101,1	102,1	0,8	0,1	0,4	0,7
Zypern												
EU-KOM	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4	102,2	107,5	115,2	111,6	-1,3	-1,2	-0,6	0,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,9	-4,4	-3,9	-1,3	111,5	117,4	126,0	122,5	-1,9	-1,1	-0,8	-0,3

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Herbst prognose, November 2014, statistical annex}.$

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	saldo		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Bulgarien													
EU-KOM	-1,2	-3,6	-3,7	-3,8	18,3	25,3	26,8	30,2	2,2	2,1	2,3	1,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-1,9	-2,7	-2,0	-1,5	16,4	25,2	25,1	23,5	1,9	-0,2	-2,3	-2,9	
Dänemark													
EU-KOM	-0,7	-1,0	-2,3	-2,0	45,0	44,1	45,1	45,6	6,9	6,2	6,1	6,2	
OECD	-0,9	-1,5	-3,0	-	44,5	45,8	48,6	-	7,3	7,2	7,3	-	
IWF	-0,9	-1,4	-3,0	-2,3	44,5	45,1	46,6	47,3	7,3	7,1	7,0	7,0	
Kroatien													
EU-KOM	-5,2	-5,6	-5,5	-5,6	75,7	81,7	84,9	89,0	0,4	0,3	1,6	1,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,5	-4,7	-2,9	-2,7	60,2	66,3	68,5	69,5	0,9	2,2	2,2	1,8	
Litauen													
EU-KOM	-2,6	-1,2	-1,4	-0,8	39,0	41,3	41,6	41,3	1,6	0,8	-0,4	-1,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,2	-2,2	-1,7	-1,7	39,3	40,0	39,5	38,9	1,5	0,9	0,1	-0,4	
Polen													
EU-KOM	-4,0	-3,4	-2,9	-2,8	55,7	49,1	50,2	50,1	-1,4	-2,0	-2,4	-2,8	
OECD	-4,3	5,6	-2,9	-	57,1	50,2	51,7	-	-1,3	-1,0	-1,1	-	
IWF	-4,3	-3,2	-2,5	-2,0	57,1	49,4	49,0	48,5	-1,4	-1,5	-2,1	-2,5	
Rumänien													
EU-KOM	-2,2	-2,1	-2,8	-2,5	37,9	39,4	40,4	41,1	-1,4	-1,2	-1,4	-1,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,5	-2,2	-1,8	-1,9	39,4	39,9	39,6	39,4	-1,1	-1,2	-1,8	-2,2	
Schweden													
EU-KOM	-1,3	-2,4	-1,8	-1,2	38,6	40,3	40,1	39,4	6,5	5,7	5,4	5,1	
OECD	-1,3	-1,5	-0,8	-	40,5	42,0	41,7	-	6,2	6,0	6,2	-	
IWF	-1,3	-2,0	-0,8	-0,1	40,5	42,2	41,3	39,3	6,2	5,7	6,1	5,9	
Tschechien													
EU-KOM	-1,3	-1,4	-2,1	-1,7	45,7	44,4	44,7	45,2	-2,2	-1,3	-0,9	-0,4	
OECD	-1,5	-2,1	-2,6	-	46,0	47,8	49,8	-	-1,5	-0,6	-0,3	-	
IWF	-1,5	-1,2	-1,4	-1,2	46,0	44,4	44,4	44,2	-1,4	-0,2	-0,3	-0,4	
Ungarn													
EU-KOM	-2,4	-2,9	-2,8	-2,5	77,3	76,9	76,4	75,2	4,2	4,3	4,3	4,3	
OECD	-2,3	-2,9	-2,9	-	78,8	79,7	79,5	-	3,0	3,6	3,9	-	
IWF	-2,4	-2,9	-2,8	-2,8	79,3	79,1	79,2	78,9	3,0	2,5	2,0	1,2	

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Herbst prognose, November 2014, statistical annex}.$

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur
Verfügung.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

November 2014

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X